

CDU

**STARKES
BERLIN**

**Das Regierungsprogramm
der CDU Berlin 2016 - 2021**

Das Regierungsprogramm der CDU Berlin 2016-2021 als Film



© CDU Landesverband Berlin (Film)
Tobias de Borg („Zeit für ein starkes Berlin“)
QR-Code scannen oder unter www.cdu.berlin

Starkes Berlin – Das Drehbuch / Das Regierungsprogramm der CDU Berlin 2016 -2021

Beschluss des Landesparteitag vom 15. Juli 2016

Präambel

Berlin ist eine Stadt des stetigen Wandels, eine Stadt mit reicher Vergangenheit – aber immer auch eine Stadt der Zukunft. Wie keine andere Stadt hat Berlin gezeigt, dass sie ihre Brüche und Gegensätze überwinden und mit den damit gewonnenen Impulsen ihre Zukunft gestalten kann. Die Berlinerinnen und Berliner machen unsere Stadt so einzigartig und liebenswert. Für diese Menschen machen wir Politik – für die Studentin aus Mitte wie für das Rentnerhepaar aus Tempelhof, für den alleinerziehenden Polizisten und die Mittelständlerin, die mit drei Generationen unter einem Dach lebt, für den alteingesessenen Urberliner und die neu Hinzugezogene, die in unserer Stadt ihr privates und berufliches Glück sucht.

Berlin hat sich in den vergangenen fünf Jahren unter CDU-Verantwortung gut entwickelt: mehr Arbeit, mehr Wachstum, mehr Zukunftsinvestitionen, keine neuen Schulden. Diesen Erfolgskurs wollen wir fortsetzen. Wir wissen aber auch, dass unsere Stadt vor großen Herausforderungen steht. Wir stehen für Beständigkeit im Wandel. Wir wollen Bewährtes erhalten und Neues gestalten. Uns geht es darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, und die Lebensqualität für die Menschen weiter zu erhöhen. Dafür haben wir die richtigen Konzepte:

- Wir machen uns stark für ein ideologiefreies Bildungssystem, das alle Kinder bestmöglich fördert.
- Alle Menschen in unserer Stadt sollen sicher und ohne Angst vor Verbrechen leben, deshalb machen wir uns stark für mehr Sicherheit und Sauberkeit.
- Solide Finanzen und eine starke Wirtschaft sind uns besonders wichtig, denn nur reiche Menschen können sich eine arme Stadt leisten.
- Wir wollen Berlin zu einer Smart City entwickeln, um den Wettstreit der Metropolen um kluge Köpfe und smarte Unternehmen erfolgreich zu bestehen.
- Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt schaffen, um die einzigartige Berliner Mischung von Wohnen und Arbeiten zu erhalten und die Kieze zu schützen.
- Wir stehen für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst und wollen insbesondere die Bürgerämter stärken. Die Berlinerinnen und Berliner haben ein Recht darauf, dass ihre Verwaltung funktioniert!
- Wir wollen Berlin in Bewegung halten – mit einem leistungsfähigen ÖPNV, mit einer Verkehrlenkung, die diesen Namen auch verdient, und mit besseren Angeboten für die wachsende Zahl der Fahrradfahrer.
- Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise setzen wir auf Fördern und Fordern, weil Integration nicht mit gutem Willen allein gelingt.

Ein starkes Berlin gibt es nachweislich nur mit einer starken CDU. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren dafür sorgen, dass Berlin eine lebenswerte Heimat für die Menschen bleibt. Dafür bitten wir Sie am 18. September um Ihr Vertrauen.

Inhalt

1	Gute Bildung für alle	12
1.1	Starke Schulen	12
	Schulfrieden, Gymnasien stärken, 5. und 6. Klassen an Gymnasien, MSA-Prüfung abschaffen, Niveauabsenkung rückgängig machen, Abiturprüfungen, Personalschlüssel an Gymnasien, Berufsabitur, Schulabschluss, „Aufbauklassen“ an Gymnasien, ISS in „Oberschulen“ umbenennen, Lehrmethoden an Grundschulen, Orientierungsarbeit an Grundschulen, Förderschulen/Inklusion, Gemeinschaftsschulen, Rahmenlehrpläne, Willkommensklassen, Vorschulen, Schulnoten erhalten, „Schul- und Fürsorgepflicht, Religionsunterricht stärken, Islamunterricht, Europäische und internationale Schulen, Informationstag Einsatzkräfte in Uniform, Besuch von Parlamenten, Unternehmergeist in die Schulen tragen, „Nullte Stunde“ abschaffen, Lernmittelfreiheit wieder einführen, Schulmeisterschaften, Sichere Schulen, Saubere Schulen, Volkshochschulen sichern	
1.2	Starke Lehrerinnen und Lehrer	17
	Einstellungs- und Attraktivitätsoffensive, Verbeamtung, Stipendienprogramm und Exzellenz in der Lehrerbildung, 105-prozentige Personalausstattung, Grundschullehrer aufwerten, Unterstützungsteams, Kontrollierter Quereinstieg, Pensionierte Lehrkräfte	
1.3	Sanierung und Neubau von Schulgebäuden	18
	Neue Schulen, Schulsanierung, Finanzierung von Schulneubau und Schulsanierung, Verfahrensbeschleunigung, Öffnung der Schulen in die Kieze	
1.4	Digitale Bildung und digitales Lernen	19
	Maßnahmenplan „Digitale Bildung“, Fachreferat „Digitale Bildung“, IT-Kompetenz, Hardware und technische Ausstattung, Tablet-Offensive, Digitales Lernen als fester Bestandteil der Lehrerbildung, Transparenz in der KMK, Überprüfung Kooperationsverbot	
2	Berlin – sicher und sauber	20
2.1	Starke Polizei	21
	Mehr Polizisten, Gute Ausstattung für die Polizei, Mehr Respekt für Einsatzkräfte in Uniform, Mehr Ermittlungsmöglichkeiten für die Polizei, Lagebildabhängige Kontrollen, Automatisierte Kennzeichenerkennung, Neubau von Nebenwachen, Sanierungsstau an Polizeigebäuden abbauen	
2.2	Starke Feuerwehr	22
	Mehr Feuerwehrleute, Neue Feuerwachen, Rettungswachen an den Krankenhäusern, Ausrüstung und Fahrzeuge, Motorradstaffel für Notärzte, Aufklärungskampagne, Freiwillige Feuerwehr, Katastrophenschutz	
2.3	Sicheres Berlin	23
	Videotechnik, Einbruchschutz, Neuköllner Modell 2.0, Sperrbezirke, Organisierte Kriminalität, Rockerkriminalität, Kriminelle Großfamilien, Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft, Vermögensabschöpfung, Bettelverbot, Illegales Glücksspiel verhindern, Wildwuchs	

	an Wettbüros beenden, Extremismus bekämpfen, Extremismusregister, Doppelstreifen bei S- und U-Bahnen, Wachhunde im ÖPNV, Cyberkriminalität, Cyber-Sicherheits-Forum, Digitale Selbstverteidigung	
2.4	Strafverfolgung, Gerichte und Vollzug stärken	26
	Starke Strafverfolgung Opferschutz vor Täterschutz, Quellen-TKÜ, Netzkriminalität, Verkehrsdatenspeicherung	
	Schnelle Verwaltung und schnelle Gerichte Schnellere Besetzungsverfahren, Stärkung der Berliner Gerichte, Besonders beschleunigtes Verfahren, Gesundheitspakt für die Gerichte, Digitalisierung der Gerichte, Paralleljustiz bekämpfen, Personalgewinnung	
	Sicherer Vollzug Mobilfunkblocker in den JVs, Neues Sicherheitskonzept gegen Drohnen in JVs, Maßnahmen zur Deradikalisierung, Gutes Personal, Gesundheitsmanagement im Strafvollzug, Stärkung der Staatsanwaltschaften, Spezialabteilungen	
2.5	Klare Kante bei Sauberkeit und Ordnung	28
	Ordnungsämter, Bußgeldkatalog, Mehr Müllbehälter, Mängelmelder-App, 1.000 Laternen für Parkanlagen, Grünraumpflege durch BSR, Mehr öffentliche Toiletten, Stadtmöblierung, Dog-Stations, Berliner Brunnen	
3	Starke Wirtschaft für gute Arbeit und solide Finanzen	30
3.1	Starke Wirtschaft	31
	Mittelstand und Handwerk, Öffentliche Auftragsvergabe, Wirtschaftliche Vergabepraxis, Shared Service Center für Auftragsvergaben, Zentrale Bußgeldstelle zur Bekämpfung von Schwarzarbeit, „Marzahner Modell“, Bürokratieabbau, Aktives Gewerbeflächenmanagement, Tourismus, Startups, Ost-Beauftragter, Industrie 4.0, Messe- und Kongressstandort, Digitale Infrastruktur, Anstalten des öffentlichen Rechts, Spätis erhalten, Flughafen BER	
	Zukunftsorte konsequent stärken Technologie- und Gründerzentrum Dahlem, Tempelhof, Technologiepark Tegel, CleanTech Park, Adlershof, Buch	
	Wirtschaftscluster Stärkung der Berliner Wirtschaftscluster, Cluster Energietechnik, Cluster Verkehr/Mobilität und Logistik, Cluster Gesundheitswirtschaft, Cluster Optik, Cluster IKT, Medien Kreativwirtschaft	
3.2	Gute Arbeit	36
	Integration in den ersten Arbeitsmarkt, „Aktiv-Teams“, Schulabbrecher, Jugendberufsagenturen, Bezirkliche Jugendbündnisse, Ausbildungspakt, Tandemprogramm für Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge, Kein neuer ÖBS	
	Inklusion Behinderte Jugendliche in Ausbildung bringen, Behindertenwerkstätten	
3.3	Starke Club- und Kreativwirtschaft	37
	Club- und Kreativwirtschaft als Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik, Qualitätssicherung	

	und Professionalisierung, Nachtbürgermeister, Club- und Kreativwirtschaft in der Stadtentwicklung, Raum für kreative Orte, Standortpartnerschaften, Immissionsschutz	
3.4	Solide Finanzen – Sparen und gestalten Ausgeglichener Haushalt, Schuldentilgung, Schuldenbremse, SIWA	38
4	Gutes Wohnen in der Stadt der Zukunft	39
4.1	Neue Wohnungen und bezahlbare Mieten für lebendige Kieze Wohnungsneubau Wohnungsneubau und Wohnungsbauförderung, Akzeptanz für Wohnungsneubau, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, Studentisches Wohnen, Dachausbau ermöglichen, Hochhausentwicklungsplan, Flächenfraß durch Supermarktfachbauten beenden, Urbanes Wohnen, Anreizregulierung bei Bedarfsgemeinschaften, Kostengünstiger bauen Mieten Bezahlbare Mieten, Berliner Modell, Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramme für Bestandsgebäude, Modernisierungsdarlehen, EEG-Förderung bei Solaranlagen auch für Mieter, Wohnungswechsel erleichtern	39
4.2	Eigentumsbildung fördern Bildung von Wohnungseigentum als Verfassungsauftrag, Eigentumsbildung, Familienbaudarlehen, Bezahlbares Wohneigentum für Familien bei Entwicklungsvorhaben, Mieter in Eigentum bringen, Keine steuerfreien „Share Deals“ mehr, Selbstnutzung von Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, Förderung von Genossenschaftsgründungen und Baugruppen	42
4.3	Zukunftsquartiere und Zukunftsprojekte voranbringen Smart City Berlin, City West, Alexanderplatz, Europa-City, Flughafen Tegel, Historische Mitte, Baden in der Spree, Humboldtforum, Parlamentsviertel 2.0, Großprojekte	43
4.4	Berlin als Hauptstadt stärken Aufnahme der Hauptstadtaufgaben in Berliner Verfassung, Regierungsumzug, Hauptstadtfinanzierungsvertrag, Hauptstadtgesetz	45
5	Familienfreundliches Berlin	46
5.1	Vorfahrt für Familien Familienüberholspuren, Familienbaudarlehen, Mehr Vergünstigungen für Familien, Spielcken in Behörden, „Kinder-Siegel“, Investitionsoffensive für Spielplätze	47
5.2	Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf Mehr Kita-Plätze und Wahlfreiheit, Neue Betreuungsmöglichkeiten, Kindertagespflege, 24-Stunden-Kita, Betriebliche Kinderbetreuung, Mehr Erzieherinnen und Erzieher, Sprachförderung in der Kita, Bilinguale Kitas, Steigerung der Attraktivität des Erzieherberufs, Prämie für Erzieher in Brennpunkt-Kitas	48
5.3	Kinder besser schützen Kinderschutzambulanzen, Familienhebammen, Frühwarnsystem, Babylotsen	49

6	Mobiles Berlin	50
6.1	Fahrrad- und fußgängerfreundliche Stadt Fahrradschnellwege, Bike & Ride und Fahrradparkhäuser, Fahrradleichen-Management, Stadtweites Fahrradverleihsystem, Fußgänger, Barrierefreiheit	51
6.2	ÖPNV stärken S- und U-Bahn-Ausbau, Straßenbahn, Fahrpreisgestaltung, Sichere Bahnhöfe, Fahrradfreundlicher ÖPNV, Taxigewerbe, Taktzeiten der S-Bahn in den Außenbezirken erhöhen, Park and Ride an S-Bahnhöfen,	52
6.3	Verbesserung des Individualverkehrs Weiterführung der A100, Schilder-Dschungel, Weniger Sperrungen auf der Straße des 17. Juni, Schlaglöcher stopfen, Tempo-30-Zonen auf den Prüfstand, Autobahnabfahrt „Buch“, TVO, Car-Sharing, Parkplatzmangel, Emissions- und Immissionsschutz, Staus vermeiden, Flüsterasphalt	53
6.4	Smarte Verkehrslenkung Verkehrslenkung, Bauen mit Bonus, Mobilitäts-Card, Elektromobilität	54
6.5	Mehr Verkehrssicherheit Verkehrssicherheit, Jugendverkehrsschulen, Verkehrsberuhigung, Anti-Gafferzäune, Zweite-Reihe-Parker, Fahrradstaffel, Raser ausbremsen	55
7	Gesundes Berlin	56
7.1	Gesundheitshauptstadt Berlin Gerechtere Verteilung von Ärzten, Krankenhäuser, Ausbau der Betten, Elektronisches Bettenregister, Gesundheitsförderung und Prävention, Fachgremium „Frauengesundheit“, Drogenpolitik, Starker Öffentlicher Gesundheitsdienst, Gesundheitsmanagement, Gesundheitsversorgung, Berliner Gesundheitsdatenbank	57
7.2	Gute Pflege Pflegeternetzwerk, Pflege in der Familie, Pflegeprogramm 80+, Pflegekammer, PR-Kampagne für den Pflegeberuf, Mobilitätshilfedienste, Sozialdienste, Pflegeeinrichtungen, Hospiz- und Palliativversorgung, Mehr Hunde für Seniorenheime	59
8	Miteinander für ein starkes Berlin	61
8.1	Soziales Berlin Gesellschaftliche Teilhabe, Unterbringungsmöglichkeiten und Unterstützung für Obdachlose, Stadtteilzentren, Soziale Stadt, Quartiersmanagement, Stiftungen	61
8.2	Stadt der Vielfalt Stadt der Vielfalt, Kampf gegen Diskriminierung, Elberskirchen-Hirschfeld-Haus, Kulturelle Vielfalt, Religiöse Vielfalt, „House of One“, Alleinerziehende	62
8.3	Starkes Berlin in jedem Lebensalter Barrierefreier Ausbau von Wohnungen, Aufzugförderungsprogramm, Mehrgenerationenhäuser und Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften, Generationenübergreifende	63

	Bewegungsangebote, Senioren, Lebenslanges Lernen, Mehr-Generationen-Tandems, Barrierefreie Onlineangebote der öffentlichen Seiten, Angepasste Ampelschaltungen, Barrierefreier ÖPNV	
8.4	Ehrenamt und Bürgerbeteiligung stärken	65
	Anerkennungskultur, Ehrenamtskarte, Ausschuss für bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt ohne bürokratische Hürden, Sportliches Ehrenamt, Ehrenamtliches Engagement der Älteren, Ehrenamtliches Engagement bei Schülern, Barrierefreies Ehrenamt, Bürgerbeteiligung, Digitale Partizipation, 3D-Stadt-Modell für alle, Bürgerbeteiligung von Anfang an, Berlin-Forum, Altersgrenze für Bürgerdeputierte senken	
9	Nachhaltiges Berlin	66
9.1	Lebensqualität durch Umweltschutz und städtisches Grün	67
	Saubere Flüsse, Badegewässerqualität, Grundwassermanagement, Starke Stiftung Naturschutz, Lebendige Dachlandschaft, Verlässlichkeit für Berlins Kleingärtner, Urban Gardening, Schulgärten, Wohnortnahe Grünflächen, Landwirtschaft, Bienenschutz, Landwirtschaftliche Erlebnisflächen, Zusammenarbeit mit Brandenburg	
9.2	Berlin wird Spitzenreiter bei Klima, Energie und Ressourceneffizienz	69
	Klimaneutrale Stadt, Stromversorgung, CO ₂ -Reduktion, Elektromobilität, Umweltkataster, Energetische Gebäudesanierung, Energiespar-Offensive in der Berliner Wirtschaft, Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, Energiespeicher, Fern- und Nahwärmemarkt, Abfall, Gelbe Tonne, Pappbecher, Plastiktüten,	
9.3	Gesunde Ernährung	71
	„Essbare Stadt“, Regionale Lebensmittelversorgung, Ernährungsstrategie für Berlin, Lebensmittelkontrolle,	
9.4	Mündige Verbraucher schützen	71
	Aufklärungsarbeit, Zielgruppenarbeit, Datenschutz, Verbraucherschutz in der Schule, Schulessen	
9.5	Tierschutz	72
	Tierpark und Zoo, Tierheim Berlin, Hundenauslaufgebiete, Tierversuche, Verbot von Wildtieren im Zirkus, Kutschenroute für Berlin	
10	Sportmetropole Berlin	73
10.1	Spitzensport und Breitensport fördern	73
	„Mehr Sommermärchen für Berlin“, Zweckentfremdung von Turnhallen beenden, Sportanlagenanierungsprogramm, Neubauoffensive für Sporthallen, Vergünstigter Verkauf von Grundstücken, Berliner Bäder	
10.2	Starke Sportvereine	74
	Sportvereine, Vereinsbauförderprogramm, Behindertensport, Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen, Schulmeisterschaften	

11	Kulturhauptstadt Berlin	75
11.1	Berlins kulturelle Leuchttürme schaffen und stärken	75
	Humboldt-Forum, Museen, Museum der Moderne und Kulturschaustelle im Kulturforum, Stadtmuseum, Naturkundemuseum, Archäologischer Pfad, Boulevard- und Volkstheater/ Unterhaltungstheater, Ku-Damm-Bühnen, Schillertheater, Tanzhaus für Berlin, Filmhaus Berlin, Berliner Opernhäuser, Rekonstruktion von Karl Friedrich Schinkels Bauakademie, Rekonstruktion und Sicherung der Friedrichswerderschen Kirche, Freie Szene, Atelierprogramm und künstlerische Räume, Kultur als wichtiges Ziel der neuen Liegenschaftspolitik	
11.2	Gedenkkultur und Gedenkstätten	78
	Ort zur Aufklärung über Diktatur und Widerstand, Ehemaliges Polizeigefängnis in der Keibelstraße, Gedenkstättenkonzept Berliner Mauer, East Side Gallery, Alliiertenmuseum in Tempelhof, Zentrales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus, Erinnerungsstätte Berliner Notaufnahmelager	
11.3	Kultur für jedermann	79
	Kulturelle Bildung, Kindertheater, Niedrigschwellige Kulturangebote, Ermäßigter Eintritt für städtische Museen, Deutsch-Amerikanisches Volksfest, Stärkung der bezirklichen Kultur, Kommunale Galerien, Leuchtturmprojekte aus den Bezirken, Musikschulen, Bibliotheken	
12	Wissenschaft und Forschung	80
12.1	Hochschulstandort Berlin	80
	Wissenschaft und Forschung, Hochschulstandort Berlin, Internationaler Austausch von Ideen und Talenten, Exzellente Forschung und Lehre, Nachwuchsförderung, 24/7-Bibliothek, Einstein-Stiftung	
12.2	Finanzierung der Hochschulen	81
	Unabhängigkeit der Wissenschaft, finanzielle Rahmenbedingungen	
12.3	Hochschulquartiere als Zukunftsorte	81
	Hochschulquartiere, Technologie- und Gründerzentren, Technologierorientierte Fächer und Medizin, Geistes- und Sozialwissenschaften	
12.4	Praxisorientierte, bedarfsgerechte und durchlässige Hochschulen	82
	Gemeinsame Strukturplanung, Praxisorientierung und Durchlässigkeit, Wissenschaft und Fachkräftegewinnung, Institut für Islamische Theologie und Theologische Studiengänge an den Universitäten	
12.5	Digitalisierung der Hochschullandschaft	83
	Digitalisierung, Berlin Exzellenz 4.0	
13	Integration durch Fördern und Fordern	83
	Migrantenökonomie, Neutralitätsgesetz, Bekämpfung von Parallelgesellschaften, Integrationsprojekte, Wertevermittlung, Konsequente und zügige Abschiebungen von Personen ohne Bleiberecht, Flüchtlinge gerecht verteilen, Diskriminierung christlicher Flüchtlinge entgegenwirken, Rückkehrberatung, Sprache als Voraussetzung für Arbeit und Integration, Berufliche Integration von Flüchtlingen, Gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten für	

Flüchtlinge, Mentorenprogramme und Praktikumsvermittlung für Flüchtlinge, Sprachförderung über die Volkshochschulen, Flüchtlingsunterbringung

14 Leistungsfähige Verwaltung und starker Öffentlicher Dienst 86

Bürgerämter, Zentrales digitales Bürgeramt, Digitale Verwaltungsangebote, 24/7 Bürgeramt-Stationen, Weniger Gründe für den Gang zum Bürgeramt, Dokumentenprüfgeräte, Personalausstattung, Stellenbesetzung, Willkommenskultur für Nachwuchskräfte und Quereinsteiger, Besoldung, Digitalisierung der Verwaltung, E-Government-Gesetz, Standardisierung der IT Ausstattung, Open Data, E-Akte

15 Starke Außenbezirke 89

Mehr Polizisten und Polizeistreifen auch in den Außenbezirken, Berliner Mischung, Ausweitung der VBB A/B-Tarifzone, Mobile Bibliotheken, Haushaltsnahe Altglasentsorgung, Ausbau des Stadtmarketings für Randbezirke, Flüchtlingsunterkünfte, Wohnortnahe Ärztersorgung, Versorgung mit Einzelhandel, Späti auf Rädern, Funknetzversorgung, Ortsumfahrung Ahrensfelde, Ortsumfahrung Malchow, TVO, Internationale Gartenausstellung, Autobahnabfahrt „Buch“, Regionalbahnhöfe in den Außenbezirken

1 Gute Bildung für alle

In einer Wissensgesellschaft ist eine gute Schulbildung die Grundlage für ein selbstbestimmtes, gesundes und erfolgreiches Leben. Wir wollen jungen Menschen die bestmöglichen Zukunftschancen eröffnen – mit einem leistungsfähigen und leistungsorientierten Bildungssystem. Wir haben in den letzten Jahren einiges erreicht und, was mit Blick auf die rot-roten Jahre noch wichtiger ist: Wir haben Experimente zu Lasten der Schüler verhindert, die sinnlose Reformeritis von oben und falsche Entscheidungen rückgängig gemacht, etwa bei der verpflichtenden Früheinschulung oder dem jahrgangsübergreifenden Lernen (JÜL). Wir haben aber auch noch viel vor.

Wir wollen in Bildungschancen für alle investieren. Dabei bekennen wir uns zum Schulfrieden und erteilen ideologischen Schulexperimenten auch in Zukunft eine klare Absage. Wir wollen die Vielfalt der Schulformen erhalten, damit alle Kinder in der Schulart, die ihren Begabungen entspricht, individuell bestmöglich gefördert werden können. Dazu gehören auch starke Gymnasien als eine tragende Säule der Berliner Bildungslandschaft. Wir haben keine Einheitsschüler, und deswegen darf es auch keine Einheitsschule geben. Bei Schülern mit besonderem Förderbedarf setzen wir auf so viel Inklusion wie möglich und so viel individuelle Förderung wie nötig.

Ein starkes Bildungssystem braucht starke Lehrerinnen und Lehrer, die wirklich Zeit für ihre Schüler haben. Deshalb wollen wir über eine Ausbildungs-, Einstellungs- und Attraktivitäts-offensive mehr qualifizierte Lehrer an unsere Schulen bringen. Lehrer sollen den Rücken frei für das Unterrichten haben, deshalb wollen wir den von uns eingeschlagenen Weg des Aufbaus von Entlastungsteams weiter gehen und Verwaltungsleiter, Hausmeisterassistenten, IT-Experten und Sozialarbeiter an jeder Schule einsetzen. Zu einer guten Lernatmosphäre gehören auch Klassenräume und Schulgebäude in einem ordnungsgemäßen und bedarfsgerechten baulichen Zustand, deshalb wollen wir mehr Tempo, mehr Personal und Geld sowie klare Zuständigkeiten bei Schulsanierungen und Schulneubauten. Außerdem wollen wir die Schule 4.0 in Angriff nehmen, indem wir Fachteams einsetzen, die Lernstoffe in Form von Apps digital aufbereiten und somit ganz neue Möglichkeiten des differenzierten Lernens schaffen. Außerdem wollen wir, dass Schüler „Algorithmen“ nicht nur googeln, sondern selbst welche schreiben und eine Netzkultur entwickeln, um die Chancen, Risiken, ökonomischen Zusammenhänge und ethischen Herausforderungen der digitalen Welt zu verstehen.

Und zu guter Letzt: Die Nullte Stunde gehört endlich abgeschafft. Dass man morgens um kurz nach 7 Uhr nicht besonders aufnahme- und leistungsfähig ist, sagen Experten, Studien und Pilotversuche. Leidtragende sind Kinder, Jugendliche und Eltern. Der SPD ist das egal. Uns nicht, und deshalb werden wir den Schulbeginn stärker in Einklang mit dem Biorhythmus junger Menschen bringen.

1.1 Starke Schulen

Nach Jahren des Reformfiebers haben wir den Berliner Schulen eine Phase der Ruhe und Konsolidierung gegeben. Unter dem Begriff „Schulfrieden“ haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, das seit 2010 bestehende Zwei-Säulen-System aus Integrierter Sekundarschule und Gymnasium keinen weiteren Veränderun-

Schulfrieden erhalten

gen zu unterziehen. An der Maxime des Schulfriedens in der Bildungspolitik halten wir fest. Die Weiterentwicklung der einzelnen Berliner Schulformen muss organisch, also von innen heraus, erfolgen und darf nicht von oben oktroyiert werden.

Die CDU bleibt die einzige politische Kraft, die den Bestand der Gymnasien garantiert. Das Gymnasium ist eine erfolgreiche und unverzichtbare Schulform insbesondere für Schüler mit hoher Sprachkompetenz und abstraktem Denkvermögen, die Leistungsbewertungen befürworten und leicht und schnell und zumeist im Klassenverband lernen. Gymnasien haben als Hauptziel die Vorbereitung auf ein Hochschulstudium. Entsprechend wollen wir das hohe fachliche und pädagogische Niveau der Gymnasiallehrer sicherstellen.

Leistung statt Losglück: Alle Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung und mit einem guten Notendurchschnitt sollen bevorzugt in der Wunschschule aufgenommen werden. Das Losverfahren zur Vergabe von Gymnasialplätzen lehnen wir ab.

Wir wollen auf die guten Erfahrungen bei einigen Profilymnasien aufbauen und es den allgemeinbildenden Gymnasien freistellen, künftig schon ab Klassenstufe 5 ein Angebot für die Schüler zu machen. Damit könnte es in Zukunft auch allgemeinbildende Gymnasien geben, die eine achtjährige Gymnasialzeit anbieten.

Das Ablegen der Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss (MSA) an Gymnasien hat sich aufgrund der Bestehensquote von fast 100 Prozent sowohl als zeit- und arbeitsintensiv wie auch als hinderlich für den Lernprozess erwiesen. Wir wollen deshalb die MSA-Prüfung am Ende der Klasse 10 abschaffen und den MSA-Abschluss automatisch mit Versetzung in Klasse 11 verleihen. Bei Nichtversetzung soll es die Möglichkeit zum externen Ablegen der MSA-Prüfung geben.

Das Prüfungsniveau an den Berliner Gymnasien muss nach Jahren der Absenkung wieder steigen.

Vielen Schülerinnen und Schülern der Integrierten Sekundarschule (ISS) wird bei den zu niedrigen Anforderungen und der zu guten Bewertung ihrer MSA Leistungen ein Niveau bescheinigt, das weder ihrem tatsächlichen Leistungsvermögen entspricht noch eine valide Grundlage für den erfolgreichen Besuch der Oberstufe darstellt. Die Folge des derzeit viel zu niedrig angesetzten Niveaus ist ein Scheitern vieler Schülerinnen und Schüler am Ende der 11. Klasse.

Auch bei den Abiturnoten hat sich eine unnatürliche Noteninflation eingestellt. Wir wollen mit Blick auf andere Bundesländer und auf die Anforderungen durch Ausbildungsbetriebe und Universitäten das Prüfungsniveau neu justieren und die Durchschnittsnote für den Übergang von der Sekundar- in die Oberstufe wieder anheben.

Unser Ziel ist es, auch im Bereich der Abiturprüfungen zu bundesweit einheitlichen Anforderungs-, Korrektur- und Bewertungsstandards zu kommen. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern und den Universitäten wollen wir an Abiturprüfungen arbeiten, deren Inhalt tatsächlich auf „Studierfähigkeit“ abzielt.

Wir haben für die 7. Klassen der Gymnasien den Personalschlüssel verbessert und dem Personalschlüssel der Integrierten Sekundarschulen angepasst. Das Gymnasium darf nicht schlechter gestellt werden als andere Schulformen.

Gymnasien stärken

Schulplatzlotterie abschaffen

5. und 6. Klassen an allgemeinbildenden Gymnasien

MSA-Prüfung an Gymnasien abschaffen

Niveauabsenkung rückgängig machen

Bundesweite Standards für Abiturprüfungen

Personalschlüssel an den Gymnasien verbessert

Berufsabitur Wir setzen uns dafür ein, dass ein Bildungsgang mit zwei gleichberechtigten Abschlüssen – Gesellenabschluss und allgemeine Hochschulzugangsberechtigung – geschaffen wird. Dieses aus der Schweiz stammende Modell mit der Kombination aus gymnasialer Oberstufe und Berufsausbildung stärkt die Attraktivität unseres überaus erfolgreichen Modells der dualen Berufsausbildung.

Jeder Schüler macht einen Schulabschluss! Die Integrierte Sekundarschule hat ihre Bestimmung, alle Schüler zu einem Schulabschluss zu führen, verfehlt; nach wie vor verlassen 11 Prozent der Schüler die Schule ohne Abschluss. Wir wollen die einseitig orientierte Fixierung auf das Abitur beenden und den Weg zu berufsbildenden Abschlüssen aufwerten. Deshalb müssen Lehrerressourcen an den ISS stärker als bisher für die Förderung praxisbegabter Schüler und für das gezielte Heranführen an Ausbildungsberufe eingesetzt werden.

„Aufbauklassen“ an Gymnasien für ISS-Schüler Als zusätzliche Kooperationsmöglichkeit neben der mit einem Oberstufenzentrum, schlagen wir vor, dass die Möglichkeit geschaffen wird, an Gymnasien „Aufbauklassen“ für erfolgreiche ISS-Schüler einzurichten, die das Abitur anstreben.

ISS in „Oberschulen“ umbenennen „ISS“ ist ein ideologischer Kunstname, der den Schulen einfach übergestülpt wurde und als Abkürzung ohne Aussage ist. Die Integrierten Sekundarschulen wollen wir deshalb in „Oberschulen“ umbenennen, um zu einer bundesweiten Vereinheitlichung beizutragen.

Überprüfung der Lehrmethoden an Grundschulen Berlins Grundschüler haben bei den VERA-3-Vergleichsarbeiten der letzten Jahre schlechte Ergebnisse erzielt. Wir fordern daher eine gründliche Überprüfung der Methoden, der Lehrstofforganisation, der Lehrerqualität und der Rahmenbedingungen in den Grundschulen. Die umstrittene Methode „Schreiben nach Gehör“ wollen wir vollständig aus den Berliner Grundschulen verbannen.

Orientierungsarbeit an Grundschulen Wir wollen im ersten Halbjahr der sechsten Klasse in den Kernfächern eine zentral gestellte Orientierungsarbeit schreiben und korrigieren lassen, die doppelt in die Notengebung eingeht. Das dient der Qualitätssicherung und der besseren Vergleichbarkeit der Schülerleistungen im Zusammenhang mit dem Übertritt auf eine weiterführende Schule.

Förderschulen/Inklusion Für uns gilt: So viel Inklusion wie möglich, so viel individuelle Förderung wie nötig und ein tatsächliches Elternwahlrecht. Deshalb wollen wir Förderzentren erhalten und weiterentwickeln. Die Feststellungsdiagnostik vor dem Einschulungstermin soll unbedingt beibehalten werden und Feststellungsverfahren nicht nur vom Antrag der Eltern abhängen, damit individuelle Förderung wirklich möglich wird. Wir werden den Förderzentren Unterstützung und Sicherheit geben, die sie für ihre weitere Entwicklung benötigen.“

Gemeinschaftsschulen Gemeinschaftsschulen betrachten wir als ein pädagogisches Angebot unter vielen, das sich in der Pilotphase befindet. Wir wollen den Gemeinschaftsschulen die Chance geben, sich freiwillig und nachfrageorientiert weiterzuentwickeln. Eine Privilegierung dieser Schulform wird es mit uns nicht geben.

Rahmenlehrpläne Wir haben es erreicht, dass die neuen Rahmenlehrpläne unter breiter Beteiligung und mit ausreichender Vorbereitungszeit eingeführt werden. Wir halten es weiterhin für zielführender statt eines Einheitsplans jeweils eigene

Rahmenpläne für Grundschule, ISS, Gymnasium und Förderschule zu entwickeln. Im Geschichts- wie auch Gemeinschafts- oder Politikunterricht werden entscheidende Grundlagen dafür gelegt, dass aus unseren Kindern mündige Bürger und Demokraten werden. Deshalb halten wir weiter an einem eigenständigen Geschichts- wie auch Gemeinschafts- oder Politikunterricht in Berlin fest.

Den Zeitpunkt eines Wechsels in Regelklassen wollen wir nicht von der Verweildauer in einer Willkommensklasse abhängig machen, sondern vom erreichten Sprachniveau. Für den Übergang in Regelklassen muss mindestens vom B1-Niveau ausgegangen werden, bei höheren Klassenstufen oder der Berufsschule von einem noch höheren Niveau. Für Schüler ab Klasse 9, die absehbar nicht das Regelniveau erreichen werden, müssen praxisorientierte und berufsvorbereitende Angebote entwickelt und ausgebaut werden.

Wir wollen die bewährten und gut angenommenen Vorschulen, die der rot-roten Vorgängersenat abgeschafft hat, wieder einführen. Sie bieten die gute Möglichkeit, Sprachdefizite gezielt abzubauen und motorische Fähigkeiten zu fördern. Vorschulen haben eine gute schulvorbereitende Wirkung ohne die Kinder zu überfordern. Wir wollen Kinder behutsam und altersangemessen an den Schulalltag heranzuführen.

Linken Bestrebungen, Schulnoten abzuschaffen, treten wir entschieden entgegen. Verantwortungsvoll konzipierte und vergebene Schulnoten spiegeln den Leistungsstand anhand greifbarer und vergleichbarer Kriterien wider und geben verlässliche Rückmeldungen über den Leistungsstand. Außerdem wollen wir verbindliche bundesweite Standards zur Leistungsüberprüfung vereinbaren, um die Aussagekraft und Vergleichbarkeit der Schulnoten weiter zu steigern.

Zu einem starken Bildungssystem gehört die konsequente Durchsetzung der Schulpflicht. Sport- und Schwimmunterricht muss auch für Mädchen verbindlich stattfinden. Wir wollen finanzielle Sanktionen gegen jene Eltern prüfen, die nicht dafür sorgen, dass ihre Kinder regelmäßig zur Schule gehen oder die für ihre Kinder nicht den Eigenbeitrag zum Schulessen bezahlen. Zudem wollen wir eine „Schulschwänzer-App“ bei unentschuldigtem Fortbleiben vom Unterricht einführen. Damit sollen Eltern zeitgleich und automatisch bei einer Verspätung oder Nichterscheinen ihrer Kinder informiert werden.

Die Bereitschaft vieler Menschen in unserer Stadt, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Gemeinsinn zu zeigen, gründet in der Orientierung an Werten, die häufig Ausdruck einer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung sind. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen insgesamt. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass der Religions- und Weltanschauungsunterricht seinen festen Platz in der Schule hat. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass dies am besten im Rahmen eines Wahlpflichtfachbereichs Religion/Ethik erfolgen kann.

Wir wollen an Berlins Schulen einen staatlich kontrollierten Islamunterricht flächendeckend einführen. Damit kommen wir einem objektiven Bedarf unter vielen Schülern aus dem muslimischen Kulturkreis nach und verhindern zugleich, dass muslimische Schüler Opfer islamistischer Propaganda werden. Islamunter-

Willkommensklassen

Vorschulen

Schulnoten erhalten und bundesweite Standards vereinbaren

Schul- und Fürsorgepflicht durchsetzen

Religionsunterricht stärken

Islamunterricht

richt muss durch seine Inhalte dazu beitragen, dass die Schüler die freiheitlichen Grundwerte unserer Gesellschaft schätzen.

Europäische und internationale Schulen

Unser Ziel ist es, den frühen Fremdsprachenerwerb an Berlins Schulen zu fördern. Dafür wollen wir in jeder Berliner Schule früh ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Fremdsprachenangebot anbieten und deutlich mehr bilinguale und internationale Kitas und Schulen einrichten.

Informationstag Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, THW

Wir wollen die Anerkennung für den Dienst an der Allgemeinheit fördern. Ein Uniformträger leistet einen Dienst an unserer Gesellschaft und braucht für diese Aufgabe unsere volle Unterstützung. Wir wollen einen landesweiten Informationstag an Berlins Schulen einrichten, an dem sich Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr und THW den Schülern vorstellen. Dies kann wertvolle Anstöße für die berufliche Orientierung geben und drückt auch die besondere Wertschätzung aus, die diesen Berufsgruppen entgegenzubringen ist.

Besuch von Bundestag, Abgeordnetenhaus oder BVV

Alle Schüler in den Klassenstufen 9 und 10 sollen – unabhängig von den Schulformen – im Rahmen des Politikunterrichts verbindlich den Bundestag, das Abgeordnetenhaus von Berlin oder eine Bezirksverordnetenversammlung besuchen. So lernen die Schüler den freiheitlichen Meinungs austausch und die friedliche Hervorbringung allgemeinverbindlicher Regelungen in eigener Anschauung kennen.

Unternehmergeist in die Schulen tragen

Wir setzen uns dafür ein, Unternehmergeist in die Schulen zu tragen. Hierfür wollen wir die wirtschaftliche Kompetenz der Schüler gezielt stärken, indem wir z.B. die Gründung von Schülerfirmen unterstützen. Die Einführung eines Faches „Wirtschaft“ an den Berliner Schulen wollen wir prüfen.

„Nullte Stunde“ abschaffen

Viele Studien belegen, dass ein späterer Schulstart zu besserer Konzentration und erhöhter Leistungsfähigkeit führt. Wir werden ein Pilotprojekt zur Umsetzung eines späteren Schulbeginns starten und die sogenannte „Nullte Stunde“ abschaffen.

Lernmittelfreiheit wieder einführen

Wir setzen uns für die Wiedereinführung der vom rot-roten Vorgängerserrat abgeschafften Lernmittelfreiheit in Berlin ein. Der Schulbesuch ist und soll kostenlos bleiben und hierzu gehört für uns konsequenterweise auch die Bereitstellung der erforderlichen Lernmittel durch öffentliche Mittel.

Schulmeisterschaften

Die CDU Berlin möchte berlinweite Schulmeisterschaften im Sport einführen, die sich an dem Modell der College Teams in den USA orientieren. Damit stärken wir den Teamgeist und die Identifikation der Schüler mit ihrer Schule.

Sichere Schulen

Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für eine gute und produktive Lernatmosphäre. Bei Schulen mit Sicherheitsproblemen wollen wir Zutrittskontrollen einrichten, sodass nur Schüler mit Schülerschein der entsprechenden Schule das Gelände betreten können.

Saubere Schulen

Die aktuellen Vorgaben für Reinigungsfirmen sind unrealistisch und ungenügend, hier werden wir für mehr Sauberkeit an unseren Schulen nachsteuern.

Die bezirkliche Verantwortung für die Volkshochschulen hat sich bewährt und muss beibehalten werden. Die Bedürfnisse der Menschen in den Berliner Bezirken, die zwölf Großstädten entsprechen, werden von den Volkshochschulen in der derzeitigen Struktur mit passgenauen Angeboten beantwortet.

1.2 Starke Lehrerinnen und Lehrer

Berlin braucht mehr Lehrer, denn unsere Stadt wächst und damit auch die Schülerzahl. Wir wollen jährlich 2.500 neue Lehrer einstellen. Es herrscht bundesweit ein Konkurrenzkampf um Lehrer, deshalb wollen wir Einstellungsverfahren flexibilisieren und beschleunigen und die Übernahme von Führungspositionen attraktiver machen. Unser Ziel ist es, durch die Gewinnung von insgesamt mehr Lehrern zu einer Stundenreduktion für den einzelnen Lehrer zu kommen.

Die Berliner CDU fordert die Rückkehr zur Lehrerverbeamtung, denn nur dann sind wir im Wettbewerb um die besten Köpfe wirklich konkurrenzfähig. Die Rückkehr zur Verbeamtung muss mit dem Aufbau eines Pensionsfonds einhergehen.

Berlin ist auf qualifizierten Lehrernachwuchs angewiesen. Wir wollen, dass immer mehr statt immer weniger Lehramtsabsolventen die Berliner Universitäten verlassen, deshalb wollen wir die Studienplatzkapazitäten verdoppeln und die Lehrerausbildung durch Anknüpfung an internationale Standards attraktiver machen, denn ein guter Lehrer zu werden, kann man lernen. Zudem werden wir ein Stipendienprogramm für Studierende von Mangelfächern auflegen, die sich verpflichten, nach Abschluss ihres Studiums mindestens 5 Jahre an einer Berliner Schule zu unterrichten.

Die Personalausstattung soll den Grundbedarf um fünf Prozent übersteigen. Mit fünf Prozent Vertretungsreserve besteht die Chance, Unterrichtsausfall tatsächlich zu reduzieren.

Grundschullehrer haben große pädagogische Herausforderungen zu bewältigen und legen das Fundament für den Erfolg in der weiterführenden Schule. Nachdem außerdem die Grundschullehrerausbildung in Berlin aufgewertet wurde, sollen Grundschullehrer das gleiche Einstiegsgehalt wie Oberschullehrer bekommen.

Schulen, die zunehmend im Ganztagsbetrieb laufen und sich in die Kieze hinein öffnen sollen, brauchen eine adäquate administrative Unterstützungsstruktur. Mit der Einstellung von Verwaltungsleitern, Hausmeisterassistenten und IT-Experten und Übertragung von Budgetverantwortung an Schulen haben wir den richtigen Weg eingeschlagen, den wir konsequent weitergehen wollen. Die Unterausstattung mit Schulpsychologen wollen wir beenden.

Wir wollen Fachkräfte für unsere Kinder, deshalb sollte die Gewinnung von Quereinsteigern an den Grund- und Oberschulen nur das letzte Mittel sein. Die Unterrichtsverpflichtung für Quereinsteiger sollte auf maximal 14 Wochenstunden abgesenkt werden. Außerdem sollten Quereinsteiger keine unbefristete Anstellung bekommen, sondern Fünf-Jahres-Verträge.

Priorität muss die Einstellung von voll ausgebildeten Lehrkräften sein. Für pensionierte Lehrkräfte, die noch Kraft und Interesse verspüren, sich weiter in

Volkshochschulen in der Fläche sichern

Einstellungs- und Attraktivitäts-offensive

Verbeamtung

Stipendienprogramm und Exzellenz in der Lehrerbildung

Mit 105-prozentiger Personalausstattung Unterrichtsausfall reduzieren

Grundschullehrer aufwerten

Unterstützungsteams

Kontrollierter Quereinstieg

Pensionierte Lehrkräfte gewinnen

der Schule zu engagieren, gibt es wichtige Einsatzmöglichkeiten: Beim Unterricht der deutschen Sprache und der Integration von Flüchtlingen, in Willkommensklassen oder bei der Betreuung von Referendaren. Allerdings zu fairen Konditionen, die die Erfahrung dieser Lehrkräfte widerspiegelt, und nicht zu den bisher oft üblichen Halbjahresverträgen. Insbesondere bei der Referendarbetreuung muss ein verlässliches Engagement sichergestellt sein.

1.3 Sanierung und Neubau von Schulgebäuden

Neue Schulen für Berlin

Die wachsende Stadt Berlin braucht auch mehr Schulen. Prognosen gehen davon aus, dass in Berlin bis zum Jahr 2025 aufgrund der steigenden Schülerzahl 60 bis 70 neue Schulen gebaut werden müssen. Wir wollen, dass die durch den Neubaubedarf entstehende große Chance für zukunftsorientierten Schulbau genutzt wird. Bei der Ausweisung von Neubaugebieten muss der Kita- und Schulbedarf mitgeplant werden.

Schulsanierung

Schulgebäude müssen endlich wieder flächendeckend sauber und intakt sein, denn auch das zeigt die Wertschätzung, die die Bildung in unserer Stadt genießt. Wir stehen für ein systematisches und schnelles Vorgehen bei der Schulsanierung: auf Grundlage einer aussagekräftigen Gebäudedurchsicht, berlinweiten Prioritätenfestlegung, wann welche Sanierungsarbeiten vorgenommen werden. Dafür ist die Gründung von Schulbauämtern und Festlegung einheitlicher Strukturen in allen Bezirken erforderlich. Ebenfalls notwendig sind endlich klare Festlegungen von Zuständigkeiten zwischen Bezirken und den Senatsverwaltungen sowie ein deutlicher Personalaufwuchs in den bezirklichen Schulbauämtern. Einzelprogramme mit unterschiedlichen Laufzeiten und Zielrichtungen wollen wir zugunsten eines festen, zweckgebundenen, übertragbaren Investitions-Budgets abschaffen und den Bezirken einen garantierten, höheren Sockelbetrag für die bauliche Unterhaltung zuweisen.

Finanzierung von Schulneubau und Schulsanierung

Wir sehen für dringend erforderliche Neubau- und Sanierungsmaßnahmen bei unseren Schulen insgesamt drei Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt für die nächsten fünf Jahre vor. Finanzierungspartnerschaften wollen wir ermöglichen.

Verfahrensbeschleunigung

Schulsanierungen und Schulneubauten müssen deutlich schneller in Angriff genommen und zu Ende gebracht werden. Dafür werden wir die bestehenden Verfahren radikal entschlacken: Vorlagepflichten reduzieren, Genehmigungsverfahren straffen und den Entscheidungsträgern mehr Freiheit bei der Vergabe von Aufträgen und bei der Festlegung von berlinweiten Standards geben. Wir wollen ein Prämiensystem einführen, das diejenigen belohnt, die Schulsanierung und -neubau am schnellsten fertigstellen. Von den Bezirken und der Senatsbauverwaltung soll innerhalb eines halben Jahres eine Liste zu vereinfachender oder außer Kraft zu setzender Vorschriften zur Beschleunigung von Bauvorhaben erarbeitet werden.

Öffnung der Schulen in die Kieze

Neue Schulgebäude sollen grundsätzlich nicht nur zum Ganztagsbetrieb geeignet sein, sondern in Zeiten, in denen sie nicht als Schulgebäude genutzt werden, als „Gebäude der Zukunft“ errichtet werden, die vielfältige Nutzung zulassen und sich in die Kieze hinein öffnen.

1.4 Digitale Bildung und digitales Lernen

Digitale Bildung hat ein enormes Zukunftspotenzial, das es zu heben gilt. Wir werden dafür einen Maßnahmenplan entwickeln, in dem alle notwendigen Aspekte der schrittweisen Einführung des digitalen Lernens an den Berliner Schulen adressiert werden.

Die Senatsbildungsverwaltung muss sich endlich inhaltlich mit dem digitalen Lernen befassen, deshalb ist die Gründung eines eigenen Fachreferats notwendig. Wir schlagen vor, Fachteams einzusetzen, die die vorhandenen Lehrpläne überprüfen und für einzelne Themen digitale Möglichkeiten des Wissenserwerbs erarbeiten. Umfang, Inhalt und Strukturierung der „Lernstoffe“ werden von den Fachteams zentral entwickelt, getestet und sukzessive in Form von Apps für die Schulöffentlichkeit bereitgestellt.

Wir wollen, dass sich unsere Kinder im Laufe ihrer Schullaufbahn altersgerecht Grundlagen des Programmierens erarbeiten, denn an unseren Schulen soll eine Pädagogik der Beherrschung statt der Unterwerfung herrschen.

Wir schaffen die Schule 4.0. Mit der sukzessiven Einführung digitaler Lerninhalte muss eine ausreichende technische Ausstattung der Schulen und Schüler einhergehen. Hierzu gehören W-Lan an allen Schulen, interaktive Whiteboards und Tablets und IT-Experten, die Geräte und Netz warten. Wir wollen in diesem Bereich einen entscheidenden Schritt vorankommen und entsprechend investieren.

Tablets sind in der heutigen Zeit als Teil der technischen Grundausstattung zu betrachten und können als wertvolle Lernhelfer dienen. Zur Finanzierung könnten Schulen z.B. dem erfolgreichen Vorbild der Friedrich-Bergius-Schule folgen, die in dieser Frage mit Apple zusammenarbeitet.

Digitales Lernen muss zum festen Bestandteil der Lehrerbildung- und fortbildung werden. Außerdem muss Berlin als Startup-Metropole endlich an die europäische und internationale Kooperation in diesem Bereich anschließen und die Forschung und Lehre zu digitalem Lernen an den Berliner Universitäten richtig Einzug erhalten.

Wir wollen Schluss damit machen, dass Ergebnisse von Bildungsvergleichen geheim gehalten werden. Nur wer das Problem kennt, kann es beheben. Das Kooperationsverbot im Bildungsbereich werden wir im Hinblick auf die bundesweiten Vergleichbarkeiten im Bereich Inklusion, Ganztagsausstattung, Lehrerausbildung und Digitalisierung einer Überprüfung unterziehen.

Maßnahmenplan „Digitale Bildung“

Fachreferat „Digitale Bildung“ einrichten und mit externem Sachverstand Lern-Software entwickeln

Echte IT-Kompetenz statt bloßer Smartphonebedienung

Für Hardware und technische Ausstattung sorgen

Tablet-Offensive

Digitales Lernen zum festen Bestandteil der Lehrerbildung machen und Forschung zu digitalem Lernen an Berliner Universitäten etablieren

Transparenz in der KMK und Überprüfung Kooperationsverbot

2 Berlin – sicher und sauber

Berlin ist eine vielfältige Stadt, die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichem Lebensstil eine Heimat bietet. Gelebte Vielfalt muss immer auf sicheren Fundamenten ruhen. Wir begreifen Sicherheit zugleich als eine der wichtigsten sozialen Leistungen des Staates. Denn unter ihrem Abbau leiden immer zuerst die sogenannten kleinen Leute, die oft in Kiezen wohnen, die von Alltagskriminalität, Gewalt und verrohten Sitten besonders betroffen sind. Lebens- und Rechtssicherheit dürfen nicht davon abhängen, in welchem Viertel man lebt. Rechtsfreie Räume darf es in Berlin nicht geben. Alle Menschen in unserer Stadt haben das Recht auf ein Leben ohne Furcht vor Straftaten und Gewalt. Die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner steht für uns an oberster Stelle. Deshalb haben wir bereits in dieser Wahlperiode 1.000 neue Stellen bei der Berliner Polizei geschaffen. Auch die Feuerwehr haben wir gestärkt und in den letzten fünf Jahren 190 neue Feuerwehrleute eingestellt. Seit die CDU in Berlin mitregiert, ist unsere Stadt sicherer geworden. Vor allem die Gewalt ist sowohl auf Straßen und Plätzen als auch in Bussen und Bahnen deutlich zurückgegangen. Die Zahl der Einbrüche ist weiter auf dem Rückzug und auch die Zahl der Intensivtäter ist gesunken. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt den personellen und sachlichen Verbesserungen bei der Berliner Polizei zu verdanken und zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Diesen wollen wir entschlossen weitergehen.

Wir werden die Polizei und andere Einsatzkräfte personell und sachlich weiter stärken. So wollen wir 750 neue Polizistinnen und Polizisten einstellen und unsere Polizeikräfte im Einsatz durch Bodycams und Taser nachhaltig stärken. Wir setzen auf eine Null-Toleranz-Strategie bei Clan- und anderer Organisierter Kriminalität. Wir wollen die nichtindividualisierte Funkzellenabfrage auch bei Wohnungseinbrüchen und wir brauchen die Handhabe, Computer online durchsuchen zu können. Verbrechen, die online geplant und begangen werden, müssen wir auch mit digitalen Mitteln aufklären können. Zur Abschreckung und zur konsequenten Strafverfolgung muss Videotechnik an belebten Plätzen, aber auch im ÖPNV, künftig einen noch größeren Beitrag leisten. Die Statistiken anderer Städte zeigen: Mehr Videotechnik bedeutet weniger Straftaten. Wenn Sicherheit die soziale Basisleistung des Staates ist, wäre es unsozial, mit angeblichen Datenschutzbedenken gegen den Einsatz von Videotechnik zu agitieren. Der Jugendkriminalität werden wir weiter konsequent den Kampf ansagen, denn junge Menschen, die in ihrem Leben falsch abgebogen und auf die schiefe Bahn geraten sind, brauchen eine klare Richtung und Orientierung. Der Führerschein-Entzug kann ein geeignetes Mittel sein, um junge Menschen wieder auf den rechten Pfad zu führen.

Eine starke Stadt braucht auch eine starke Justiz. Deshalb haben wir die Strafverfolgungsbehörden in dieser Legislaturperiode erheblich gestärkt und 70 zusätzliche Stellen bei Staatsanwaltschaft und Amtsanwaltschaft geschaffen: Das ist der stärkste Aufwuchs seit der Wiedervereinigung!

Nur ein sauberes Berlin ist auch ein sicheres Berlin. Auch für das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen ist es wichtig, dass unsere Stadt gepflegt und sauber ist und alles geregelt abläuft. Deshalb wollen wir auch kleinste Ordnungswidrigkeiten noch konsequenter verfolgen – mit einem angepassten Bußgeldkatalog und mehr und gut qualifiziertem Personal. Nicht nur in einer schmutzigen

Umgebung, sondern auch in der Dunkelheit fühlen sich viele Menschen unsicher. Deshalb wollen wir 1.000 zusätzliche solarbetriebene Laternen für mehr Sicherheit in den Berliner Parks.

2.1 Starke Polizei

Unsere Polizei ist ein Garant für Sicherheit und Freiheit in Berlin. Berlin wächst - im Bereich der Inneren Sicherheit sind viele Herausforderungen zu bewältigen. Wir wollen daher die von uns eingeleitete Trendwende beim Stellenabbau fortsetzen und mehr Polizistinnen und Polizisten einstellen. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir 750 zusätzliche Stellen bei der Polizei schaffen. In diesem Sinne wollen wir auch die Anzahl der Auszubildenden bei der Polizei erhöhen. Wir streben an, dass jeder Direktion ein Einsatzkommando in der Stärke von 30 Polizisten zur Verfügung steht, die bei kurzfristigen Kriminalitätslagen sofort eingesetzt werden können.

Für ihren wertvollen Dienst für die Gesellschaft und angesichts der gestiegenen Herausforderungen für unsere Sicherheitskräfte braucht unsere Polizei die bestmögliche Ausstattung. Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode bereits für zusätzliche Investitionen in die Ausrüstung der Berliner Polizei eingesetzt und werden an diesem Kurs festhalten. Gerade die Anti-Terror-Ausrüstung muss den höchsten Ansprüchen genügen. Zum besseren Schutz wollen wir unsere Polizisten mit Body Cams und Tasern ausrüsten. Auch der Fuhrpark muss modernisiert werden. Bei den Schießständen sind enorme Erblasten der Vergangenheit unter der rot-roten Regierung zu beklagen. Die vorhandenen Schießstände müssen zügig saniert oder neu gebaut werden. Denjenigen, die nachweislich beim Schießtraining gesundheitliche Schäden erlitten haben, ist unbürokratisch zu helfen.

Die Zahl der verbalen und körperlichen Angriffe auf unsere Einsatz- und Sicherheitskräfte, aber auch Ordnungsamtsmitarbeiter, steigt. Dieser Verrohung der Sitten und zunehmenden Gewaltbereitschaft treten wir entschieden entgegen. Wir haben den behördlichen Rechtsschutz auch auf Zivilsachen für Polizeibeamte, die während ihres Dienstes zu Schaden gekommen sind, erweitert. Mit der durch Innensenator Frank Henkel initiierten Kampagne „Respekt? Ja, Bitte!“ haben wir uns dem in Teilen der Gesellschaft voranschreitenden Verlust von Respekt vor unseren Einsatz- und Rettungskräften sichtbar entgegengestellt. Wir unterstützen deshalb die Initiativen zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes auf Bundesebene.

Wir wollen die Ermittlungsmöglichkeiten für die Polizei ausbauen. Wir halten die Funkzellenabfrage für ein wichtiges, unverzichtbares Ermittlungselement, ohne das viele Täter nie ermittelt worden wären. Die nichtindividualisierte Funkzellenabfrage soll deshalb auch bei Wohnungseinbrüchen Anwendung finden.

Um länderübergreifende Kriminalität besser bekämpfen zu können, wollen wir lagebildabhängige Kontrollen, die früher als „Schleierfahndung“ bekannt waren, in das ASOG einfügen.

Eine automatisierte Kennzeichenerkennung kann die Polizei bei ihren Fahndungsaufgaben nachhaltig unterstützen. Die Polizei braucht die entsprechenden technischen Geräte, um die Kennzeichenerkennung automatisiert durchzuführen.

Mehr Polizisten für Berlin!

Gute Ausstattung für die Polizei

Mehr Respekt für Einsatzkräfte in Uniform

Mehr Ermittlungsmöglichkeiten für die Polizei

Lagebildabhängige Kontrollen

Automatisierte Kennzeichenerkennung

Neubau von Nebenwachen und Sanierungsstau an Polizeigebäuden abbauen

Der weitere Ausbau des Personals bei der Berliner Polizei wird uns ermöglichen, neue Nebenwachen in den Abschnittsbereichen zu errichten. Die neuen Wachen können auch kleiner dimensioniert sein, entscheidend ist für uns, dass die Polizei noch stärker in allen Kiezen auch mit Infrastruktur präsent und schnell vor Ort ist.

2.2 Starke Feuerwehr

Mehr Feuerwehrleute

In der wachsenden Stadt Berlin steigen auch die Anforderungen an die Berliner Feuerwehr. Bis zum Jahr 2020 wollen wir deshalb die Zahl der Berliner Feuerwehrleute um 300 steigern.

Neue Feuerwachen

Unsere Feuerwehr leistet einen unverzichtbaren Dienst im Rettungswesen, bei der Brandbekämpfung und im Katastrophenschutz. Sie muss auch in Zukunft immer schnell zur Stelle sein. Berlin wächst und wir wollen und müssen in unsere Infrastruktur investieren. Wir wollen die Schlagkraft der Berliner Feuerwehr durch den Bau fünf neuer Feuerwachen sichern und erhöhen.

Rettungswachen an den Krankenhäusern einrichten

Um schneller am Ort des Geschehens sein zu können, wollen wir zusätzliche Rettungswachen an den Krankenhäusern nach dem Vorbild der Rettungswache Falkenhagener Feld auf dem Gelände des evangelischen Waldkrankenhauses Spandau einrichten.

Ausrüstung und Fahrzeuge

Die Berliner Feuerwehr braucht eine zeitgemäße technische Ausstattung, um Menschen retten und Gefahren abwehren zu können. Deshalb braucht die Feuerwehr neue, moderne Fahrzeuge, die auch den innerstädtischen Bedürfnissen entsprechen.

Motorradstaffel für Notärzte

Wir setzen uns dafür ein, die Notfallrettung weiterzuentwickeln und den Notarzteininsatz per Motorrad zu ermöglichen. Gerade im dichten Berufsverkehr können Notfallpatienten so schneller ärztlich versorgt werden.

Aufklärungskampagne

Mit einer Aufklärungskampagne wollen wir dafür sorgen, dass alle Berliner u.a. dafür sensibilisiert werden, wie eine Rettungsgasse gebildet wird oder bei welchen Krankheitssymptomen die Feuerwehr gerufen werden sollte. Das ist auch eine Antwort auf die seit Jahren zunehmende Zahl von unberechtigten Anforderungen der Feuerwehr.

Freiwillige Feuerwehr weiterentwickeln

Einen wichtigen Dienst erbringen, neben der Berufsfeuerwehr, die Freiwilligen Feuerwehren in Berlin. Sie leisten eine unermüdliche, unersetzliche und unentgeltliche Arbeit für uns alle. Dies verdient unsere Anerkennung und höchsten Respekt. Wir machen uns für eine gute Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr stark und setzen uns daher für ein Investitions-Sonderprogramm für die Freiwillige Feuerwehr ein. Im Doppelhaushalt 2016/2017 haben wir durchgesetzt, dass die Freiwilligen Feuerwehren zusätzlich 4 Millionen Euro für bauliche Investitionen erhalten. Wir wollen auch weiterhin in die bauliche Substanz der Freiwilligen Feuerwehren investieren. Darüber hinaus wollen wir für die Freiwilligen Feuerwehren Mittel in Höhe von 100.000 Euro bereitstellen, von denen jede Freiwillige Feuerwehr ein jährliches Sonderbudget zur freien Verfügung erhält.

Katastrophenschutz

Zu einer sicheren Großstadt gehört auch eine gute Vorbereitung für den Fall von Katastrophen oder Großschadensereignissen. Wir unterstützen daher die For-

schung der Berliner Feuerwehr auf diesem Gebiet und die konsequente Ausstattung der Berliner Behörden.

2.3 Sicheres Berlin

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Videotechnik an kriminalitätsbelasteten Orten eingesetzt werden kann. In der laufenden Legislaturperiode ist dieses Vorhaben am Widerstand der SPD gescheitert. Unser Ziel sind zusätzliche hochauflösende Kameras bei S- und U-Bahnhöfen – um Straftaten zu ahnden, potenzielle Täter abzuschrecken und das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu erhöhen. Dazu gehört für uns auch eine Ausweitung der Speicherdauer auf 14 Tage. Mehr Sicherheit durch moderne Videotechnik wird es nur mit einer starken CDU in Berlin geben.

Einsatz von Videotechnik

Insgesamt steht Berlin bei Wohnungseinbrüchen deutlich besser da als viele andere Regionen Deutschlands. Hier zeigt sich, dass die Initiative des Innensensors Frank Henkel, das Beratungsangebot der Polizei zur Einbruchsprävention wieder kostenlos anzubieten, absolut richtig war.

Einbruchschutz

Die Polizei hat mit viel Einsatz durch spezielle Fahndungseinheiten, Fachkommissariate und einer intensiven Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft einiges erreichen können. Neben einer starken Polizei wollen wir aber auch moderne Methoden zur Einbruchsbekämpfung einsetzen, wie z.B. eine spezielle Prognosesoftware. Wir begrüßen, dass die Große Koalition auf Bundesebene beschlossen hat, die steuerliche Förderung des Einbruchsschutzes zu erhöhen und die Mindestinvestitionsschwelle, ab der eine Förderung möglich ist, auf 1.000 Euro abzusenken. Wir setzen uns dafür ein, die Förderungsgrenze weiter abzusenken, denn gerade in Berlin, wo ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger in Mietwohnungen lebt, ist der durchschnittliche Einbruchschutz einer Altbau-Etagenwohnung für deutlich unter 1.000 Euro zu erreichen.

Jugendkriminalität und insbesondere Gewaltdelikten von Jugendlichen muss weiterhin entschieden begegnet werden. Wir wollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche in Kriminalität abrutschen, so ihre Entwicklungschancen mindern und andere Menschen unschuldig zu Opfern werden. Hierzu soll die Präventionsarbeit in Schulen und sonstigen Bildungs- und Jugendeinrichtungen vertieft werden. Jugendlichen Intensivtätern wollen wir als spürbare Sanktion verstärkt die Fahrerlaubnis entziehen. Auch das von uns auf den Weg gebrachte Pilotprojekt „Staatsanwalt für den Ort“ trägt erfolgreich dazu bei. Dieses wollen wir weiter ausbauen

Jugendkriminalität bekämpfen

Wir stehen für einen entschlossenen Umgang mit jugendlichen Straftätern. Schnelle erzieherische Reaktionen zeigen Grenzen auf und schützen mögliche Opfer. Gerade für straffällige Jugendliche gilt: Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Daher ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von Jugendstrafverfahren der richtige Weg. Das „Neuköllner Modell“ der Jugendrichterin Kirsten Heisig wollen wir weiterhin stärken.

Neuköllner Modell 2.0

Die CDU Berlin spricht sich für eine Begrenzung der Prostitution in besonders belasteten Stadtteilen (z.B. dem Kurfürstenkiez in den Ortsteilen Tiergarten und Schöneberg) durch geeignete Maßnahmen wie Sperrzeiten aus. Parallel dazu ist, soweit nicht bereits vorhanden, in ausreichendem Umfang aufsuchende Sozialarbeit zur Stabilisierung der betroffenen Kieze einzusetzen.

Sperrbezirke

Organisierte Kriminalität

Besonders gestärkt haben wir gemeinsam mit Innensenator Frank Henkel den Einsatz gegen organisierte Kriminalität: Deutlich mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte als früher kümmern sich zum Beispiel um Rockerkriminalität. Durch intensive Ermittlungsarbeit und gezielte Einsätze sowie Razzien konnten wichtige Erfolge erzielt werden, von denen ein klares Signal ausgeht: Wir werden in Berlin keine rechtsfreien Räume dulden.

Rockerkriminalität

Gegen Rockerbanden, die durch hohe Gewaltbereitschaft und ihre Verstrickung in Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Zwangsprostitution immer wieder aufgefallen sind, sind wir konsequent vorgegangen: Mit intensiven Kontrollmaßnahmen, Vereinsverboten und der Inhaftierung von Führungspersonen haben die Polizei und die Justiz den Druck auf die Rocker-Szene durchgehend auf einem hohen Niveau aufrechterhalten. Diesen Kurs wollen wir entschlossen fortsetzen.

Kriminelle Großfamilien

Ebenso im Fokus stehen die kriminellen Mitglieder oft arabischstämmiger Großfamilien, die immer wieder mit Auftragsmorden, Körperverletzungen, Raubüberfällen, Erpressungen und Drogengeschäften in Verbindung gebracht werden. Ihr Treiben im Verborgenen sowie die Versuche, rechtsstaatliche Verfahren durch Einflussnahme auf Zeugen, Staatsanwälte, Richter und Pressevertreter auch mittels Drohungen und Gewalt zu behindern, werden wir auch weiterhin nicht tolerieren.

Seit wir mitregieren, verfolgt die Polizei in Berlin unter Innensenator Frank Henkel auch hier eine Null-Toleranz-Strategie, um Serienstraftäter frühzeitig aus dem Verkehr zu ziehen. Wir werden auch den Kurs fortsetzen, kriminelle Ausländer konsequent und zügig auszuweisen und abzuschieben.

Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft krimineller eingebürgerter Ausländer

Wir unterstützen den bundespolitischen Vorschlag, kriminell gewordenen Ausländern mit doppelter Staatsbürgerschaft, die eingebürgert worden sind, die deutsche Staatsangehörigkeit entziehen zu können.

Vermögensabschöpfung

Wir haben die behördenübergreifende Zusammenarbeit mit dem Zoll, der Steuerfahndung und der Ausländerbehörde konsequent fortgeführt, um die kriminellen Strukturen dort zu treffen, wo es ihnen am meisten weh tut: beim Geld. Wir haben deshalb eine wichtige Gesetzeslücke geschlossen: Durch die Polizei sichergestellt illegal erworbenes Bargeld kann nunmehr zugunsten der Landeskasse eingezogen werden. Das abgeschöpfte Vermögen soll vor allem auch den Opfern dieser Straftaten zur Wiedergutmachung zugutekommen.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die rechtlichen Möglichkeiten der Abschöpfung rechtswidrig erlangten Vermögens, z.B. durch eine Beweislastumkehr, ausgebaut werden. Hierzu haben wir bereits Initiativen zur Änderung des Bundesrechts ergriffen.

Bettelverbot durchsetzen

Aggressives Betteln, insbesondere in Fußgängerzonen, soll durch intensivere Kontrollen der Ordnungsbehörden zurückgedrängt werden. Auf Initiative von Innensenator Frank Henkel haben wir eine Verordnung erlassen, die das Betteln in Begleitung von Kindern oder durch Kinder untersagt. Wir begrüßen diesen Vorstoß, der das Wohl der Kinder in den Blick nimmt, sehr.

Ausweitung des illegalen Glücksspiels verhindern

Wir haben das Spielhallengesetz verschärft und damit Mindestabstände von Spielhallen zueinander sowie zu Schulen festgelegt. Im Ergebnis wird fast jede zweite Spielhalle in Berlin nach der Spielhallenflut der vergangenen Jahre ge-

schlossen werden müssen. Wir werden außerdem so genannte Café-Casinos härter kontrollieren, die Bußgelder für Betreiber haben wir massiv erhöht.

Wir haben eine grundlegende Neuregelung für Wettbüros in Berlin durchgesetzt und die Regelungen für Spielhallen und Wettbüros harmonisiert. Wie für Spielhallen gilt zukünftig auch für Wettbüros ein Mindestabstand von 500 Metern zueinander, sowie von 200 Metern zur nächsten Oberschule. Die Einhaltung der Neuregelung gilt es konsequent durchzusetzen.

Wir treten jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen, unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. So sehr sich Extremisten auch in ihren Zielsetzungen unterscheiden, so ähnlich sind sie sich in ihrem Hass auf unsere demokratische Gesellschaft und die sie tragenden Werte. Deshalb nehmen wir das gesamte Spektrum des politischen und religiösen Extremismus in den Blick.

Wir wollen ein berlinweites Register für extremistische Vorfälle jeglicher Art schaffen. Die bisherige Praxis in den Bezirken, lediglich rechtsextremistische Vorfälle zu registrieren, soll auch auf Vorfälle mit linksextremistischer und religiös-extremistischer Motivation und Vorfälle im homophoben und antisemitischen Bereich ausgedehnt werden.

Wir wollen, dass in S- und U-Bahnen wieder regelmäßig Doppelstreifen von Sicherheitspersonal der Verkehrsunternehmen und Polizei auf Patrouille gehen. Allgemein ist das Personal auf den Bahnsteigen zu erhöhen.

Wir begrüßen, dass ein dreimonatiger Test mit Diensthunden bei der BVG positiv verlaufen ist. Es ist zu prüfen, wie Hunde dauerhaft das Sicherheitspersonal begleiten können, denn ein gut ausgebildeter Hund erzeugt Respekt und erhöht das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste.

Kriminalität verlagert sich im digitalen Zeitalter immer mehr ins Netz. Neue Formen der Kriminalität werden dadurch erst möglich: Vom Datendiebstahl über den Online-Betrug bis hin zur Industriespionage. Widerstandsfähige IT-Infrastrukturen und Netze sind angesichts dieser Bedrohungslage unverzichtbar. Gefahrenabwehr und Strafverfolgung müssen auch im Netz sichergestellt sein. Die Sicherheitsbehörden müssen dazu die erforderlichen Befugnisse sowie die technische und personelle Ausstattung erhalten. Wir haben deshalb eine neue Schwerpunktstaatanwaltschaft „Cybercrime“ eingerichtet, die in „neuen“ Verbrechen gebieten ermittelt. Diesen Ansatz wollen wir weiter ausbauen.

Wir wollen ein Cyber-Sicherheits-Forum einrichten, das aus Vertretern der Senatsverwaltungen für Inneres und Wirtschaft sowie den betroffenen Sicherheitsbehörden bestehen sollte. Dieses Forum soll regelmäßig die aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet der Cybersicherheit bewerten und damit einen aktiven Beitrag zu einer sicheren IT-Infrastruktur leisten.

Auch Behörden, staatliche Einrichtungen und kritische Infrastrukturen sind Ziele von Cyberangriffen. Um diese Angriffe abwehren zu können, und die Handlungsfähigkeit des Staates auch bei gezielten Angriffen gewährleisten zu können, haben wir im neuen E-Government-Gesetz die gesetzlichen Grundlagen für

Wildwuchs bei Wettbüros beenden

Extremismus bekämpfen

Extremismusregister

Doppelstreifen bei S- und U-Bahnen

Wachhunde im ÖPNV

Cyberkriminalität

Cyber-Sicherheits-Forum einrichten

Digitale Selbstverteidigung

diverse Schutzmechanismen zur Stärkung der IKT-Sicherheit geschaffen. Dazu gehören die Einführung des „BSI-Grundschutzes“ für alle Berliner Behörden als Mindeststandard, der Aufbau eines eigenen Berliner Melde- und Reaktionssystems bei Angriffen auf IT- und Kommunikationsmittel („Berlin-CERT“), an das alle Berliner Behörden angeschlossen werden, der Anschluss der Berliner Behörden an das Bundes-CERT und die Schaffung sicherer Kommunikationszugänge bei allen Behörden durch die sogenannte „Ende-zu-Ende-Verschlüsselung“. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass diese und weitere wirksame Maßnahmen zur Abwehr von Schadsoftware und von gezielten Angriffen durch einen IKT-Staatssekretär und seinen IKT-Sicherheitsbeauftragten flächendeckend eingeführt und stets auf modernstem Niveau gehalten werden.

2.4 Strafverfolgung, Gerichte und Vollzug stärken

Starke Strafverfolgung

Opferschutz vor Täterschutz

Um den Opferschutz in Berlin nachhaltig zu stärken und Opfer von Straftaten noch besser unterstützen zu können, haben wir als erstes Bundesland einen Opferschutzbeauftragten in Berlin eingesetzt. Einen wichtigen Beitrag leisten auch Opferhilfeeinrichtungen wie z.B. die von uns ausgebaute Gewaltschutzambulanz oder die Kinderschutzambulanzen. Für die Gewaltschutzambulanz streben wir eine 24-stündige Verfügbarkeit an.

Quellen-TKÜ

Wir wollen eine sichere Rechtsgrundlage für Quellen-TKÜ im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts schaffen. Zur Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität benötigt die Polizei mehr Möglichkeiten. Wir brauchen die Online-Durchsuchung zur Abwehr schwerer Gefahren, aber auch für Zwecke der Strafverfolgung (repressive Online-Durchsuchung).

Netzkriminalität

Wir sagen der anonymen Netzkriminalität den Kampf an. Wir haben auf Bundesebene eine Initiative gestartet, damit Strafverfolger leichter an Nutzerdaten in den Sozialen Netzwerken gelangen können; Kriminalität im Internet darf sich nicht mehr lohnen! Um gerade dem Phänomen der Hasskriminalität wirksam zu begegnen, stellen wir uns eine Auskunftspflicht für soziale Netzwerke vor, vergleichbar der Bankenauskunftspflicht.

Verkehrsdatenspeicherung gegen Terrorismusfinanzierung

Wir werden uns, wie schon in den vergangenen Jahren, weiterhin dafür engagieren, die Verkehrsdatenspeicherung bedarfsgerecht so anzupassen, dass sie besser auch gegen Terrorismusfinanzierung eingesetzt werden kann.

Schnellere Besetzungsverfahren

Schnelle Verwaltung und schnelle Gerichte

Oft dauert die Besetzung gerade von Spitzenpositionen bei den Gerichten zu lange. Dies ist nicht nur für die Betroffenen belastend, sondern behindert auch eine funktionierende, schnell und effektiv arbeitende Justiz. Wir wollen das Berliner Richtergesetz, das Beurteilungswesen und das Landesgleichstellungsgesetz ändern, damit freie Stellen schneller besetzt werden.

Stärkung der Berliner Gerichte

Eine wachsende Stadt braucht, um Verfahren schnell und effektiv bearbeiten zu können, gut ausgestattete Gerichte. Wir haben hier in den letzten Jahren für einen kräftigen Personalaufwuchs gesorgt, mit 17 neuen Stellen bei den Strafgerichten, 30 bei der Zivilgerichtsbarkeit sowie 34 zusätzlichen Wachtmeistern. Bei den nichtrichterlichen Diensten (Geschäftsstellenmitarbeitern und Rechtspflegern) benötigen wir auch weiteren Personalaufwuchs. Die von uns

begonnene Ausbildungsoffensive wollen wir fortsetzen. Zur Steigerung der Attraktivität der Ausbildung wollen wir auch prüfen, ob Justizfachangestellte künftig wieder verbeamtet werden können. Außerdem haben wir die Sozialgerichte entlastet, die ca. 30 Prozent weniger Eingänge bei den SGB-II-Verfahren zu verzeichnen haben. Diesen Weg der Stärkung und Entlastung wollen wir konsequent weiter verfolgen.

Um wirksam zu sein, muss die Strafe der Tat möglichst bald auf dem Fuße folgen. Ein Beitrag hierzu ist das besonders beschleunigte Verfahren, das wir weiterhin konsequent ausbauen und anwenden wollen.

Nach Vorbild des mit den Beschäftigten des Strafvollzugs geschlossenen und sehr erfolgreichen Gesundheitspaktes wollen wir auch mit den Beschäftigten in den Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft das Gesundheitsmanagement weiterentwickeln, um den Krankenstand zu verringern und die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen.

Die Digitalisierung der Berliner Justiz ist eine wichtige Aufgabe, die wir weiter vorantreiben werden. Eine Justiz im 21. Jahrhundert muss auch mit den Mitteln des 21. Jahrhunderts arbeiten. Darum ist die Einführung der E-Akte richtig. Sie wird den elektronischen Rechtsverkehr erleichtern. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in den letzten Jahren die Ressourcen bereits deutlich aufgestockt, u.a. mit 46 zusätzlichen Stellen nur für die IT an den Gerichten, mit der Einführung übergreifender Fachgruppen und dem Aufbau eines klassischen IT-Controllings.

In Teilen unserer Stadt sind Phänomene einer islamischen Paralleljustiz erkennbar, die nicht nach den Regeln des deutschen Rechtsstaates funktioniert, sondern meint, ihn ersetzen zu können. Wir nehmen das nicht hin und stellen uns dem mit allen Kräften entgegen. Wir haben als erstes Bundesland eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben, die eine erste Handreichung für Polizei und Justiz im Umgang mit dieser Erscheinung sein kann. Wir werden auf dieser Grundlage weiterarbeiten und rechtliche und tatsächliche Grundlagen schaffen, die sicherstellen, dass die deutsche Justiz überall gilt und nicht in Frage gestellt wird.

Die Organe der Rechtspflege sind stetig auf Nachwuchs angewiesen, um ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit bestmöglich nachkommen zu können. Wir wollen dazu die Personalgewinnung optimieren. Wichtig ist uns dabei vor allem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, denn gute Arbeitsbedingungen erhöhen die Arbeitszufriedenheit. Um die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Justiz zu steigern, wollen wir u.a. weiterhin die Besoldung erhöhen und die Ausstattung verbessern.

Sicherer Vollzug

Mobiltelefone in Justizvollzugsanstalten sind ein Sicherheitsrisiko, weil Kontakte der Häftlinge zur Außenwelt nicht kontrolliert werden können. Die Berliner Gefängnisse müssen zum Funkloch werden. Deswegen haben wir in einigen Anstalten Mobilfunkblocker eingeführt. Diese erfolgreiche Maßnahme werden wir ausweiten.

Immer häufiger ist der Versuch zu beobachten, Waffen, Drogen und andere verbotene Gegenstände mit Hilfe von Drohnen in die Justizvollzugsanstalten einzubringen. Wir werden das Sicherheitskonzept hiergegen fortentwickeln und am neuesten Stand der Technik ausrichten.

Besonders beschleunigtes Verfahren

Gesundheitspakt auch für die Gerichte

Digitalisierung der Gerichte vorantreiben

Paralleljustiz bekämpfen

Personalgewinnung

Mobilfunkblocker in den JVs

Neues Sicherheitskonzept gegen den Einsatz von Drohnen in JVs

Maßnahmen zur Deradikalisierung

Haftanstalten dürfen nicht zu Brutstätten des Terrors werden. Deshalb werden wir die islamistische Radikalisierung von Straftätern im Gefängnis mit einem Präventionsprogramm weiterhin konsequent bekämpfen. Dazu gehören Maßnahmen zur Deradikalisierung von Gefangenen, für die die Justiz in den letzten Jahren bereits ein Konzept erarbeitet und umgesetzt hat sowie die Unterstützung der Beschäftigten im Justizvollzug bei der Erkennung von radikal-islamischen Tendenzen.

Sicherheit in den Haftanstalten durch gutes Personal

Die Haftanstalten benötigen ausreichende Dienstkräfte für die Sicherheit und die übrigen Aufgaben des Justizvollzugs. Den Weg, den wir in den letzten Jahren bei Personalplanung, -rekrutierung und -management erfolgreich beschritten haben, müssen wir fortsetzen. Wir haben für den Allgemeinen Vollzugsdienst in den letzten vier Jahren 100 zusätzliche Stellen sowie jährlich 120 Auszubildende mit Übernahmegarantie finanziert.

Wir wollen auch künftig in diesem Umfang Justizvollzugsbeamte ausbilden und dauerhaft für den Justizvollzugsdienst gewinnen. Dazu wollen wir unsere begonnene Ausbildungsinitiative fortsetzen.

Gesundheitsmanagement im Strafvollzug

Die Krankenstände bei den Bediensteten in unseren Justizvollzugsanstalten sind zu hoch, was auch an dem schweren Dienst für die Allgemeinheit liegt, der dort geleistet wird. Wir wollen das bestehende Gesundheitsmanagement mit den und für die Beschäftigten weiterentwickeln, denn eine gute Justizvollzugsanstalt braucht gesunde und motivierte Mitarbeiter. Einen guten Weg in diese Richtung haben wir mit dem Gesundheitspakt eingeschlagen, der mit den Beschäftigten geschlossen worden ist.

Stärkung der Staatsanwaltschaften und weiterer Ausbau

Eine starke Stadt braucht eine starke Justiz. Deshalb hat die CDU in dieser Legislaturperiode die Strafverfolgungsbehörden erheblich gestärkt. Wir haben 70 zusätzliche Stellen bei Staatsanwaltschaft und Amtsanwaltschaft geschaffen, das ist der stärkste Aufwuchs seit der Wiedervereinigung. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und die gesetzlichen wie technischen Rahmenbedingungen für eine effiziente Strafverfolgung weiter verbessern.

Spezialabteilungen

Wir haben schnell auf neue Kriminalitätsfelder reagiert und Spezialabteilungen etwa für Cybercrime gegründet und mit dem Pilotprojekt Staatsanwaltschaft für den Ort den Kampf gegen Jugendkriminalität noch einmal intensiviert. Außerdem wird es bald eine Sonderzuständigkeit gegen Pflegebetrug geben. Die Spezialabteilungen bei der Staatsanwaltschaft haben sich bewährt und sind auf neue Kriminalitätsfelder auszuweiten. Eine effiziente Strafverfolgung setzt eine gute Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden voraus.

2.5 Klare Kante bei Sauberkeit und Ordnung

Berliner Ordnungsämter weiterentwickeln

Zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung spielen in Berlin neben Polizei und Feuerwehr auch die bezirklichen Ordnungsämter eine wichtige Rolle. Um den vielfältigen Herausforderungen, die sich im Zuge der wachsenden Stadt ergeben, gerecht werden zu können, wollen wir die Berliner Ordnungsämter im Rahmen eines 10-Punkte-Plans weiterentwickeln. Unsere Schwerpunkte sind dabei:

- Verbesserung der Personalausstattung
- Weiterentwicklung der Aufgabengebiete
- Angleichung der Zuständigkeiten

- Ausbau der Ordnungspartnerschaften
- Einrichtung gemeinsamer Dienststellen von Polizei und Ordnungsamt
- Einrichtung eines 24-Stunden-Dienstes
- Ausbau der Online-Präsenz
- Verbesserung der Ausstattung
- Außendienst als attraktives Berufsbild weiterentwickeln
- Stärkung der Ordnungsämter für Notfall- und Kriseneinsätze

Überall in Berlin müssen Recht und Ordnung gelten. Wo sich Bürger häufig nicht an die Regeln halten, wollen wir neben einer höheren Kontrollichte Rechtsverstöße mit höheren Bußgeldern ahnden.

Damit Berlin noch sauberer wird, wollen wir die Zahl der aufgestellten Müllbehälter um 10 Prozent steigern (d.h. 2.150 zusätzliche Behälter) und dabei darauf achten, auch Modelle mit größerem Volumen aufzustellen. Insbesondere die Zahl der Unterflurbehälter, die eine viel größere Menge Abfall aufnehmen können, wollen wir erhöhen.

Wir haben mit der Einrichtung eines Online-Ordnungsamtes unter ordnungsamt.berlin.de eine Möglichkeit geschaffen, damit die Bürger der Verwaltung rund um die Uhr einfach, schnell und unkompliziert mitteilen können, wenn etwas in der Stadt in Ordnung gebracht werden muss. Dieses Online-Ordnungsamt wollen wir besser bekannt machen anwenderfreundlich weiterentwickeln.

Wir wollen 1.000 zusätzliche Laternen in den Berliner Parkanlagen aufstellen, weil eine gute Beleuchtung ein Eckpfeiler der Sicherheit ist. Im Sinne eines nachhaltigen, ressourcenschonenden und umweltfreundlichen Ansatzes setzen wir insbesondere auf Solarleuchten. Bei zukünftigen Parkanlagen ist bereits in der Planung eine ausreichende Beleuchtung besonders zu berücksichtigen.

Mit wachsender Besorgnis beobachten wir den Zustand der Grünanlagen, die oftmals von mangelnder Sauberkeit und Pflege gekennzeichnet sind. Der Sanierungsstau, der durch nicht vorhandene Pflege entstanden ist, ist erheblich und vor den nachfolgenden Generationen nicht zu rechtfertigen. Die Berliner CDU fordert daher eine nachhaltige und regelmäßige Grünraumpflege ein und will die Kompetenz der BSR nutzen, um stark genutzte Grünanlagen oder auch Forstgebiete sauber zu halten.

Wenn die Not am größten ist, darf der Weg zur nächsten öffentlichen Toilette nicht weit sein. Wir wollen die Toiletteninfrastruktur in Berlin weiter ausbauen und setzen dabei auf die Neuausschreibung des entsprechenden Vertrages.

Von der Buswarte über die öffentliche Toilette bis hin zu Touristeninformationssystemen stellen Stadtmöbel einen unverzichtbaren Bestandteil öffentlicher Infrastruktur dar. Gemeinsam mit privaten Partnern wollen wir auch in Zukunft einen hohen Qualitätsstandard wahren, eine stadtbildverträgliche Gestaltung sichern und stärker als bisher neue technische Möglichkeiten nutzen, um auch in diesem Bereich die Digitalisierung und Vernetzung unserer Stadt voranzutreiben.

Hundekot auf den Straßen und in den Grünanlagen ist ein Ärgernis für viele Berlinerinnen und Berliner. Um die Beseitigung von Hundekot zu erleichtern, wollen wir die Zahl der „Dog-Stations“, also der kombinierten Abfallbehälter

Bußgeldkatalog

Mehr Müllbehälter in Parks und auf Straßen

Mängelmelder-App

1.000 Laternen für Parkanlagen

Grünraumpflege durch BSR

Mehr öffentliche Toiletten

Stadtmöbliering

Zahl der Dog-Stations erhöhen

und Tütenspender, erhöhen – und zwar insbesondere entlang typischer „Gassistrecken“. Gleichzeitig soll das Bußgeld verdoppelt werden, wenn Hundebesitzer die Hinterlassenschaften ihres Vierbeiners liegen lassen.

Brunnen für Berlin

Die Berliner Brunnen sind für uns alle gerade im Sommer ein wichtiges Stück Lebensqualität und dürfen deshalb nicht trocken bleiben. Wir setzen uns dafür ein, ihren Betrieb auch in Zukunft gemeinsam mit privaten Partnern oder den Berliner Wasserbetrieben sicherzustellen. Darüber hinaus wollen wir die Zahl der Trinkbrunnen in Berlin erhöhen. Diese sollen vor allem an zentralen Stellen in der Stadt errichtet werden.

3 Starke Wirtschaft für gute Arbeit und solide Finanzen

Die CDU steht wie keine andere Partei für eine starke Wirtschaft, hohe Beschäftigung und solide Finanzen. Wir wissen, dass wirtschaftlicher Erfolg die langfristige Grundlage für ein soziales Berlin bildet. Hier zeigt sich auch die dienende Funktion der Wirtschaft für die Gesellschaft. Seitdem wir wieder Verantwortung für unsere Stadt tragen, ist Berlin auf Erfolgskurs. Die Bilanz der CDU-Wirtschaftspolitik kann sich sehen lassen: mehr Arbeit, mehr Wachstum, mehr Zukunftsinvestitionen. Das Wirtschaftswachstum der Hauptstadt ist überdurchschnittlich hoch, die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr. 2015 waren insgesamt 1,85 Millionen Menschen in Berlin erwerbstätig. Mit jährlich rund 40.000 Neugründungen hat sich Berlin zur wachstumsstärksten Start-Up-Metropole entwickelt. Gemessen an den Wagniskapitalinvestitionen ist Berlin seit zwei Jahren die Startup-Hauptstadt in Europa. Seitdem die CDU wieder mitregiert, hat das Land Berlin keinen einzigen Cent neue Schulden gemacht und sogar mehr als 2,5 Milliarden Euro Schulden abgebaut.

Doch das darf erst der Anfang sein, Berlin muss seine Aufholjagd fortsetzen.

Berlin ist eine Industriemetropole. Bedeutende Unternehmen sind in unserer Stadt groß geworden und sichern die Arbeitsplätze für Zehntausende. Das Handwerk und der Mittelstand mit ihren vielfältigen Geschäftsmodellen, ihrer Standorttreue, ihrer lokalen Verwurzelung und ihrem sozialen Engagement bilden eine weitere zentrale Säule in der Berliner Wirtschaft. Wir wollen diese Säulen stärken und auch Berlins Spitzenposition als Gründerhauptstadt weiter ausbauen. Startups sind in den vergangenen Jahren zum Wachstums- und Innovationstreiber der Stadt geworden und bereits heute Arbeitgeber von mehreren zehntausend Beschäftigten. Dazu werden wir auch weiterhin Neugründungen fördern, denn dort entstehen die Arbeitsplätze von morgen. Wir möchten, dass das nächste Google, Apple oder Facebook ein Berliner Kind wird.

Berlin soll auch in den nächsten fünf Jahren die Wirtschafts- und Wachstumslokomotive sowie Ideenschmiede für ganz Deutschland sein. Dafür setzen wir auf das Zukunftspotenzial der Industrie 4.0 und die Stärkung der Berliner Wirtschaftsklusters. Wir wollen eine Wirtschaft, die so stark ist, dass jeder, der möchte, in Berlin eine gute Arbeit findet.

3.1 Starke Wirtschaft

Die über 100.000 Klein- und Mittelständischen Unternehmen Berlins sind der Motor für die wirtschaftliche Dynamik der Stadt. Sie schaffen Arbeitsplätze und treiben Innovationen voran. Sie bilden aus und engagieren sich in den Kiezen. Wie bereits in einigen Bundesländern erfolgreich praktiziert, wollen wir ein Berliner Mittelstandsgesetz einführen, das Rahmenbedingungen für unsere Klein- und Mittelständischen Unternehmen gewährleistet, welche die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern.

In dieser Legislaturperiode ist es uns gelungen, das Vergaberecht in mehreren Punkten zu vereinfachen und mittelstandsfreundlicher auszugestalten. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Dazu gehört auch, die Fachkompetenz der für die Vergabe zuständigen öffentlichen Stellen weiter zu stärken.

Um Dumpingangebote auszuschließen, setzen wir uns in Anlehnung an die Vergabepaxis anderer Bundesländer dafür ein, zukünftig das höchste und das niedrigste Gebot automatisch von der Vergabe auszuschließen. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip ist im Vergabeverfahren konsequent zu beachten.

Wir brauchen für das Land einen zentralisierten und spezialisierten Einkauf für ausgewählte Produktgruppen (Fahrzeuge, Bürotechnik, Verbrauchsmaterial). Die heutige Praxis, dass jeder Bezirk und jede Einrichtung seine bzw. ihre Produkte eigenständig mit der jeweils vorhandenen sehr unterschiedlich ausgeprägten Kompetenz einkauft, sollte der Vergangenheit angehören.

Wir wollen uns weiterhin für die Einrichtung einer Zentralen Bußgeldstelle einsetzen. Das Vorhaben darf auf den letzten Metern weder an mangelnden personellen und finanziellen Ressourcen, noch an der Blockadehaltung einzelner Bezirke scheitern. Berlin-Brandenburg soll Modellregion für die Einführung einer fälschungssicheren Chipkarte gegen Schwarzarbeit werden.

Das Modell der Wirtschaftsförderung in Marzahn-Hellersdorf hat bewiesen, dass die Verwaltung von der unmittelbaren Nachbarschaft zur Wirtschaft und zum dynamischen Gründergeschehen in Berlin enorm profitieren kann. Wir wollen Anreize entwickeln, die es den Bezirken erleichtern, ihre Wirtschaftsförderung aus den Fluren der Rathäuser heraus beispielsweise in Bürogemeinschaften mit Start-Ups oder in Gewerbehöfe zu verlagern und auf diese Weise ein deutliches Signal für die Servicementalität und die Willkommenskultur für Unternehmerinnen und Unternehmer bei den Anlaufstellen der Wirtschaftsförderung und von Berlin Partner in den Bezirken setzen.

Mit der Initiative zur Reform des Vergaberechts und zur Vergabepaxis erfolgte ein Schritt zu weniger Bürokratie und schnelleren Auftragsvergaben. An diesem Kurs wollen wir festhalten und überflüssige Bürokratie weiter abbauen.

Die Reserven zur Erweiterung von Betrieben und Unternehmen sind sehr begrenzt. Wir brauchen daher ein Gewerbeflächenmanagement seitens der Verwaltung, um Raumkapazitäten ausfindig zu machen. Mit einem aktiven Gewerbeflächeninformationssystem als Grundlage würden bei Bedarf die zur Erweiterung zur Verfügung stehenden Flächen auf Knopfdruck abrufbar sein.

Mittelstand und Handwerk stärken

Vereinfachung und Professionalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe

Wirtschaftliche Vergabepaxis

Einrichtung von Shared Service Centern für Auftragsvergaben

Schaffung einer Zentralen Bußgeldstelle zur Bekämpfung von Schwarzarbeit

Bezirkliche Wirtschaftsförderung nach dem „Marzahner Modell“ soll Schule machen!

Bürokratie abbauen

Einführung eines aktiven Gewerbeflächenmanagements

Tourismusstandort stärken Berlin wird für Gäste aus der ganzen Welt immer interessanter, die Übernachtungszahlen sind auf Rekordniveau. Mit über 30 Millionen Übernachtungen übertraf Berlin im Jahr 2015 seinen bisherigen Rekord. Wir wollen den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt weiter stadtverträglich stärken.

Startups Berlin ist Gründerhauptstadt Europas. Mit Maßnahmen zur Unternehmensfinanzierung und für eine gelebte Willkommenskultur haben wir unseren Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet. Wir werden unsere Initiative für ein bundesweites Wagniskapitalgesetz fortsetzen und den Zuzug von Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten weiter vereinfachen. Mit einem Bekenntnis zu einer Kultur der zweiten Chance, der Einrichtung von Hochschulfonds und der Entwicklung von Strategien für einen besseren Zugang von Unternehmensgründungen zu öffentlichen Aufträgen bauen wir Berlins Position in Deutschland und Europa weiter aus.

Ost-Beauftragter für Berlin Wir wollen Berlin zu einer internationalen Ost-West-Drehscheibe im Bereich der Wirtschaft entwickeln. Dafür wollen wir einen Ost-Beauftragten einsetzen, der im Range eines Staatssekretärs stehen sollte.

Chancen durch Industrie 4.0 Berlin hat durch die Kombination von IT- und Produktionstechnologien die Chance, seine Position als Industriestandort zu stärken. Den Ausbau der Datenautobahnen sehen wir als wichtigste Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Industrien.

Messe- und Kongressstandort stärken Messen und Kongresse sind ein wichtiger Motor des Wirtschaftsstandortes Berlin. Berlin muss wachsenden Messen genügend Raum geben. Deshalb muss das Messegelände am Funkturm modernen Anforderungen entsprechend saniert und in seinen Kapazitäten erweitert werden. Für Kongresse muss mehr Raum geschaffen werden: durch die Ertüchtigung des Funkturminnenrings und den Neubau einer multifunktionalen Halle. Die Sanierung des ICC muss endlich begonnen werden. Nachdem das „modulare Modell“ von Michael Müller krachend gescheitert ist, muss unser Vorschlag einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft für die Ertüchtigung des ICC nun umgesetzt werden.

Ausbau der Digitalen Infrastruktur Es ist dringend notwendig, Berlin auch digital metropolengerecht auszustatten. Dazu streben wir an, im gesamten Stadtgebiet mehr als 50 Mbit/s als Mindeststandard und in digitalen Zentren der Stadt eine Breitbandversorgung von mehr als 200 Mbit/s einzuführen. Wir unterstützen die Pilotierung des neuen 5G-Netzes mit Testfeldern in Berlin und setzen uns für ein freies WLAN in unserer Hauptstadt ein.

Unsere Betriebe – Anstalten des öffentlichen Rechts Wir sind stolz auf die Betriebe Berlins. In den vergangenen Jahren sind sie deutlich gewachsen und erwirtschaften zunehmend Überschüsse. Damit leisten die Landesunternehmen einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge, zur Entwicklung der wachsenden Stadt Berlin und zur Stärkung unserer Wirtschaft. Nach den guten Erfahrungen mit der BSR wollen wir auch für die anderen Betriebe Unternehmensverträge abschließen, in denen das Land klare Erwartungen äußert, in denen zugleich aber auch die Verpflichtungen des Landes gegenüber dem Betrieb und den Beschäftigten deutlich werden.

Spätis erhalten Spätis gehören zu Berlin wie Currywurst und Brandenburger Tor, sie sind eine Berliner Institution. Die berlinweit rund 1.000 Geschäfte schließen eine wich-

tige Versorgungslücke. Wir sind gegen ein allgemeine Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen, wollen aber gemeinsam mit den Gewerkschaften und christlichen Kirchen nach Wegen suchen, inhabergeführten Spätis die Sonntagöffnung zu erleichtern, wenn die Nachfrage nach Waren des täglichen Bedarfs besonders hoch ist. Zur Orientierung könnte die Tankstellenregelung dienen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Flughafen BER. Der BER ist das größte und wichtigste Infrastrukturprojekt der Hauptstadtregion und hat das Potenzial, Motor für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu werden. Wir werden weiterhin alle politischen Anstrengungen darauf richten, die Eröffnung des Flughafens BER so zeitnah wie möglich zu realisieren. Die CDU Berlin fordert weiterhin, an verantwortlicher Stelle mehr Fachexpertise hinzuzuziehen. An der Spitze des Aufsichtsrates soll zukünftig kein aktiver Politiker stehen. Wir wollen schon jetzt darauf hinarbeiten, die Kapazitäten am BER bedarfsgerecht zu erhöhen.

Zukunftsorte konsequent stärken

Die universitäre und außeruniversitäre Forschung ist Keimzelle für Unternehmensgründungen. Technologie- und Gründerzentren ermöglichen jungen Absolventinnen und Absolventen die Ausgründung und Entwicklung ihrer Produkte zur Marktreife. Zur exzellenten Freien Universität gehört ein Gründerzentrum. Der Auflagenbeschluss des Abgeordnetenhauses zur Einbringung des Grundstücks Fabeckstraße ist zügig mit Leben zu erfüllen. Das sogenannte „Dahlemer Dreieck“ soll für das Gründerzentrum sowie Forschung und Lehre entwickelt werden.

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Tempelhof ist nur eine Zwischennutzung. Die Zeit ist zu nutzen, den begonnenen Profilierungsprozess in konkrete Planungen zu überführen. Das ehemalige Flughafengebäude darf nicht dauerhafter Behördenstandort werden – Kreativität, Kultur und Kreativwirtschaft können hier eine ideale Verbindung mit einem historischen Ort eingehen. „Berlin creative district“ ist das Ziel.

Wir haben in den letzten Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass es heute eine klare Planung für die Nachnutzung des Flughafengeländes in Tegel gibt. Wir werden dort einen innovativen Forschungs- und Industriepark mit Schwerpunkten in den Bereichen Energie, Mobilität, Wasser, Recycling, neuartige Werkstoffe und intelligente Informations- und Kommunikationstechnologien schaffen. Durch eine Ansiedlung von Hochschulen wie der Beuth-Hochschule, Forschungseinrichtungen, einem Gründerzentrum und Unternehmen werden die Voraussetzungen geschaffen, dass dort neue Technologien entwickelt und zur Marktreife geführt werden. Die Umsetzung dieser Planung ist ein wichtiger Baustein für die Stärkung des Forschungs- und Unternehmensstandortes Berlin und die Schaffung moderner Arbeitsplätze.

Die Flächen des CleanTech Parks sind im Vergleich europäischer Großstädte ein Alleinstellungsmerkmal für Berlin. Nirgendwo sonst kann auf einem Stadtgebiet ein großes Areal angeboten werden, das hervorragend erschlossen ist und sich in genügender Entfernung von Wohnbebauung befindet. Die Vergabe der Flächen muss weiter in der Federführung des engagierten Bezirksamtes erfolgen, um investorenfreundliche Verfahren zu gewährleisten.

Flughafen BER

Technologie- und Gründerzentrum in Dahlem

Tempelhof als Zukunftsort stärken

Technologiepark Tegel

CleanTech Park Marzahn-Hellersdorf

Adlershof Der Technologiepark Adlershof und die WISTA MANAGEMENT GmbH gelten zu Recht als international beachtetes Referenzmodell für die gegenseitige Befruchtung von universitärer und außeruniversitärer Forschung, Ausgründungen und etablierter Industrie. Die Realisierung von Wohnungsbauvorhaben in Adlershof hat in jüngerer Zeit zur weiteren Attraktivitätssteigerung beigetragen. Eine Ausweitung des Wohnungsbaus darf jetzt aber nicht mehr erfolgen, um nicht Konflikte zwischen Wohnen und Gewerbe entstehen zu lassen, die den weiteren Erfolg des Technologieparks gefährden. Die Entwicklung der neu erworbenen Gewerbeflächen, der sogenannten „Gleislinsen“, ist zügig voranzutreiben, um Unternehmen auch mittelfristig eine Perspektive geben zu können.

Buch Der Biotech-Campus Buch ist Teil der Erfolgsgeschichte der Gesundheitswirtschaft in Berlin mit internationalem Renommee. Zusammen mit der Spitzenforschung am MDC - Max-Delbrück-Centrum für molekulare Biologie - und am BIG - Berliner Institut für Gesundheitsforschung - sind innovative Unternehmen der Motor des Standortes. Um die Entwicklung auch künftig erfolgreich gemeinsam mit allen Partnern am Standort im Interesse Berlins fortsetzen zu können, sollte sich Berlin an der BBB - Campus Buch Management GmbH beteiligen. Das wäre ein starkes Signal für den Standort. Um das Wachstum des internationalen Biocampus nicht zu gefährden, muss dringend in die Infrastruktur investiert werden. Die Entwicklung von Erweiterungsflächen ist wie in Adlershof auch in Buch aktiv voranzutreiben. Der B-Plan für die sogenannte „Brunnengalerie“ ist zum Abschluss zu bringen. Interessen des Wohnungsbaus müssen sich an dieser Stelle den Chancen einer gewerblichen Entwicklung im Interesse der Gesamtstadt unterordnen.

Wirtschaftscluster

Stärkung der Berliner Wirtschaftscluster

Unser Ziel ist es, die fünf erfolgreichen Cluster Energietechnik, Verkehr/ Mobilität/Logistik, Gesundheitswirtschaft, Optik und Informations- und Kommunikationstechnologie als wesentliche Säulen des Berliner Wirtschaftswachstums zu stärken und hierzu neue Formate zu etablieren. Der Ausbau der urbanen Infrastruktur muss intelligent erfolgen. Wir wollen smarte Umsetzung und Anwendungen und nicht nur smarte Ideen. Berlin als Metropole mit über 3,5 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern muss darüber hinaus ein Interesse haben, die Federführung für das Ernährungscluster wieder zurück nach Berlin zu holen.

Cluster Energietechnik

Berlin soll sich zukünftig verstärkt als Schaufenster intelligenter Energie präsentieren (z.B. Projekt „WindNODE“). Hierzu streben wir den Aufbau Technologieübergreifender Wertschöpfungsnetzwerke an und wollen einen „Kompetenzatlas Energietechnik“ aufbauen. Mit der Durchführung regelmäßiger Innovationswerkstätten wollen wir das Entwicklungspotenzial des Clusters Energietechnik in den Bereichen Digitalisierung, Smart Grids & Markets, Smart Buildings und dezentrales Energiemanagement („Lokale Energiewende“) weiter verbessern. Hier setzen wir auch auf die Kooperation mit engagierten Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Bevölkerung.

Cluster Verkehr/Mobilität und Logistik

Berlin bildet das ideale Umfeld, innovative und zukunftsorientierte Verkehrs- und Transportlösungen am Ort ihrer Entwicklung einzusetzen. Die Erfahrungen des Schaufensters Elektromobilität wollen wir konkret umsetzen: Die beteiligte Industrie ist in ihren Ansätzen zu unterstützen, Forschung, Entwicklung und Produktion in Berlin zu intensivieren und dauerhaft zu etablieren. Netzwerke im Bereich Automotive sind zu fördern. Um Berlin zur Haupt-

stadt intelligenter Mobilitätslösungen in der Stadt von morgen zu machen, wollen wir die Car-Sharing-Hauptstadt Berlin, die Initiative „Intelligente Mobilität“ und das digitale Know-How der Hauptstadt durch eine enge Zusammenarbeit im Cluster nutzen. Wir wollen in der Entwicklung und Anwendung Wettbewerb: die deutsche Hauptstadt ist der richtige Ort dafür.

Wir wollen Berlin als Medizinhauptstadt Europas etablieren. Der Standort mit seinen großen Kliniken - Vivantes, Charité, UKB und Helios - und seiner breiten Trägervielfalt hat die Patienten auf der einen Seite und auf der anderen Seite eine weltweit an der Spitze agierende medizintechnische Branche sowie innovative Unternehmen der industriellen Gesundheitswirtschaft. Flankiert wird dies von einer breiten universitären und außeruniversitären Forschungslandschaft in der Forschungshauptstadt Berlin.

Die Digitalisierung in Forschung und Anwendung sowie die Herausforderungen der demographischen Entwicklung können Berlin zu einem Entwicklungshub werden lassen. Gerade neue technische Möglichkeiten wie e-Health (u.a. Telemedizin und Medizininformatik) wollen wir als Chance nutzen. Die Bildung von Konsortien zur Teilnahme am BMBF-Wettbewerb „Förderkonzept zur Medizininformatik“ zur Stärkung der Versorgungsforschung, die Akquise von EU-Geldern, die Initiierung eines Dialogs zwischen Industrie, Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG) und regionalen, aber auch internationalen Akteuren müssen intensiviert werden. Hierzu streben wir einen kontinuierlichen Dialog mit den Akteuren an.

Moderne Materialien und moderne Produktion zu entwickeln und am Standort Berlin zu etablieren, ist die Herausforderung der nächsten Jahre. Die bestehenden Netzwerke von Forschung, etablierter Industrie und Start-ups müssen noch enger zusammenrücken, gemeinsam die Forschungsinfrastruktur nutzen und neue, innovative Produkte der Opto-Elektronik, der Faseroptik, der Sensorik und der Lichttechnik zur Marktreife bringen. Moderne Produktion heißt dann auch die Nutzung moderner Drucktechniken, die flexibel auf Anforderungen des Marktes reagieren können. Internationale Kooperationen - von Polen bis Japan und in die USA – wollen wir ausbauen.

Die unterschiedlichen Aktivitäten in den Innovationsfeldern „Data Management“, „Digitale Transformation“, „IT-Sicherheit“ sowie „Design und Usability“ sind stärker als bisher im Sinne des Cross Clustering in den Dienst auch anderer Cluster zu stellen. Die ausgewiesene Expertise am Standort Berlin, Lösungen für die Anforderungen der Digitalisierung der Wirtschaft zu generieren, muss ausgebaut und zum Musterfall der horizontalen Vernetzung der Cluster werden. Die Digitalisierung der Industrie (Industrie 4.0), die Etablierung von Breitbandlösungen sowie die Umsetzung der Planungen für ein 5G-Testfeld als Vorreiter des modernsten Mobilfunkstandards müssen entschlossen vorangetrieben werden.

Das Innovationsfeld Mediendigitalisierung und VFX & Animation muss die Chancen aus dem Innovationsforum „Interactive Technologies“ der HTW Berlin nutzen - der geplante „Innovative regionale Wachstumskern“ ist mit Leben zu erfüllen. Die Nutzung von Förderprogrammen des Bundes ist selbstverständlich. Für die Entwicklung dieses Clusters ist weiterhin der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur erforderlich. Leistungsfähige Verbindungen, ob mit oder ohne Kabel, sind zwingende Voraussetzung!

Cluster Gesundheitswirtschaft

Cluster Optik

Cluster IKT, Medien Kreativwirtschaft

3.2 Gute Arbeit

Konzentration der Kräfte auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt

Unsere Anstrengungen der kommenden Jahre sind darauf gerichtet, noch mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bringen. Subventionierte Dauerverhältnisse schaden unserer Gesellschaft und wirken sich negativ auf die Arbeitsmoral aus.

Ausweitung der „Aktiv-Teams“

Langzeitarbeitslose sind oft entmutigt und brauchen eine intensivere Beratung. Das Pilotprojekt „Aktiv-Team“ des Jobcenters Lichtenberg setzt hier an und hilft nach einer gemeinsamen Ausarbeitung der Stärken, sich neu auf dem Arbeitsmarkt zu positionieren. Wir fordern, das erfolgreiche Programm der „Aktiv-Teams“ berlinweit auszuweiten.

„Berlin – Hauptstadt der Schulabbrecher“

Berlin führt bei der Jugendarbeitslosigkeit und bei der Zahl der unter 25-Jährigen, die über keinen Berufsabschluss verfügen, die Statistiken an. Wir wollen diesen unrühmlichen Spitzenplatz beenden und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft praxisorientierte Wege finden, auch Jugendlichen ohne Schulabschluss einen Berufsweg zu ermöglichen.

Gründung der Jugendberufsagenturen

Das im Jahr 2015 initiierte Projekt „Jugendberufsagentur“ muss fortgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, in jedem Bezirk eine Jugendberufsagentur zu gründen. Unser Ziel ist, möglichst allen Berliner Jugendlichen unter 25 Jahren schon vor Beendigung der Schule ein umfangreiches Angebot von Beratungsleistungen an die Seite zu stellen.

Bezirkliche Jugendbündnisse initiieren

Eine solide Berufsausbildung ist ein wichtiger Baustein im Leben sowie für die Zukunft eines Jugendlichen. Um beim Übergang von Schule in Ausbildung, Studium und Beruf zu helfen, sind Jugendberufsagenturen eine wichtige Stütze. Das Land Berlin sollte darüber hinaus bezirkliche Jugendbündnisse initiieren, die diesen Prozess unterstützen und Informationsveranstaltungen zur Berufsorientierung in Oberschulen anbieten.

Ausbildungspakt im Land Berlin forcieren

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin ist seit der Regierungsbeteiligung der CDU deutlich gestiegen. Damit einhergehend sind jedoch nicht die Anzahl der Ausbildungsplätze gestiegen. Wir wollen daher einen Ausbildungspakt im Land Berlin forcieren und regelmäßig mit Unternehmen daran arbeiten, die Säule der dualen Ausbildung zu stärken.

Tandemprogramm für Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge im Land Berlin auf den Weg bringen

Besonders benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt sind Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge. Beiden Personengruppen fällt es bisher schwer, ohne Unterstützung ihren Weg in den Arbeitsmarkt zu finden. Wir wollen nicht, dass diese beiden Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb wollen wir über den Europäischen Sozialfonds (ESF) Landesprogramme auf den Weg bringen, bei denen Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge gemeinsam im Tandem in Arbeit gebracht werden. Unternehmen, die sich daran beteiligen, sollen einen Ausgleich für die notwendigen Integrationsanstrengungen in Form eines Lohnkostenzuschusses bekommen.

Kein neuer ÖBS

Die Abschaffung des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) hat sich bewährt. Bestrebungen der mit öffentlichen Mitteln finanzierten künstlichen Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt lehnen wir ab und werden die knappen öffentlichen Mittel auch in Zukunft auf effektivere Maßnahmen konzentrieren.

Inklusion

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Jugendliche mit Behinderungen in unserer Mitte aufzunehmen. Wir wollen unsere Integrationsbemühungen verstetigen und behinderte Jugendliche in die Ausbildung bzw. in die Arbeitswelt, insbesondere in den ersten Arbeitsmarkt, begleiten. Die Persönlichkeit der Jugendlichen mit Behinderungen sollte bei den Jugendberufsagenturen besonders berücksichtigt werden. Wir machen uns dafür stark, Jugendliche unter 25 Jahren mit besonderem Förderbedarf individuell betreut zu einem Berufsabschluss zu führen.

Menschen mit Behinderungen wollen wir den Weg ins Berufsleben ebnen und sehen in der Förderung und Weiterentwicklung der Behindertenwerkstätten eine gute Möglichkeit zur beruflichen Integration. Die in den Werkstätten erworbenen beruflichen Kenntnisse sind häufig auch auf dem ersten Arbeitsmarkt gefordert. Unser erklärtes Ziel ist es, die Übergangsmöglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt weiter auszubauen.

3.3 Starke Club- und Kreativwirtschaft

Die Clubszene ist eine bedeutende Grundlage dafür, dass Berlin eine Metropole der Vielfalt und der Kreativwirtschaft geworden ist. Im Club- und Musikbereich ist Berlin einer der drei wichtigsten Standorte weltweit. Viele Clubs haben sich zu Unternehmen entwickelt, die eine moderne, großstädtische Form des Mittelstands darstellen und oft als innovative Zukunftslabore agieren. Aufgrund ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung verdient die Club-, Musik und Kreativwirtschaft einen eigenen Schwerpunkt in der Berliner Wirtschaftspolitik.

Maßnahmen der Qualitätssicherung, Professionalisierung und der weiteren Vernetzung (national und international) sollen gefördert werden. Dabei sind Überlegungen zur Gründung einer Weiterbildungs-Akademie, die die herausragende (sub-)kulturelle Kompetenz Berlins einbezieht, zu unterstützen. Die selbstorganisierten Strukturen und Organisationen der Branche, wie Berlin Music Commission und Clubcommission, sind wichtige und unabhängige Ansprechpartner, besonders für Politik und Verwaltung, und daher weiter zu fördern und deren Kompetenz in Berliner Planungs- und Abstimmungsprozessen einzubeziehen.

„Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da“ – in kaum einer anderen Stadt trifft diese Schlagerzeile den Puls der Zeit so gut wie in Berlin. Das Nachtleben Berlins beschränkt sich nicht nur auf die zahlreichen Ausgehmöglichkeiten sondern umfasst eine Vielzahl von kulturellen, sportlichen und anderen Aktivitäten, denen eines gemeinsam ist: Häufig kollidieren sie mit berechtigten Ansprüchen auf Nachtruhe. Wir streben an, die unterschiedlichen Facetten des Berliner Nachtlebens in einer Nachtstrategie zu bündeln. Wir erwägen in diesem Zusammenhang auch, die Stelle eines „Nachtbürgermeisters“ nach dem internationalen Vorbild anderer Großstädte zu schaffen, um in Konfliktsituationen zu moderieren, strategische Konzepte für die Weiterentwicklung des Berliner Nachtlebens anzustoßen und die „Nachtökonomie“ der Stadt zu stärken.

Berlin zeigt, dass kreative Orte im städtischen Raum auch einen bedeutenden Beitrag zur Stadtentwicklung leisten. Stadtteile mit hohem Anteil leer stehender Gebäude und angespannter sozialer Struktur gewinnen mit der Entstehung von Clubs und Orten mit kultureller und kreativer Nutzung eine neue Attraktivität

Behinderte Jugendliche in Ausbildung bringen

Behindertenwerkstätten

Club- und Kreativwirtschaft als Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik

Qualitätssicherung und Professionalisierung

Nachtbürgermeister

Club- und Kreativwirtschaft in der Stadtentwicklung

und Lebensqualität. Ziel muss es daher sein, diese Erkenntnis in der Stadtentwicklungspolitik noch besser abzubilden.

Raum für kreative Orte Mit der Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass landeseigene Grundstücke verstärkt auch für Standorte der Kreativwirtschaft genutzt werden können. Es ist an der Zeit, in der Stadtentwicklungspolitik auch Flächen für kreative Orte, die auch eine Clubnutzung ermöglichen, auszuweisen und planungsrechtlich abzusichern.

Einzurichten ist eine Schnittstelle für die Kreativwirtschaft bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (analog zur bestehenden Stelle beim Senat für Wirtschaft, Bereich Kreativwirtschaft) sowie den entsprechenden Bezirksämtern, die zwischen Kultur-, Wirtschaft und Stadtplanung koordiniert und Planungsprozesse für die Kreativwirtschaft mitgestaltet.

Standortpartnerschaften Standortpartnerschaften zwischen Industrie und Musik-/Kreativszene unterstützen wir ausdrücklich. Geeignete Beispiele können wir uns in Spandau, Trepow-Köpenick und Lichtenberg vorstellen.

Immissionsschutz Wenn Wohnbebauung an Kultur- oder Clubstandorte heranrückt, soll künftig geprüft werden, inwieweit das bauplanungsrechtliche Rücksichtnahmegebot dergestalt herangezogen werden kann, dass das entstehende Bauvorhaben Maßnahmen für ausreichenden Immissionsschutz realisiert. Gegebenenfalls ist der jeweilige Investor zu verpflichten, Lärmschutzmaßnahmen der Kultur- oder Clubstandorte zu finanzieren. Wir streben eine Bundesratsinitiative mit anderen Bundesländern an, um das Lärmemissionsgesetz den Anforderungen in enger werdenden Städten hinsichtlich Sport und Kultur anzupassen und Konflikten vorbeugen zu können.

3.4 Solide Finanzen – Sparen und gestalten

Ausgeglichener Haushalt Eine Errungenschaft der Regierungspolitik der CDU ist der ausgeglichene Haushalt. Seit wir wieder Verantwortung für Berlin tragen, hat Berlin nicht einen Euro neue Schulden aufgenommen. Die CDU steht dafür, diesen verantwortungspolitischen Kurs im Sinne der nachwachsenden Generationen auch in Zukunft fortzusetzen.

Schuldentilgung Wir machen uns dafür stark, die Hälfte der Haushaltsüberschüsse zur Schuldentilgung unseres Landes einzusetzen. Es ist ein zentrales Anliegen der CDU Berlin, Schulden zu Lasten unserer Kinder und Enkel zu vermeiden. Es entspricht dem Gebot der Generationengerechtigkeit, der jungen Generation keine höheren Lasten aufzuerlegen.

Schuldenbremse Seit wir in Berlin wieder mitregieren, haben wir mehr als 2,5 Milliarden Euro Schulden getilgt und setzen damit die Schuldenbremse, die für die Länder ab dem Jahr 2020 gilt, schon heute um. Wir stehen für eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Finanzpolitik. Wir wollen die institutionellen Voraussetzungen zur Sicherung langfristig tragfähiger Haushalte weiter stärken. Deshalb möchten wir auch die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern. Jüngeren Generationen darf kein immer größer werdender Schuldenberg hinterlassen werden.

SIWA Mit der Schaffung des Sondervermögens Infrastruktur der wachsenden Stadt („SIWA“) haben wir deutschlandweit einmalig die gesetzliche Grundlage für

Investitionen und Schuldentilgung aus Haushaltsüberschüssen geschaffen. Auch in Zukunft soll die Hälfte der strukturellen Haushaltsüberschüsse Berlins für wachstumsbedingte Infrastrukturinvestitionen verwendet werden.

4 Gutes Wohnen in der Stadt der Zukunft

Berlin ist eine attraktive Stadt, die viele neue Bewohner anzieht. Darüber freuen wir uns. Mit diesem Wachstum geht aber auch die große Herausforderung einher, die soziale Balance in der Stadt zu erhalten. Der Verdrängung von Bewohnern aus ihren angestammten Kiezen sagen wir den Kampf an. Auch in Zukunft sollen in Berlin Menschen jeden Einkommens und verschiedener Herkunft nicht nebeneinander, sondern miteinander leben. Wir machen uns stark für die Berliner Mischung in den Kiezen.

Bezahlbare Mieten, die sich auch Gering- und Normalverdiener leisten können, gibt es nur, wenn das Angebot an Wohnraum insgesamt deutlich größer wird. Das einzige nachhaltig wirksame Mittel gegen steigende Mieten ist der Bau neuer Wohnungen. Deshalb haben wir den Wiedereinstieg in die Wohnungsbauförderung durchgesetzt und ein Bündnis für Wohnungsneubau mit den städtischen Gesellschaften geschlossen. Außerdem haben wir ein Prämiensystem für neu genehmigte Wohnungen geschaffen. Mit dem Zweckentfremdungsverbot wird sichergestellt, dass Wohnungen in Gewerberäume oder Ferienwohnungen umgewandelt werden, sondern den Mietern als Wohnraum verbleiben. Die in Berlin in Kraft gesetzte Mietpreisbremse ist ein zusätzliches Mittel, um kurzfristig Mietssteigerungen zu dämpfen bis ausreichend neue Wohnungen gebaut sind und der Mietwohnungsmarkt sich wieder entspannt.

Wir wollen mit einer Wohnungsbau-Offensive jährlich 30.000 neue Wohnungen schaffen, gerade die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen stark erhöhen und Mittel bereitstellen, um Bestandsmodernisierungen ohne Mieterhöhungen zu ermöglichen. Über Modernisierungsdarlehen wollen wir zudem Anreize schaffen, in Sozialwohnungen zu investieren. Auch mehr Dachausbau wollen wir ermöglichen – jedes Dach soll künftig eine Wohnung werden dürfen. In einem Masterplan wollen wir festlegen, bis zu welcher Höhe in Berlin künftig gebaut werden kann, um mehr Wohnraum zu mobilisieren. Mit dem sogenannten „Berliner Modell“ soll auch in Zukunft sichergestellt werden, dass bei großen Entwicklungsvorhaben ein deutlicher Anteil von Wohnungen geschaffen wird, die auch für Menschen mit geringerem Einkommen bezahlbar sind.

Auch legen wir unser Augenmerk auf die Stadtentwicklung und wollen an verschiedenen Orten in der Stadt Referenzprojekte für die lebenswerte Stadt der Zukunft schaffen. Zudem muss Berlin in seiner Hauptstadtfunktion noch stärker unterstützt werden. Auch dafür setzen wir uns ein.

4.1 Neue Wohnungen und bezahlbare Mieten für lebendige Kieze

Wohnungsneubau

Es muss deutlich mehr gebaut werden. Daher wollen wir, dass jedes Jahr 30.000 neue Wohnungen gebaut werden. Davon sollen mindestens 6.000 Wohnungen gefördert sein, um so preisgünstigen Wohnraum für kleine und mittlere Einkom-

Wohnungsneubau und
Wohnungsbauförderung

men bereitzustellen. Dabei wollen wir sowohl den städtischen als auch den privaten Wohnungsneubau vorantreiben.

Bei aller Neubau-Notwendigkeit muss jedoch auch an die Berliner gedacht werden, die jetzt schon hier wohnen. Das bedeutet für uns, dass neue Wohnungen auch zu mehr Schulen, Kitas, Bussen und anderer Infrastruktur führen müssen. Das Bündnis für Wohnen werden wir erneuern und die Allianz von städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, privaten Wohnungsunternehmen, Projektentwicklern, Bauträgern sowie Baugruppen erfolgreich fortsetzen.

Akzeptanz für Wohnungsneubau schaffen

In Anbetracht der wachsenden Einwohnerzahl und der Bevölkerungsprognose muss der Wohnungsneubau in erheblichem Maße gefördert und gesteigert werden. Häufig gehen mit der Schaffung neuen Wohnraums Veränderungen des Wohnumfeldes einher, deren Akzeptanz wir durch die Schaffung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses stärken wollen.

Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Bauen muss schneller gehen! Um Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen, wollen wir mehr Stellen in den Bezirken schaffen. Wir haben uns für ein Prämiensystem stark gemacht, mit dem die Bezirke für neu genehmigte Wohnungen eine Prämie erhalten. An diesem System halten wir fest und wollen es für die Bezirke noch attraktiver gestalten.

Studentisches Wohnen fördern

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bau von 5.000 Studentenwohnungen in Berlin angegangen wird. In den nächsten fünf Jahren sollen zusätzlich jährlich 1.000 neue Studentenwohnungen errichtet werden.

Dachausbau ermöglichen

Wir wollen, dass der Dachausbau grundsätzlich genehmigt wird. Jedes Dach darf eine Wohnung werden. Allerdings ist beim Bau darauf zu achten, dass alternative Rettungswege überdacht und zugelassen werden. Um Rettungseinsätze der Feuerwehr leichter zu ermöglichen, sollte bei der Ausstattung des Fuhrparks der Berliner Feuerwehr darauf geachtet werden, dass für den innerstädtischen Bereich Fahrzeuge mit kleinerem Wendekreis neu beschafft werden. Es ist billiger ein neues Rettungsfahrzeug zu kaufen, als 100 Wohnungen nicht bauen zu können.

Höher bauen und Hochhausentwicklungsplan erstellen

In der wachsenden Stadt Berlin sind die Grundstücksflächen begrenzt. Das Wachstum in die Höhe ist eine Möglichkeit, dem steigenden Wohnungsbedarf nachzukommen. Die Innere City West, der Alexanderplatz und die Europa City sind Kristallisationspunkte einer „echten“ Hochhausbebauung. Mit einem Hochhausentwicklungsplan wollen wir eine ästhetische und strukturierte 3-D-Bebauung unserer Stadt sicherstellen. Es soll nicht dem Zufallsprinzip unterliegen, wo und wie gebaut wird, sondern es bedarf einer verbindlichen Klärung, welche Höhenentwicklung die neu zu bauenden Berliner Häuser nehmen sollen.

Flächenfraß durch Supermarktflachbauten beenden

Innerstädtische Supermarktflachbauten mit übergroßen Parkplätzen stellen aus unserer Sicht eine Verschwendung wertvoller Flächenreserven dar, die auch für Wohnungsbau genutzt werden könnten. Wir streben ein Bündnis zwischen Senat, Bezirken und den relevanten Einzelhandelsketten an, um gemeinsam die Voraussetzungen für eine Entwicklung solcher Flächen zu kombinierten Einzelhandels- und Wohnungsbauten mit unterirdischen Parkmöglichkeiten zu schaffen.

Wir unterstützen die Bestrebungen der CDU geführten Bundesregierung, durch eine Reform des Baurechts die innerstädtische Nachverdichtung zu erleichtern und so schneller neuen Wohnraum insbesondere in innerstädtischen Lagen zu schaffen. Ein neuer Gebietstypus „Urbanes Gebiet“ soll es künftig leichter machen, Baulücken zu schließen oder Aufstockungen von Bestandsgebäuden zu ermöglichen. Mit der Reform müssen außerdem immissionsrechtliche Vorschriften den großstädtischen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Günstiger Wohnraum wird auch dadurch verknappt, dass viele Empfänger von Hartz-IV-Leistungen zum Schein eine eigene Wohnung belegen, um den finanziellen Einbußen einer Bedarfsgemeinschaft und damit einer Kürzung des Hartz-IV-Satzes zu entgehen. Wir wollen Anreize schaffen, dass soziale Leistungsempfänger eine Bedarfsgemeinschaft bilden und sich für eine gemeinsame Wohnung entscheiden.

Das Land Berlin darf kein Kostentreiber beim Neubau und der Modernisierung von Wohnungen durch überzogene baurechtliche Standards sein.

Wir fordern, dass moderne Lärmschutzmaßnahmen an Gebäuden genutzt werden, um neue Wohnstandorte zu erschließen. Hierfür bedarf es auch einer Änderung der emissionsrechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die letzte Stufe der Energieeinsparverordnung (EnEV) wieder zurückzunehmen und auf den Stand von 2014 zu setzen. Darüber hinaus wollen wir, dass die EnEV technologieoffen gestaltet wird. Zukünftig darf nicht das Zentimetermaß der Außendämmung entscheidend sein, sondern die Energiebilanz des Gebäudes. Die Erhöhung der energetischen Standards darf nicht zu Lasten der Wirtschaftlichkeit eines Wohnungsbaus gehen oder zu kaum mehr bezahlbaren Mieten führen.

Mieten

Damit die Mieten bezahlbar bleiben, müssen vor allem deutlich mehr Wohnungen gebaut werden. Neubau ist langfristig das einzige Mittel, um steigende Mieten nachhaltig zu bekämpfen. Dafür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen: mehr und preiswertes Bauland ausweisen, Genehmigungsverfahren beschleunigen und überzogene kostspielige Baustandards auf den Prüfstand stellen. Mit der Mietpreisbremse haben wir zudem ein kurzfristig wirksames Instrument geschaffen, um Wohnungssuchende und Mieter vor überzogenen Mietsteigerungen zu schützen. Mit dem Zweckentfremdungsverbot wird sichergestellt, dass Wohnungen nicht in Gewerberäume oder Ferienwohnungen umgewandelt werden, sondern den Mietern als Wohnraum verbleiben. Den Ausverkauf der städtischen Gesellschaften durch Klaus Wowereit und Thilo Sarrazin haben wir gestoppt und ein Bündnis geschlossen, damit wieder mehr bezahlbare Wohnungen geschaffen werden.

Über den Bundesrat haben wir zudem eine Initiative eingebracht, der Mietpreisbremse mehr Wirkung zu verschaffen und eine Überforderung von Mietern durch Modernisierungen zu verhindern.

Mit unserem Berliner Modell stellen wir sicher, dass auch im Wohnungsneubau Sozialwohnungen errichtet werden und Wohnungen auch für Geringverdiener in neuen Quartieren entstehen. So bleibt auch im Wohnungsbau die Berliner Mischung erhalten.

Urbanes Wohnen; Wohnen und Arbeiten
Reform des Baurechts unterstützen

Günstigen Wohnraum durch Anreizregulierung bei Bedarfsgemeinschaften verfügbar machen

Kostengünstiger bauen

Bezahlbare Mieten

Berliner Modell

Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramme für Bestandsgebäude wieder aufleben lassen

Wir denken nicht nur an die Neuberliner, sondern auch an jene, die schon hier leben. Deshalb wollen wir auch Investitionen in den Bestand von Wohnungen fördern. Um die Barrierefreiheit zu erhöhen, wollen wir zum Beispiel den Bau von Aufzügen fördern. 1.000 neue Aufzüge für Berliner Wohnungen – das ist unser Ziel.

Bei der wichtigen, aber meist teuren energetischen Sanierung wollen wir die Mieter nicht allein lassen. Die erfolgreichen Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramme der Vergangenheit wollen wir wieder aufleben lassen, damit die Miete auch nach Modernisierungsmaßnahmen bezahlbar bleibt.

Modernisierungsdarlehen für den alten sozialen Wohnungsbau

Wir wollen ein neues Förderprogramm auflegen, das für die Wohnungseigentümer Anreize schaffen soll, in die bestehenden Sozialwohnungen zu investieren und Mietpreisbindungen dafür um bis zu 20 Jahre zu verlängern. So sollen zinslose Modernisierungsdarlehen in Höhe von 25.000 Euro je Wohnung gewährt werden, wenn der Vermieter die Sozialbindung um bis zu zwei Jahrzehnte verlängert. Löst der Vermieter das Darlehen erst nach 20 Jahren ab, soll er zudem mit einer Prämie von bis zu 2.600 Euro je Wohnung belohnt werden.

EEG-Förderung bei Solaranlagen auch für Mieter ermöglichen

Während Eigenheimbesitzer über eine Photovoltaikanlage Sonnenstrom vom eigenen Dach beziehen und über die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weniger für Strom zahlen als beim örtlichen Grundversorger, sind Mieter weitestgehend benachteiligt. Wir wollen auch Mietern die Vorteile von Sonnenstrom ermöglichen und den Einsatz von Photovoltaikanlagen auf Mehrfamilienhäusern fördern.

Wohnungswechsel erleichtern

Gerade viele ältere Menschen leben in Wohnungen, die nach dem Auszug der Kinder und/oder dem Verlust des Partners zu groß für ihre Bedürfnisse sind. Da sie als langjährige Mieter günstige Mieten zahlen, scheuen sie den Umzug in eine kleinere, aber gleichwohl teurere Wohnung. Wir wollen erreichen, dass die entsprechenden Mieter keine Mieterhöhung erhalten, wenn sie von einer größeren in eine kleinere Wohnung umziehen, insoweit sich beide Wohnungen im Portfolio derselben städtischen Wohnungsbaugesellschaft befinden.

4.2 Eigentumsbildung fördern

Bildung von Wohnungseigentum als Verfassungsauftrag

Laut Berliner Verfassung fördert das Land Berlin die Bildung von Wohnungseigentum. Diesen klaren Verfassungsauftrag wollen wir noch besser umsetzen.

Eigentumsbildung fördern

Wohneigentum ist die einzige Form der Altersvorsorge, von der man schon vor der Rente profitiert. Das Eigentum gehört für uns zu einer gesunden städtischen Mischung.

In der heutigen Zeit ist es langfristig günstiger, eine Wohnung zu kaufen. Deshalb wollen wir es möglichst vielen Berlinerinnen und Berlinern ermöglichen, diese Chance zu nutzen.

Familienbaudarlehen ausbauen

Wir wollen vor allem Familien mit Kindern die Möglichkeit geben, wieder verstärkt Wohneigentum im Neubau, aber vor allem auch im Bestand zu bilden. Hierzu sollen attraktive Ergänzungsfinanzierungen der Investitionsbank Berlin sowie Familienbaudarlehen genutzt werden. Wir wollen prüfen, wie die Eigenkapitalanforderung in einer Weise gesenkt werden kann, die einerseits mehr Berliner Famili-

en die Inanspruchnahme eines Darlehens ermöglicht und andererseits nicht zur Überschuldung einlädt.

Bei großen städtischen Entwicklungsvorhaben wollen wir zukünftig einen Anteil von kostengünstigen Eigentumswohnungen vorsehen, deren Erwerb Familien offen stehen soll, die die Voraussetzung für die Inanspruchnahme eines Familienbaudarlehens erfüllen.

Wir setzen uns dafür ein, den Ersterwerb einer selbst genutzten Wohnung bis zu einem Betrag von 300.000 Euro von der Grunderwerbssteuer zu befreien.

Während beim Immobilienkauf grundsätzlich die Grunderwerbsteuer fällig wird, können Immobilienfirmen bisher die Steuer durch Überführung des Grundstücks in Gesellschaften und Verkauf der Gesellschaftsanteile umgehen. Wir wollen sog. „Share Deals“ bei Immobilienpaketen ebenfalls versteuern und dem Land Berlin so jährlich fast 200 Millionen Euro Mehreinnahmen verschaffen.

Wir streben an, gemeinsam mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften einem bestimmten Anteil ihrer Mieter die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Wohnungen als Selbstnutzer zu erwerben. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden aufgefordert, ihr Eigentumsprogramm für Mieter wieder aufleben zu lassen und damit 5.000 Mietern die Chance zu geben, sich unabhängig von Mietssteigerungen zu machen.

Wir wollen die Gründung von Genossenschaften deutlich stärker als bisher unterstützen, indem wir den entsprechenden Haushaltsansatz auf eine Million Euro erhöhen. Wir wollen außerdem Baugruppen im Rahmen städtebaulicher Entwicklungsvorhaben stark berücksichtigen.

Die Wohnungsbaugenossenschaften sollen den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bei der Vergabe landeseigener Grundstücke gleichgestellt werden.

4.3 Zukunftsquartiere und Zukunftsprojekte voranbringen

Eine smarte Stadt ist innovativ, intelligent und interaktiv. Wir verfolgen mit Nachdruck das Ziel, Berlin bis 2030 zu einer führenden Smart City in Europa zu entwickeln. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Unsere vielfältige Wissenschaftslandschaft, eine starke Wirtschaft und eine kreative Bevölkerung sind die besten Grundlagen für ein smartes Wachstum. Um das Ziel zu erreichen, braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen in und für Berlin Innovationen für eine veränderte Mobilität, eine bessere Gesundheitsversorgung, für intelligente Wohnformen, neue Bautechnologien, eine hochwertige Bildung und eine vernetzte Energieversorgung entwickeln. Eine Smart City Berlin ist mehr als die Umsetzung der Energiewende; vielmehr verstehen wir darunter die angewandte Standort- und Strukturpolitik für Zukunftstechnologien, die Arbeitsplätze schafft und Steuereinnahmen in erheblichem Umfang generieren kann. Zukunftstechnologien sind der Marktplatz der Zukunft – mit einem Marktvolumen bis 2025 von weltweit 4.400 Milliarden Euro. Hiervon sollte sich Berlin ein gehöriges Stück sichern.

Bezahlbares Wohneigentum für Familien bei Entwicklungsvorhaben

Mieter in Eigentum bringen

Keine steuerfreien „Share Deals“ mehr

Selbstnutzung von Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft

Förderung von Genossenschaftsgründungen und Baugruppen

Smart City Berlin

Hoch hinaus in der City-West City-West weiterentwickeln

Wir begrüßen die positive Entwicklung der City-West rund um den Kurfürstendamm, Breitscheidplatz, Tauentzienstraße und Hardenbergplatz. Bei ihrer städtebaulichen Weiterentwicklung haben wir vor allem den Universitätscampus City-West in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bahnhof Zoo im Blick. An diesem Standort wollen wir das Innovationspotenzial der anliegenden Universitäten bzw. Forschungseinrichtungen bündeln und durch die Ansiedlung wissenschaftsaffiner Unternehmen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Unser Ziel ist ein lebendiger innerstädtischer Campus, was wir durch eine Durchmischung des Areals mit insbesondere studentischen Wohnungen erreichen werden. Angesichts des knappen innerstädtischen Flächenangebots halten wir eine punktuelle Hochhausentwicklung an diesem Standort für zielführend. Hierfür ist der bestehende Masterplan gemeinsam mit den betroffenen Bezirken und Grundstückseigentümern weiterzuentwickeln und entsprechendes Baurecht zu schaffen.

Alexanderplatz

Der Alexanderplatz ist das Herzstück der östlichen Innenstadt. Dennoch bleibt er hinter seinen städtebaulichen Möglichkeiten zurück. Zwar konnten wir erfolgreich den politischen Versuch abwehren, die im Masterplan für den Alexanderplatz vorgesehene Hochhausbebauung zu kippen. Das darauf folgende „Workshopverfahren“ der Stadtentwicklungsverwaltung hat allerdings wertvolle Zeit gekostet und zum Teil zweifelhafte Ergebnisse erbracht. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dem Alexanderplatz seine verdiente Würde und neue Aufenthaltsqualität zu geben. Dazu gehört die Umsetzung der vom Masterplan vorgesehenen Hochhausprojekte an der Alexanderstraße ebenso wie die Einführung eines von Senat und Bezirk getragenen Platzmanagements.

Europa-City

In der Mitte Berlins entsteht in den kommenden Jahren mit der sogenannten „Europa-City“ beidseitig der Heidestraße ein neues Stadtquartier mit ungefähr 3.000 Wohnungen, 10.000 Arbeitsplätzen sowie Flächen für Kunst, Kultur und Erholung. Wir begrüßen diese Entwicklung und empfinden sie als Bereicherung ihrer Umgebung. In der kommenden Legislaturperiode werden wir gemeinsam mit dem zuständigen Bezirk die Umsetzung der Planungen vorantreiben und streben insbesondere eine angemessene verkehrliche Erschließung durch den Bau eines S-Bahnhofs an der Perleberger Brücke an.

Flughafen Tegel – Schaulinien der smarten Stadt Berlin

Bei der Nachnutzung des Flughafengeländes in Tegel dürfen sich nicht die Fehler wiederholen, die der Senat in Tempelhof gemacht hat. Aus diesem Grund hat die CDU großen Wert darauf gelegt, frühzeitig und auf hohem Niveau mit den Planungen für das Areal zu beginnen und sie konsequent voranzutreiben. Die kreative industrielle Nachnutzung von Tegel hat für die CDU unbedingte Priorität gegenüber allen anderen Nutzungsüberlegungen. Neue Technologien sind am überzeugendsten, wenn sie am Ursprungsort praktisch zur Anwendung kommen. Wir halten es für möglich, bis zu 5.000 Wohnungen auf dem heutigen Flughafengelände zu schaffen (Kurt-Schumacher-Quartier, Cité Pasteur).

Historische Mitte

Nach jahrzehntelangem Stillstand sind wir in den vergangenen Jahren einen guten Schritt vorangekommen, in der historischen Mitte Berlins wieder ein funktionierendes Stück Stadt entstehen zu lassen. Mit den von uns beschlossenen Bebauungsplänen für die Breite Straße und den Molkenmarkt haben wir wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, die städtebaulichen Wunden von Kriegszerstörung und SED-Diktatur jedenfalls teilweise zu heilen. Entscheidend bleibt jedoch in unseren Augen, auch dem großen Freiraum zwischen Fernsehturm und künftigem Humboldtforum eine neue Form und städtische Funktion zu geben.

Hierbei wollen wir uns von der historischen Stadtstruktur ebenso leiten lassen wie von den Ergebnissen des von uns durchgesetzten Bürgerdialogs zur Historischen Mitte. Unser Ziel ist die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs zu Beginn der neuen Legislaturperiode, um möglichst bis zur Fertigstellung des Humboldtforums in die Umsetzung zu kommen.

Die Berliner und die Gäste der Stadt sollen an exponierter Stelle in der historischen Mitte wieder direkten Zugang zum Bad in der Spree erhalten. Mit dem Flussbad Berlin und der Initiative Spree 2011 wollen wir den Traum vieler Berlinerinnen und Berliner wahr werden lassen, endlich wieder in der Spree baden zu können. Die Entwicklung des Flussbades soll ein gemeinschaftliches Projekt aller Berlinerinnen und Berliner werden. Zur Sicherung der Wasserqualität braucht Berlin ein grundlegendes Konzept, wie bei Starkregen die Einleitung von Abwasser in die Spree vermieden werden kann. Auch an anderen Stellen der Spree muss das Baden perspektivisch wieder möglich sein.

Wir wollen dem zukünftigen Schlossplatz eine würdige Mitte geben. Die Neugestaltung der historischen Mitte darf sich nicht nur auf den Wiederaufbau des Stadtschlusses beschränken, sondern muss auch die Umgebung des Schlossplatzes in der Planung berücksichtigen. Wir setzen uns für die Rückführung des Neptunbrunnens und der Denkmäler ein und sehen in dem Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zur Bereitstellung von 10 Mio. Euro für den Umzug des Neptunbrunnens eine solide finanzielle Basis zur Umgestaltung.

2019 feiert Berlin den zwanzigsten Jahrestag des Regierungsumzugs von Bonn nach Berlin. Wir halten es für an der Zeit, das Parlamentsviertel weiter zu denken als bisher geschehen. Die städtischen Rahmenbedingungen haben sich seit der Wende dramatisch verändert; dem sollte auch der Städtebau in der Umgebung von Kanzleramt und Bundestag Rechnung tragen. Wir wollen die städtebauliche „Abschottung“ von Parlament und Regierung überwinden. Das Band des Bundes muss geschlossen werden, die Idee eines „Bürgerforums“ halten wir für zeitgemäßer denn je. Im Bereich des inneren Spreebogens sehen wir das Potenzial für ein gemischtes Quartier mit ufernahen öffentlichen Nutzungen und zusätzlichen Flächen für die Ansiedlung von Ministerien und regierungsnahen Institutionen. Wir streben an, durch einen städtebaulichen Wettbewerb in der neuen Legislaturperiode die besten Rahmenbedingungen zu ermitteln für die Realisierung eines solchen Parlamentsviertels 2.0.

Wir fordern eine bessere parlamentarische Kontrolle von Großprojekten. Hierfür soll ein neuer Unterausschuss eingerichtet werden. Dort soll routinemäßig über den Stand aktueller Bauvorhaben im Land Berlin informiert werden, um eine höhere Transparenz zu ermöglichen und eine schnellere Möglichkeit zum Gegensteuern zu schaffen.

4.4 Berlin als Hauptstadt stärken

Als anerkannte Hauptstadt unseres Landes ist Berlin Referenzort für das gesamte Deutschland, nimmt nationale Identitäts- und Integrationsaufgaben wahr und spiegelt das Selbstverständnis unserer Nation wider. Es ist an der Zeit, die Mitwirkung der Hauptstadt Berlin an der gesamtstaatlichen Repräsentation in der Berliner Verfassung festzuhalten.

Baden in der Spree

Humboldtforum

Parlamentsviertel 2.0

Großprojekte

Aufnahme der Hauptstadt-
 aufgaben in die Berliner
 Verfassung

Bundratsinitiative für Regierungsumzug

Mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Berlin längst das politische Zentrum Deutschlands. Es ergibt keinen Sinn, weiter auf einer absurden Arbeitsteilung der Regierungsfunktion zu beharren, denn die Entwicklung in Richtung Berlin ist unumkehrbar. Wir wollen daher über eine Bundratsinitiative den geordneten Komplettumzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin erreichen.

Hauptstadtfinanzierungsvertrag

Deutschlands Hauptstadt muss das Finanzverhältnis zum Bund und den Bundesländern auf eine neue Grundlage stellen. Wir wollen die bestehenden Finanzierungsformen auf eine realistische und zeitgemäße Grundlage heben und Berlin für Hauptstadtaufgaben – insbesondere für hauptstadtbedingte Sicherheitsaufgaben - auskömmlich auszustatten.

Hauptstadtgesetz

Art. 22 Abs. 1 GG weist den Bundesgesetzgeber an, die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt Berlin durch Bundesgesetz zu regeln. Wir wollen uns über den Bundesrat dafür einsetzen, diesen klaren Verfassungsauftrag endlich umzusetzen. Berlin ist das Schaufenster, in dem sich Deutschland der Welt präsentiert. Für diese Aufgabe von nationaler Bedeutung benötigt Berlin endlich eine sichere gesetzliche Grundlage.

5 Familienfreundliches Berlin

Die Familie ist die natürliche Klammer des Menschen. Hier werden Werte wie Verantwortung, Zuneigung und Verlässlichkeit gelebt, die für unsere Gesellschaft elementar sind. Ein starkes Berlin gibt es nur mit starken Familien. Und da es ohne Kinder keine Zukunft gibt, wollen wir alle Menschen, die Verantwortung für Kinder übernehmen, besser fördern. Wir wollen den Menschen dabei nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, denn wir glauben, dass verschiedene Familienmodelle ihre Berechtigung haben. Die Aufgabe des Staates sehen wir darin, den Menschen Angebote zu machen, damit sie wirkliche Wahlfreiheit haben, um ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu meistern. Gerade die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns ein wichtiges Anliegen. Seit 2011 ist es uns gelungen, mehr als 20.000 neue Kitaplätze zu schaffen. Auch die Qualität der Betreuung in den Kitas haben wir verbessert und erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels nach dem Motto „Mehr Personal für die Kleinsten!“ in den Kitas erreicht. Mit der Erhöhung der Personalmittel um 75 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2016/2017 haben wir die finanziellen Voraussetzungen für deutlich mehr Personal in den Kitas geschaffen. Dieser Weg muss im Sinne einer familien- und kinderfreundlichen Stadt konsequent weiter beschritten werden. Denn wir wollen, dass sich möglichst viele junge Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden und richten unsere Politik danach aus. Wir wollen die Kita-Betreuungsmöglichkeiten weiter verbessern, aber auch Modelle wie die sogenannten „Tagesgroßmütter“ voranbringen.

Da ein Leben mit Kindern besondere Herausforderungen mit sich bringt, brauchen Familien an vielen Stellen bessere Unterstützung. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen beschlossen, um die Familien in unserer Stadt zu stärken: Um Familien zu entlasten und kurze Schulwege zu ermöglichen, haben wir beim Übergang zur Oberschule den Vorrang von Geschwister- und Bezirkskindern eingeführt. Geschwisterkinder können so auf die gleiche Schule gehen und Schüler, die im Bezirk der betreffenden Schule woh-

nen, werden bei der Vergabe der bezirklichen Schulplätze der jeweiligen „Zweit- und Drittwunschschule“ bevorzugt. Um den Berliner Familien weiterhin ein umfangreiches Kulturangebot vergünstigt anbieten zu können, haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Berliner Familienpass weiter angeboten wird. Erst durch dieses Angebot erhalten viele Familien die Möglichkeit, Kulturveranstaltungen zu besuchen und so ihren Kindern ein interessantes und bildendes Freizeitangebot zu bieten. Diese außerschulische kulturelle Bildung ist wichtig für die Entwicklung der Kinder und fördert den familiären Zusammenhalt.

Wir wollen diesen Weg konsequent fortsetzen und die Familien in unserer Stadt weiter stärken. Familienüberholspuren bei Ämtern können Väter und Mütter zeitlich entlasten und drücken zugleich die Wertschätzung für Kinder aus. Über Familienbaudarlehen wollen wir Familien mit Kindern dabei helfen, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Kinder- und Familienfreundlichkeit müssen in unserer Stadt in allen Lebensbereichen stärker gelebt werden. Wir wollen einen Ideenwettbewerb mit dem Ziel aufbauen, viele innovative Vorschläge und Maßnahmen zu erhalten, die konkret zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Familien beitragen können.

5.1 Vorfahrt für Familien

Gerade für Mütter und Väter mit kleinen Kindern sind Wartezeiten besonders unangenehm. Daher wollen wir Familien auf öffentlichen Ämtern und bei landeseigenen Unternehmen in Berlin auf die „Überholspur“ bringen: Die Einrichtung so genannter „Familien-Überholspuren“ in der Berliner Verwaltung und bei landeseigenen Unternehmen, mit denen Eltern von kleinen Kindern Vorrang erhalten und daher von kürzeren Wartezeiten profitieren könnten, sollte geprüft werden. So könnte es beispielsweise einen eigenen Schalter nur für Familien geben, um dort bei Bedarf Eltern mit kleinen Kindern einen schnelleren Service anzubieten.

Wir wollen vor allem Familien mit Kindern die Möglichkeit geben, wieder verstärkt Wohneigentum sowohl im Neubau, aber vor allem auch im Bestand zu bilden. Hierzu sollen attraktive Ergänzungsfinanzierungen der Investitionsbank Berlin sowie Familienbaudarlehen genutzt werden.

Alle staatlichen oder öffentlich geförderten Einrichtungen in Berlin sollen mehr Vergünstigungen für Familien anbieten. Um speziell kinderreiche Familien zu unterstützen, die oft vor besonderen Herausforderungen stehen, soll bei den Familieneintrittskarten die Zahl der Kinder einer Familie nicht begrenzt werden.

Wir wollen, dass in allen Behörden mit Publikumsverkehr Spielecken für Kinder eingerichtet werden. Räumlichkeiten, in denen sich Kinder gefahrfrei aufhalten können, müssen überall selbstverständlich sein.

Kinder- und Familienfreundlichkeit muss noch stärker im allgemeinen Bewusstsein verankert werden. Hierzu wollen wir ein „Kinder-Siegel“ einführen, mit dem die Kinder- und Familienfreundlichkeit privater Anbieter, beispielsweise in der Gastronomie und im Freizeitbereich, kenntlich gemacht werden kann. Verbraucher sollen so die Möglichkeit erhalten, bei ihren Konsumententscheidungen ganz bewusst familienfreundlichen Einrichtungen den Vorrang zu geben.

Familienüberholspuren

Familienbaudarlehen

Mehr Vergünstigungen für Familien

Spielecken in Behörden

„Kinder-Siegel“

Investitionsoffensive für Spielplätze

Wir wollen die Investitionsoffensive für die Berliner Spielplätze, die die CDU mit dem Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm von 10 Millionen Euro im Jahr gestartet hat, verstärken. Die Bezirksämter müssen die Spielplatzsituation einmal pro Jahr erheben und transparent darstellen. Daraus ist der tatsächliche Bedarf für Unterhaltung, Sanierung und Neubau zu ermitteln. Entsprechende Mittel und Personal müssen den Bezirksämtern zur Verfügung gestellt werden.

5.2 Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Mehr Kita-Plätze schaffen und Wahlfreiheit erhalten

Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, benötigen Eltern ausgezeichnete Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Gerade die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter in unserer Stadt profitieren davon. Aufgrund der wachsenden Anzahl an Kindern in Berlin und der wachsenden Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen durch junge Familien muss der Ausbau der Kitaplätze weiterhin Priorität haben, damit Berlin über eine ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen verfügt.

Wichtig für Familien ist Wahlfreiheit – dafür braucht es sowohl eine ausreichende Anzahl an freien Kita-Plätzen wie auch ein vielfältiges Angebot. Deshalb muss es auch weiterhin möglich sein, auf freiwilliger Basis Zuzahlungsvereinbarungen zu schließen, um z.B. bilinguale Angebote finanzieren zu können.

Neue Betreuungsmöglichkeiten schaffen

In Ergänzung zum Kita-Angebot wollen wir im Sinne der Wahlfreiheit auch neue Betreuungsmöglichkeiten schaffen. So wollen wir das Modell der „Tagesgroßmütter“ als eine familiennahe Form der Beaufsichtigung stärken. Auch setzen wir auf die Kraft nachbarschaftlicher Initiativen.

Kindertagespflege

Die Kindertagespflege ist eine familiennahe Betreuungsform, die besonders für Kinder unter drei Jahren oder Kinder, die viele Stunden am Tag betreut werden müssen, attraktiv ist. Die konstante Bezugsperson und die kleine, überschaubare Kindergruppe können hier von Vorteil sein. Wir wollen die Kindertagespflege in Berlin bedarfsgerecht unterstützen.

24-Stunden-Kita

In einer Stadt wie Berlin, wo es viele alleinerziehende Mütter und Väter gibt und immer mehr Menschen auch in den Abendstunden oder sogar nachts arbeiten, brauchen wir deutlich flexiblere Betreuungsangebote. Wir wollen daher prüfen, wie die qualitative Betreuung der Kinder auch außerhalb der üblichen Kita-Öffnungszeiten, z.B. durch 24-Stunden-Kitas, gewährleistet werden kann. Eine gute Betreuung darf keine Frage der Uhrzeit sein!

Betriebliche Kinderbetreuung

Gute Kinderbetreuung steht in einer Großstadt wie Berlin immer auf mehreren Standbeinen. Neben dem Elternhaus und den Kitas wollen wir auch die Betriebe stärker in den Blick nehmen. Unternehmen benötigen Anreize, eigene Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, denn so können die Betreuungszeiten der Kinder und die Arbeitszeiten der Eltern perfekt aufeinander abgestimmt werden - davon profitieren nicht nur die Familien, sondern auch die Arbeitgeber.

Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, steuerliche Anreize für die Einrichtung von Betriebskitas in Berlin zu schaffen. Wir wollen aber auch die Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Bei Nutzung längerer Kita-Öffnungszeiten, die mit höheren Betreuungskosten für die Eltern verbunden sein können, sollte geprüft werden, inwiefern sich die Arbeitgeber an diesen Kosten beteiligen.

Die CDU Berlin weist schon seit langem darauf hin, dass die Qualität der Betreuung maßgeblich von der Anzahl der eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher in den Kitagruppen, dem sog. Betreuungsschlüssel, abhängt. Dieser muss weiter verbessert werden!

Wir haben erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Berliner Kitas erreicht: Für das Jahr 2016 sind allein für mehr Personal in diesem Bereich 23 Millionen Euro im Berliner Haushalt vorgesehen; für das Jahr 2017 wird das Land Berlin dafür sogar 52 Millionen Euro zusätzlich ausgeben. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen.

Die einwandfreie Beherrschung der deutschen Sprache ist das wichtigste Mittel für ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben und Grundlage für den Bildungserfolg unserer Kinder. Für eine effektive Förderung der Sprachkompetenzen der Berliner Kinder braucht es speziell für die Sprachvermittlung geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausreichender Anzahl, die direkt mit den Kindern arbeiten, sowie geeignete organisatorische Strukturen und abgesicherte Konzepte zur Bewertung des Lernfortschritts.

Jedes Kind in unseren Kindertagesstätten und Schulen soll gutes Deutsch lernen. Nur durch gute Deutschkenntnisse ist Teilhabe in allen Lebensbereichen gewährleistet. Im Zeitalter der Globalisierung ist die Kenntnis zusätzlicher Sprachen jedoch besonders wichtig. Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik sollte daher auch in viel mehr bilingualen Kitas und Schulen als bisher den sprachlichen und kulturellen Schatz heben, den Kinder mitbringen, die mit einer anderen Muttersprache als Deutsch aufwachsen.

Ausreichend qualifiziertes Personal für die Kitas zu finden, ist eine Herausforderung. Wir wollen die Attraktivität des Erzieherberufs steigern, damit sich mehr Menschen für diesen wichtigen Ausbildungsberuf entscheiden. Hierbei setzen wir auf verbesserte Arbeitsbedingungen in den Kitas (Verbesserung des Betreuungsschlüssels, bessere Ausstattung etc.) und eine bessere Bezahlung. Deshalb wollen wir uns auch dafür stark machen, dass sich das Land Berlin in künftigen Tarifverhandlungen im Erzieherbereich gegenüber den anderen Bundesländern für eine perspektivisch deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher (z.B. wie nach TVöD) einsetzt.

Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Erzieherinnen und Erzieher für die Arbeit in einer sogenannten Brennpunkt-Kita gewonnen werden, z.B. durch die Zahlung einer Prämie.

5.3 Kinder besser schützen

Der Kinderschutz in Berlin muss weiter verbessert werden. Dazu wollen wir die Angebote der Gewaltschutzambulanz und der Kinderschutzambulanzen weiter ausbauen. Insbesondere die Prävention durch gezielte Angebote für werdende Mütter und Väter soll verbessert werden.

In Berlin wurden auf der Grundlage bezirklicher Initiativen und mit Hilfe der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen viele gute Ansätze geschaffen, um Familien so früh wie möglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Ein flächendeckendes Hebammenprogramm soll dafür sorgen, dass Mütter bereits vor der Geburt sowie nach der Geburt ihres Kindes, im Bedarfs-

Mehr Erzieherinnen und Erzieher für unsere Kinder

Sprachförderung in der Kita

Bilinguale Kitas

Steigerung der Attraktivität des Erzieherberufs

Prämie für Erzieher in Brennpunkt-Kitas

Kinderschutzambulanzen

Familienhebammen

fall auch über die bisherigen Einsatzmöglichkeiten von bisher bis zu acht Wochen hinaus, intensiv unterstützt und begleitet werden können.

Frühwarnsystem Die Einführung einer Fachsoftware zur Unterstützung des Frühwarnsystems im medizinischen Bereich zur Prävention von Kindesmisshandlung, z.B. nach Vorbild des RISKID-Informationssystems, soll geprüft werden. Unter dem Schirm der ärztlichen Schweigepflicht ermöglicht dieses System Ärzten, sich gegenseitig über Befunde und Diagnosen zu informieren.

Babylotsen Lotsensysteme spielen beim Kinderschutz eine wichtige Rolle. Oftmals setzen sie aber entweder zu spät an oder nur dann, wenn die Familien selbst aktiv werden. Eine systematische und evaluierte Form der Unterstützung bieten hingegen die sogenannten Babylotsen, die bereits seit 2012 an der Charité erfolgreich im Einsatz sind. Um eine frühestmögliche Unterstützung von Familien, die von gesundheitlichen oder sozialen Risikofaktoren betroffen sind, zu ermöglichen, wollen wir die Babylotsen nach dem Hamburger Modell an allen Geburtskliniken in Berlin einführen. Die Umsetzung soll in enger Abstimmung mit Bezirken und Krankenkassen erfolgen.

6 Mobiles Berlin

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe der Bürger, aber auch für wirtschaftliches Wachstum und gute Beschäftigung. Daher wollen wir Berlin in Bewegung halten – mit einem leistungsfähigen und konsequent umweltfreundlichen Verkehrssystem, in dem die einzelnen Verkehrsträger bestmöglich miteinander verzahnt sind. Andere wollen die Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausspielen, unser Ziel ist ein faires Miteinander der verschiedenen Mobilitätsformen. Deshalb stehen wir für ein Verkehrskonzept, das gleichberechtigt alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsarten berücksichtigt. Ziele in der Stadt müssen zu Fuß, per Auto, per Rad und mit dem öffentlichen Nahverkehr gut erreichbar sein. Wir haben uns deshalb für ein Sanierungsprogramm zum Erhalt der Infrastruktur stark gemacht: Mit mehr als 60 Millionen Euro im Jahr werden Straßen, Brücken und Gehwege gefördert. Auch den öffentlichen Nahverkehr haben wir gestärkt: Seit wir regieren werden jedes Jahr 7 Millionen Euro mehr für den ÖPNV ausgegeben, damit mehr und neue Fahrzeuge beschafft werden und so Taktzeiten verbessert werden können. Wir wollen diese Leistungen qualitativ und quantitativ sowie wettbewerbsfähig ausbauen und die Anbindung Berlins an das Fernbahnnetz zum Beispiel dadurch verbessern, indem am Bahnhof Zoo wieder Fernverkehrszüge halten. Berlin ist auch als deutsche Hauptstadt dazu verpflichtet.

Wir freuen uns über die wachsende Zahl der Fahrradfahrer und wollen ihnen bessere Angebote machen, zum Beispiel über ein berlinweites Netz von Fahrradschnellwegen. Zu einem nachhaltigen Mobilitätsmix gehört auch ein motorisierter Individualverkehr, der nicht unnötig ausgebremst wird. Hierzu braucht Berlin endlich eine Verkehrslenkung, die diesen Namen auch verdient. Durch wichtige Infrastrukturprojekte wie die A 100 und die Tangentialverbindung Ost wollen wir die Zukunftsfähigkeit des Verkehrssystems sichern und viele Menschen in den belasteten Ortsteilen von starkem Durchgangsverkehr entlasten. Zugleich begrüßen wir, dass in Berlin mehr Wege zu Fuß zurückgelegt werden als mit dem

Auto oder dem ÖPNV. Die Fußgänger haben ein Recht auf sichere Gehwege in einem ordentlichen Zustand. Dasselbe gilt für mehr Zebrastreifen und mehr Laternen, damit die Fußgänger immer sicher unterwegs sind.

Egal ob Schlaglöcher, Fahrradleichen oder defekte Verkehrszeichen: Die Bürger brauchen eine einfache Möglichkeit, um die Verwaltung darauf hinzuweisen, wo etwas in Ordnung gebracht werden muss. Dafür wollen wir einen bürgerfreundlichen Mängelmelder einrichten. Wenn Missstände schneller beseitigt werden, stärkt das das Verkehrssystem als Ganzes.

6.1 Fahrrad- und fußgängerfreundliche Stadt

Das Fahrrad spielt als umweltfreundliches Verkehrsmittel eine zunehmend wichtige Rolle in Berlin. Die Förderung des Radverkehrs ist ein erklärtes Ziel der CDU Berlin. Wir wollen das Radwegenetz ausbauen und ein Schnellwege-Netz für Radfahrer schaffen. Das Pilotprojekt soll auf der Potsdamer Stammbahn bis zur Wiederinbetriebnahme der Regionalbahn eingerichtet werden. Wir wollen weitere Projekte dieser Art prüfen, wie z.B. die Siemensbahn und die U-Bahn-Hochstrecke zur Warschauer Brücke.

In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Fahrradfahrer in Berlin mehr als verdoppelt. Wo es mehr Fahrräder gibt, brauchen wir auch mehr öffentliche Fahrradabstellflächen und ggf. Fahrradstationen. Diese sollten besser gegen Diebstahl und Vandalismus geschützt werden, z.B. durch Videoaufzeichnung. Für Elektroräder sind spezielle Abstellflächen für eine besondere Sicherung zu überprüfen.

Außerdem wollen wir Fahrradparkhäuser errichten und Bike & Ride-Angebote ausbauen, besonders an wichtigen Umsteigepunkten zu U-Bahn, S-Bahn und Regionalbahn. Das hilft allen Verkehrsteilnehmern.

In Berlin gibt es viel zu viele Fahrräder, die über einen längeren Zeitraum Fahrradabstellplätze blockieren. Wir wollen prüfen, ob und wie diese so genannten „Fahrradleichen“ schneller entfernt und an einen zentralen Ort abgeschleppt bzw. abgestellt werden können.

Ein leistungsfähiges Fahrradverleihsystem stellt einen erheblichen Anreiz dar, auf zwei Räder umzusteigen und entlastet den ÖPNV von unnötiger Fahrradmitnahme. Das stadtweite Fahrradverleihsystem wird in den kommenden Monaten auf über 700 Stationen und 5000 Fahrräder anwachsen. Dabei wollen wir auch zusätzliche Angebote von Fahrradverleihsystemen ermöglichen. Wir halten dabei ein Tarifsystem für sinnvoll, bei dem die erste halbe Stunde der Nutzung des Leihfahrrads für die Kundinnen und Kunden des Systems frei von weiteren Kosten ist.

Für die in der nächsten Legislaturperiode anstehende Folgeausschreibung streben wir eine weitere Verdichtung und flächenmäßige Ausdehnung des Angebots über den S-Bahn-Ring hinaus an. Mittelfristig sollte die Zahl der Verleihstationen berlinweit auf 1.500 gesteigert werden und die Zahl der zur Verfügung gestellten Fahrräder auf 20.000 wachsen.

Die meisten Wege in unserer Stadt werden zu Fuß zurückgelegt. Wo es möglich ist, sollen die Ampelschaltungen optimiert und Fußgängerwege verbreitert

Fahrradschnellwege

Fahrradabstellflächen:
Bike & Ride und Fahrrad-
parkhäuser

Fahrradleichen-Management

Stadtweites Fahrradverleihsystem

Fußgänger

werden. Auf stärker befahrenen Straßen müssen sichere Übergänge für Fußgänger, gegebenenfalls durch mehr Ampelanlagen und Querungshilfen, geschaffen werden. Dies soll insbesondere älteren Menschen und Kindern die notwendige Sicherheit geben. Die Fußverkehrsstrategie wollen wir gemeinsam mit der Stadtgesellschaft weiterentwickeln.

Barrierefreiheit Bei Tiefbaumaßnahmen soll verstärkt das Ziel verfolgt werden, durch Absenken der Bordsteine die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu verbessern. Wir wollen außerdem den Ausbau von Blindenampeln und Blindenleitstreifen gewährleisten.

6.2 ÖPNV stärken

S- und U-Bahn ausbauen Der Berliner ÖPNV befördert so viele Fahrgäste wie nie zuvor. Eine wachsende Metropole wie die Hauptstadt Berlin muss mobil bleiben. Deshalb wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr weiter stärken. Ausschreibungen von Leistungen im Schienenverkehr müssen endlich wettbewerbskonform und zügig erfolgen. Neben modernen Fahrzeugen und zunehmender Barrierefreiheit gehört hierzu auch der mittel- und langfristige Ausbau des S- und U-Bahn-Streckennetzes. Wir wollen u.a. die U8 bis ins Märkische Viertel, die U1 zum Ostkreuz, die U3 bis zum S-Bahnhof Mexikoplatz und die U7 zum Flughafen BER verlängern. Auch das S-Bahn-Streckennetz wollen wir erweitern: So soll beispielsweise die S75 nach Karow, die S5 nach Nauen, die S25 von Teltow nach Wannsee verlängert und die S21 vom Nordring zum Hauptbahnhof und Potsdamer Platz als neue City-S-Bahn gebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, jetzt die Planungen dazu voranzutreiben.

Straßenbahn stärken Auch das Straßenbahnnetz ist dort, wo es Sinn ergibt, zu erweitern. Wir treten ein für die Verlängerung der Straßenbahn von Schöneweide nach Adlershof, um den dortigen Wissenschaftsstandort besser anzubinden.

Fahrpreisgestaltung Wir wollen, dass bei künftigen Fahrpreiserhöhungen verstärkt die Einzel-, Tages- und Wochentickets ins Visier genommen werden und weniger die Zeitkarten, um die Berlinerinnen und Berliner weniger zu belasten.

Sichere Bahnhöfe Unabhängig von der Tageszeit soll sich in unserer Stadt niemand davor fürchten müssen, den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen. Seit wir mitregieren, hat die Polizei jährlich rund 160.000 Einsatzkräftestunden im ÖPNV geleistet und damit im Durchschnitt rund doppelt so viel wie in den fünf Jahren davor. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen. Darüber hinaus gilt es, den Einsatz von Videotechnik auf Bahnhöfen und in den Bahnen weiter auszubauen und insbesondere wieder mehr Personal der Verkehrsbetriebe in die Bahnhöfe zu bringen.

Fahrradfreundlicher ÖPNV Für Pendler müssen Möglichkeiten geschaffen werden, im öffentlichen Nahverkehr das Fahrrad besser transportieren zu können.

Taxigewerbe stärken Auch Taxifahrer spielen für die Mobilität der Berlinerinnen und Berliner eine große Rolle. Hinsichtlich der Konzessionsvergabe und der Bekämpfung von Schwarzarbeit im Gewerbe wollen wir uns am Hamburger Modell orientieren.

Eine wachsende Stadt mit Außenbezirken, in denen immer mehr Menschen wohnen, braucht gute Verbindungen mit Bus und Bahn in die Stadt. In vielen Außenbezirken sind einige Ortsteile von wichtigen und schnelleren Verkehrsmitteln abgeschnitten. Daher setzen wir uns dafür ein, die Taktzeiten auf einigen S-Bahn-Linien nach Bedarf, besonders im Berufsverkehr, zu erhöhen und die dafür notwendigen Infrastrukturmaßnahmen umzusetzen.

Wir sprechen uns für ein integriertes „Park and Ride Konzept“ an den Verkehrsknotenpunkten des Nahverkehrs in Berlin und im Berliner Umland aus, um Pendlern ein attraktiveres Umsteigeangebot als bisher zu machen und gleichzeitig Wohngebiete in Bahnhofsnähe von parkenden Autos zu entlasten.

6.3 Verbesserung des Individualverkehrs

Für den Weiterbau der A100 bis zur Frankfurter Allee gibt es gute Gründe: Der Innovationsstandort Adlershof und der Flughafen BER werden besser an Berlins Mitte und Norden angebunden. Bereits Bauabschnitt 16 entlastet Neukölln und Treptow-Köpenick von starkem Durchgangsverkehr und bindet rund 3.000 Unternehmen besser an. Für die Anbindung bis an die Spree müssen keine Wohngebiete weichen, die Strecke verläuft überwiegend durch Gewerbegebiete.

Wir wollen den Schilderdschungel in unserer Stadt lichten. Es kommt immer wieder vor, dass Beschilderungen im öffentlichen Raum nicht an geänderte Regelungen bzw. Verkehrsverhältnisse angepasst wurden. Zudem werden durch ständig neue Reglementierungen des Straßenverkehrs zusätzliche Schilder angebracht. Die vielen Straßenschilder führen zu mehr Unübersichtlichkeit und Verwirrung bei den Verkehrsteilnehmern. Nach einer Evaluation sollen überflüssige oder verwirrende Schilder abgebaut werden.

Die Straße des 17. Juni ist den Verkehrsteilnehmern an durchschnittlich 300 Tagen im Jahr zur Verfügung zu stellen. Hierfür ist die Zahl der dort jährlich stattfindenden Veranstaltungen deutlich zu reduzieren. Nur Veranstaltungen, die einen außerordentlichen kulturellen, wirtschaftlichen, sportlichen oder sonstigen Mehrwert für Berlin ergeben, sollen genehmigt werden. Zudem sollen die Auf- und Abbauarbeiten von Bühnen, Zäunen und Tribünen deutlich beschleunigt werden.

Fahrbahnschäden sind nicht nur ein lästiges Übel, sondern mindern auch die Verkehrssicherheit. Zur besseren Planung wollen wir erreichen, dass das Senatssonderprogramm für die Schlaglochanierung in den Regelhaushalt der Bezirke überführt wird. Wir wollen, dass Schlaglöcher schneller beseitigt werden. Dafür müssen den Bezirken nicht nur die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern insbesondere die Verfahren beschleunigt werden. Die Einführung eines Prämiensystems für Bezirke, bei denen Schlaglöcher am schnellsten saniert werden, wollen wir prüfen.

In reinen Wohngebieten, vor Schulen, Krankenhäusern und Seniorenheimen ist Tempo 30 sinnvoll, um das Unfallrisiko zu reduzieren. Es werden aber auch immer wieder Tempo-30-Zonen eingerichtet, ohne dass es eine sinnvolle Begründung dafür gibt. Wir wollen die Tempo-30-Zonen in Berlin, besonders auf Hauptverkehrsstraßen, auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen.

Taktzeiten der S-Bahn in den Außenbezirken erhöhen

Park and Ride an S-Bahnhöfen

Weiterführung der A100

Weniger Schilder, mehr Durchblick

Weniger Sperrungen auf der Straße des 17. Juni und Brandenburger Tor

Schlaglöcher stopfen

Tempo-30-Zonen auf den Prüfstand

Autobahnabfahrt „Buch“ zur Stärkung des Campus Buch

Buch ist ein Zukunftsort, der mit seiner biomedizinischen Spitzenforschung Maßstäbe setzt. Durch die rasante Entwicklung des Medizin- und Wissenschaftscampus hat das Verkehrsaufkommen in der Region stark zugenommen. Für sein weiteres Wachstum benötigt der Standort dringend eine bessere Anbindung an das übergeordnete Straßennetz. Ein Autobahnanschluss würde viele Wohngebiete von Durchgangsverkehren entlasten und damit die Lebensqualität für die Bewohner in den Quartieren steigern.

Umsetzung der TVO

Für den dringend erforderlichen Lückenschluss der Tangentialverbindung Ost (TVO) zwischen Berliner Ring und A113 ist das Planfeststellungsverfahren angelaufen. Diesen Prozess wollen wir weiter befördern und setzen uns für eine bürgerfreundliche und leistungsfähige Variante mit zwei Fahrspuren in jede Richtung ein. Die Planung und der zügige Bau der TVO sind entscheidend für die Verkehrsinfrastruktur in Berlin. Damit wollen wir Wohngebiete vom Verkehr entlasten, die Wirtschaftsentwicklung von mindestens drei Berliner Bezirken fördern und durch die Kanalisierung des Verkehrs für weniger Emissionen sorgen.

Car-Sharing ausbauen

Wir wollen das Car-Sharing-Angebot in Berlin ausbauen. Das Vorhandensein von Car-Sharing-Angeboten ist mittlerweile ein wichtiger Standort- und Ansiedlungsfaktor für Unternehmen in unserer Stadt. Gemeinsam mit den wichtigsten Car-Sharing-Anbietern in Berlin wollen wir deshalb ein Konzept entwickeln, die Geschäftsgebiete möglichst flächendeckend auszuweiten. Dafür wollen wir gegebenenfalls erforderliche Anreize schaffen.

Parkplatzmangel

In vielen Teilen unserer Stadt gibt es zu wenig Parkplätze. Dies hat unnötigen Parksuchverkehr und übermäßige Belastung mit Lärm und Staub zur Folge. Bei Neubauvorhaben und verkehrsplanerischen Entscheidungen ist die Schaffung ausreichender Parkplatzkapazitäten unabdingbar. Wir wollen durch innovative Konzepte neue Parkmöglichkeiten schaffen.

Staus vermeiden

Emissions- und Immissionsschutz

Staus kosten nicht nur Zeit und Nerven, sondern sind auch eine Belastung für die Umwelt. Um Staus zu vermeiden, wollen wir in einem verkehrspolitischen Gesamtkonzept den öffentlichen Verkehr ausbauen. Auch Straßen sollen neu gebaut werden, um Wohngebiete zu entlasten und Durchgangsverkehr zu kanalisieren. Das verringert nachhaltig die Feinstaub-, Verkehrs- und Lärmbelastung.

Flüsterasphalt

Mit zunehmendem Verkehr gehen häufig auch zunehmende Emissionen einher. Diese lassen sich nicht vollständig vermeiden, aber auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Bei der Sanierung der Hauptverkehrsstraßen wollen wir, dass vermehrt offener Asphalt (so genannter „Flüsterasphalt“) verwendet wird.

6.4 Smarte Verkehrslenkung

Verkehrslenkung auflösen

Wir wollen die Verkehrslenkung Berlin auflösen. Die Aufgaben der gesamtstädtischen Steuerung des Verkehrs (Ampelanlagen u.a.) und des fließenden Verkehrs auf Hauptverkehrsstraßen soll die Verkehrsmanagementzentrale übernehmen. Auch für die landesweite Baustellenkoordinierung, insoweit es um zentrale Vorhaben geht, müssen neue effektive Wege gefunden werden. Kleinere Aufgaben ohne bezirksübergreifende Bedeutung können aus zentraler Perspektive oft

nicht bürgernah entschieden werden. Diese Zuständigkeiten wollen wir in die Bezirke zurückgeben.

Bei allen Baumaßnahmen ist neben einer schnellen Entscheidung bis zum Baubeginn auf eine möglichst kurze Bauzeit zu achten. Neben der Einführung von Schicht- und Nachtarbeit auf Baustellen setzen wir auf die Einführung eines Bonus-Systems: Wie bei der Sanierung der AVUS im Jahr 2012 mit eindrucksvollem Erfolg getestet, erhalten bauausführende Unternehmen eine Bonus-Zahlung, wenn die Baustelle vor dem ursprünglich verabredeten Fertigstellungszeitpunkt aufgelöst werden kann. So wird die Motivation der Bauunternehmen gesteigert und gleichzeitig effizientes und schnelles Management honoriert.

Die unterschiedlichen Kartensysteme von Car-Sharing-Anbietern, dem zukünftigen Bike-Sharing-Anbieter sowie die Monatskarte von BVG und S-Bahn wollen wir zukünftig in eine einheitliche Berliner Mobilitätskarte überführen. Gemeinsam mit den Anbietern soll der Senat hierfür ein Konzept entwickeln und gegebenenfalls erforderliche Anreize schaffen.

Ein „Teil-Stadtentwicklungsplan“ Elektromobilität ist zu erstellen. Bisher gibt es Ladestationen für Elektroautos nur vereinzelt in Berlin. Um das Netz an Ladestation günstig und schnell auszubauen, wollen wir mit Strom betriebene Straßenlaternen als „Zapfsäulen“ für die Elektroautos (sog. „Kombilaternen“) nutzen. Als Ladestationen könnten auch Parkautomaten dienen.

Privilegien für Fahrer von Elektroautos könnten dafür sorgen, die Elektromobilität und die Nutzung von Elektroautos in unserer Stadt weiter zu fördern.

6.5 Mehr Verkehrssicherheit

Jedes Unfallopfer ist eines zu viel. Die Zahl der Verkehrstoten wollen wir deshalb weiter deutlich senken und damit die rückläufige Entwicklung der letzten Jahre fortsetzen. Dabei setzen wir einerseits auf technische Maßnahmen wie zum Beispiel mehr Ampeln oder Gefahrenhinweise sowie andererseits auf bauliche Veränderungen, um z.B. die Sicherheit auf Fuß- und Radwegen zu erhöhen.

Wir setzen uns für sichere Schulwege und Verkehrsfrüherziehung ein. Die Jugendverkehrsschulen haben wir gesetzlich als außerschulische Lernorte gesichert. Wir wollen die Jugendverkehrsschulen weiter stärken und ihren Weg in das digitale Zeitalter unterstützen.

An sensiblen Orten wie vor Kitas und Schulen, in Naherholungsgebieten und in bestimmten Wohngebieten wollen wir durch geeignete Maßnahmen eine Verkehrsberuhigung erreichen. Verkehrsberuhigte Zonen können dabei auch ein mögliches Mittel sein, um Kiezzentren weiterzuentwickeln.

Wir wollen prüfen, inwiefern die Anschaffung von mobilen Sichtschutz-Einrichtungen auf dem Mittelstreifen von Autobahnen an Unfallschwerpunkten zur Verhinderung von „Gaffer-Staus“ und Unfällen beitragen kann.

Bauen mit Bonus

Mobilitäts-Card

Elektromobilität

Verkehrssicherheit

Jugendverkehrsschulen stärken

Verkehrsberuhigung

Anti-Gafferzäune für sichere Autobahnen

Zweite-Reihe-Parker Das Halten oder Parken in der zweiten Spur oder auf der Busspur durch Pkws und Lkws muss unterbunden und konsequent geahndet werden, da oft Staus entstehen. Hier bedarf es einer ausreichenden Kontrolldichte auf den Straßen.

Fahrradstaffel ausbauen Seit der Einführung der Fahrradstaffel bei der Berliner Polizei sind insbesondere im Bezirk Mitte positive Auswirkungen des Verhaltens von Fahrradfahrern zu beobachten. Neben der konsequenten Kontrolle der Einhaltung der Straßenverkehrsordnung durch die Autofahrer gilt es angesichts der steigenden Bedeutung des Radverkehrs auch Verkehrsverstöße durch Radfahrer konsequenter zu kontrollieren und zu ahnden.

Raser ausbremsen Durch so genannte „Profilierungsfahrten“ kommt es im Berliner Stadtgebiet regelmäßig zu Lärmbelästigungen und Verkehrsgefährdungen. Die Polizei Berlin hat deshalb in den letzten Monaten ihre Verkehrskontrollen zur Unterbindung dieser Profilierungsfahrten verstärkt. Wir wollen an diesem Kurs festhalten und durch häufigere schwerpunktorientierte Geschwindigkeits- und Verkehrskontrollen dieses gefährdende Fahrverhalten zurückdrängen.

7. Gesundes Berlin

Exzellente Qualität der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Lebensqualität in Berlin. Nur ein gesundes Berlin ist auch ein starkes Berlin. Wir wollen, dass auch in Zukunft jeder in Berlin Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung hat, unabhängig von seinem Einkommen, seinem Alter oder seinem gesundheitlichen Zustand. Mehr noch: Berlin soll Gesundheitshauptstadt Europas werden. Dazu werden wir die Akteure in einem kontinuierlichen Dialog – auch im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Teilhabe und Umsetzung – einbinden.

In dieser Legislaturperiode haben wir die Finanzierung der Berliner Krankenhäuser bereits um fast 100 Prozent gesteigert. Mit dem neuen Krankenhausplan tragen wir einer wachsenden und älter werdenden Stadt Rechnung. Mit ihm haben wir klare Vorgaben geschaffen, die die Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser gewährleisten. Wir wollen die Charité als Leuchtturm der Berliner Wissenschaft weiter stärken und bekennen uns zu Vivantes als kommunales Unternehmen. Beide Krankenhauskonzerne sind das internationale Aushängeschild der Hauptstadt im Bereich der Gesundheitswirtschaft.

Der Gesundheitsstandort Berlin ist bereits heute bundesweit Spitze und überzeugt mit einer der besten Gesundheitsversorgungslandschaften auch im internationalen Vergleich. Doch das reicht uns nicht: Wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung durch verbindliche Personalschlüssel in den Kliniken weiter verbessern und durch einen Ausbau der Krankenhausinvestitionen steigern. Neben der guten Versorgung im Krankheits- und Pflegefall wollen wir aber auch die Gesundheitsförderung und –prävention weiter ausbauen. Mit dem Aktionsprogramm Gesundheit hat die Berliner CDU in der letzten Legislaturperiode in der Koalition ein landeseigenes Präventionsprogramm mit knapp 1,5 Millionen Euro geschaffen. Dies ist nun eine gute Grundlage, um die Chancen des bundesdeutschen Präventionsgesetzes zu nutzen, um mit allen Partnern – den Krankenkassen, der Handwerkskammer, der IHK und vielen sozialen Trägern – in den Lebenswelten die Gesundheitsprävention auszubauen.

Zu einer aktiven Gesundheitspolitik gehört für uns auch der Kampf gegen Drogen. Die CDU lehnt die Legalisierung von Cannabisprodukten ab. Neben repressiven Mitteln bedarf es vor allem einer umfassenden Präventionsarbeit. Eine Aufklärungskampagne in den Berliner Schulen soll über die Gefahren des Cannabiskonsums aufklären. Auch die Spielsucht werden wir entschieden bekämpfen.

In einer wachsenden Stadt wie Berlin wird auch die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Mitbürger zunehmen. Eine verantwortungsvolle Pflege, welche die Würde der Pflegebedürftigen und die Menschlichkeit im Umgang mit ihnen in den Mittelpunkt stellt, wird daher weiter an Bedeutung gewinnen. Wir werden die Pflegeeinrichtungen stärken, indem wir die (fach)ärztliche Eingreifqualität bei Akuterkrankung in Pflegeeinrichtungen verbessern. Wohnortnahe Rehabilitation wird in Berlin ebenso weiter ausgebaut wie ambulante Pflegeeinrichtungen. Hinzu kommen weitere Verbesserungen bei der Arbeit der Pflegestützpunkte und der Mobilitätsdienste. Wir wollen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen selbstständig und selbstbestimmt leben und – so weit wie möglich – am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Gute Pflege braucht gute Pflegekräfte. Wir machen uns stark für eine bessere Bezahlung und wollen über eine PR-Kampagne mehr Nachwuchs gewinnen. Zudem wollen wir eine Pflegekammer im Land Berlin einrichten, um den professionell in der Pflege Tätigen Selbstbestimmung, eine eigene Berufsordnung sowie die verbindliche Beteiligung in allen Fragen der beruflichen Pflege zu ermöglichen.

7.1 Gesundheitshauptstadt Berlin

Wir arbeiten weiter an einer gleichmäßigeren und bedarfsgerechteren Verteilung von Ärzten in der Stadt. Die Versorgungssteuerung erfolgt nun auf Ebene der zwölf Berliner Bezirke. Dadurch sollen Praxissitze aus besser versorgten Bezirken nach Freiwerden oder bei Umzügen schrittweise in schlechter versorgte Bezirke verlagert werden.

Die Finanzierung der Berliner Krankenhäuser haben wir in dieser Legislaturperiode um fast 100 Prozent gesteigert. Aber damit ist für uns nicht das Ziel erreicht: Wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung durch verbindliche Personalschlüssel in den Kliniken verbessern und durch einen weiteren Ausbau der Krankenhausinvestitionen steigern.

Unsere Krankenhäuser sind das Herz der Krankenversorgung. In der wachsenden Stadt Berlin werden immer mehr Menschen medizinisch versorgt werden müssen. Dafür brauchen wir auch mehr Betten in den Krankenhäusern. Mit unserem Gesundheits- und Sozialsenator Mario Czaja haben wir die Trendwende für eine bessere, flexiblere und verlässlichere Finanzierung der Krankenhäuser geschafft. Diesen Kurs werden wir fortsetzen.

Wir wollen, dass das System von Anrufen und Merktzetteln ein Ende hat. Mit dem „elektronischen Bettenregister“ soll ein netzbasiertes System zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Krankenhaus und Rettungsleitstelle geschaffen werden. Mit einem Klick auf den Computer sollen Rettungskräfte sehen, in welche Klinik ein Notfallpatient am besten und schnellsten gebracht werden kann. Darüber hinaus wird die Versorgungskette verbessert und Informationsverluste durch die elektronische Voranmeldung der Patienten in den Krankenhäusern minimiert.

Gerechtere Verteilung von Ärzten in der Stadt

Krankenhäuser

Ausbau der Betten

Elektronisches Bettenregister

Gesundheitsförderung und Prävention

Berlin hat eine der besten Gesundheitsversorgungslandschaften der Welt. Neben der guten Versorgung im Krankheits- und Pflegefall wollen wir aber auch die Gesundheitsförderung und -prävention weiter ausbauen.

Mit dem Aktionsprogramm Gesundheit hat die Berliner CDU in der letzten Legislaturperiode in der Koalition ein landeseigenes Präventionsprogramm mit knapp 1,5 Millionen Euro geschaffen. Dieses ist nun eine gute Grundlage, um die Chancen des bundesdeutschen Präventionsgesetzes zu nutzen, um mit allen Partnern – den Krankenkassen, der Handwerkskammer, der IHK und vielen sozialen Trägern – in den Lebenswelten die Gesundheitsprävention auszubauen.

Fachgremium „Frauengesundheit“ einrichten

In der medizinischen Forschung wird den Unterschieden der Geschlechter bisher zu wenig Stellenwert eingeräumt. Viele Krankheitsverläufe sind jedoch bei Frauen anders als bei Männern. Deshalb wollen wir die Einrichtung eines Fachgremiums „Frauengesundheit“ in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales prüfen.

Dieses Fachgremium soll unter anderem für die geschlechterspezifische Gesundheitsberichterstattung Sorge tragen und zielgerichtete Präventionsangebote initiieren.

Drogenpolitik

Wir stellen uns gegen die Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung illegaler Drogen, weil der erleichterte Zugang zu Drogen erst recht zum Konsum verleitet. Eine zunehmende drogenpolitische Herausforderung ist auch der Kampf gegen die legalen Drogen Alkohol und Tabak sowie gegen das stets als „weiche“ Droge bezeichnete Cannabis.

Neben repressiven Mitteln liegt uns vor allem eine umfassende Drogenprävention am Herzen, da sie im besten Falle Drogenkonsum gar nicht erst aufkommen lässt. Wir wollen daher die Präventionskampagnen unter Federführung der Berliner Drogenbeauftragten weiter ausbauen.

Starker Öffentlicher Gesundheitsdienst

Im Zuge der wachsenden Stadt und daraus erwachsenden Herausforderungen braucht Berlin einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst. Damit die Gesundheitsämter ihre gesetzlich verankerten Aufgaben weiterhin erfüllen können, brauchen sie mehr gut qualifizierte Fachkräfte. Deshalb muss der öffentliche Gesundheitsdienst für Bewerberinnen und Bewerber vor allem finanziell attraktiver werden.

Ausbau des Gesundheitsmanagements

Nur wer gesund ist und sich an seinem Arbeitsplatz wohlfühlt, ist auch in der Lage, motiviert und leistungsfähig zu arbeiten. Wir setzen uns daher für den Ausbau des Gesundheitsmanagements im Öffentlichen Dienst ebenso wie bei privaten Unternehmen zur Förderung von präventiven Maßnahmen für einen besseren Gesundheitszustand ein.

Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsversorgung hat in Deutschland und in Berlin viele gute „Nationalspieler“. Es fehlt aber häufig an einer Mannschaftsleistung. Gerade für hochaltrige Menschen mit unterschiedlichen Erkrankungen ist dies ein Problem. Daher wollen wir die Gesundheitsversorgung besser vernetzen. Das Konzept 80plus bietet dafür die Grundlage.

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen

Auf Betreiben unseres Gesundheits- und Sozialsenators Mario Czaja wurde zu Beginn des Jahres 2016 die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt. Damit bekommen die Flüchtlinge einen geregelten Zugang zur gesundheitlichen Versorgung. Zugleich wird die unberechtigte Inanspruchnahme von

Gesundheitsleistungen verhindert und ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, die Bürokratie in den Leistungsbehörden abzubauen.

Wir wollen eine Berliner Gesundheitsdatenbank aufbauen. Entwickelt vom Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG) und auf Basis anonymisierter Behandlungsdaten von Charité und Vivantes bildet sie die Grundlage für klinische Forschungen und Entwicklungen in der Berliner Versorgungsforschung. Hierdurch bleibt Berlin der Innovationsstandort für die innovative und qualitativ hochwertige Medizin des 21. Jahrhunderts.

7.2 Gute Pflege

In Berlin existiert schon heute ein dichtes Netzwerk zur gesundheitlichen und allgemeinen Vorsorge und Beratung im Alter – in Form von Pflegestützpunkten und weiteren staatlichen und privaten Informations- und Hilfseinrichtungen. Wir wollen diese Arbeit weiter unterstützen und verbessern, insbesondere durch eine noch breitere Bekanntmachung ihrer Angebote und dem Umfang ihres Beratungsangebots „rund um das Alter“. Kampagnen wie die „Woche der pflegenden Angehörigen“ und weitere Plattformen wie die „Pflegelotsen“, „Pflege in Not“ sowie das Pflegeportal des Landes Berlin runden das insgesamt gute Informations- und Beratungsangebot in Berlin ab. Dieses Netzwerk soll weiter verdichtet und ausgebaut werden.

Wir wollen auch die niedrigschwelligen Betreuungs- und Unterstützungsangebote, z.B. im Bereich der Nachbarschaftshilfe, stärker fördern und ausbauen. Dadurch helfen wir pflegebedürftigen Menschen, ihre Alltagssituationen besser zu meistern und ermöglichen eine umfassendere Unterstützung

Zur Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger haben wir in Berlin eine Vielfalt an Angeboten geschaffen. Die Pflegestützpunkte als wichtige wohnortnahe Anlaufstellen für ältere Menschen, Pflegebedürftige und Angehörige wollen wir auf 36 erhöhen. Dafür wurden im Haushalt 2016/17 pro Jahr 300.000 Euro zusätzlich eingestellt.

Wir haben einen speziellen „Maßnahmenplan pflegende Angehörige“ entwickelt, der die Vernetzung der Akteure erleichtern soll. Er stellt eine Arbeitsgrundlage dar, um die Zusammenarbeit mit den jeweils beteiligten Akteuren voranzutreiben. Mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz der Bundesregierung wurden die Leistungen für die Pflege zu Hause deutlich verbessert, indem pflegende Angehörige entlastet werden. Pflegende Angehörige haben das Recht auf eine Auszeit von bis zu zehn Arbeitstagen und eine Freistellung von bis zu sechs Monaten, sowie - wenn sie keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung haben - einen Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld.

Damit es weiterhin möglich bleibt, Pflegebedürftige in der Familie zu versorgen, wollen wir die Vereinbarkeit der Pflege mit dem Beruf und der Familie verbessern. Der Ausbau ambulanter Einrichtungen kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Angebote zur Kurzzeitpflege sollen weiter gefördert und die Unterstützung in der Familie von ehrenamtlich Pflegenden mit Pflegebegleitern gestärkt werden.

Im Jahr 2030 wird sich die Zahl der Menschen, die über 80 Jahre alt sind, nahezu verdoppelt haben. Unser Ziel ist es, dass die Menschen länger in ihrem Kiez leben und in ihrem Lebensumfeld bleiben können. Wir fördern innovative Projekte zur Verknüpfung unterschiedlicher Versorgungsbereiche.

Schaffung einer Berliner Gesundheitsdatenbank

Pflegenetzwerk weiter ausbauen

Pflege in der Familie

Pflegeprogramm 80+

Mit der Vorlage des Diskussionspapiers „80plus – Gesundheitliche und pflegerische Versorgung hochaltriger Menschen“ haben wir einen berlinweiten Diskussionsprozess angestoßen. Das Ziel ist ein Konzept zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung hochaltriger Menschen.

Noch in diesem Jahr wird eine Rahmenstrategie zur Verbesserung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung hochaltriger Menschen erarbeitet. Daraus werden wir konkrete Lösungsansätze für deren Versorgung entwickeln und neue Wege der verbindlichen Zusammenarbeit aller Beteiligten beschreiten.

Einrichtung der Pflegekammer

Wir wollen in Berlin die Einrichtung einer Pflegekammer fördern. Als Sprachrohr der Pflegekräfte soll eine Pflegekammer ihnen die aktive Beteiligung an allen Fragen der beruflichen Pflege ermöglichen und den Schutz vor Pflegemissbrauch verbessern. In der laufenden Wahlperiode fanden bereits diverse Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu diesem Thema statt. Eine Befragung hat darüber hinaus ergeben, dass sich die Mehrheit der Berliner Pflegekräfte für die Einrichtung einer Pflegekammer in Berlin ausspricht.

Pflegeberuf stärken

Wir wollen die Pflegeberufe stärken und mehr Menschen für diese Berufe interessieren. Wir wissen, dass die Anerkennung der Pflegekräfte auch über die Bezahlung erfolgt. Deshalb haben wir in den letzten Jahren eine stetige Erhöhung der Vergütungen im Bereich der Altenpflege erreichen können. Zudem müssen angehende Altenpflegerinnen und Altenpfleger in Berlin demnächst kein Schulgeld mehr zahlen.

PR-Kampagne für den Pflegeberuf

Mehr Respekt für die Berufe in der Pflege sowie eine gute Ausbildung und bessere Bezahlung der Pflegekräfte sind notwendig. Mit der Kampagne „Gepflegt in die Zukunft“ haben wir in dieser Wahlperiode die Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt, um die gesellschaftliche Wertschätzung des Altenpflegeberufes zu erhöhen und auf diesem Weg Aus- und Weiterbildungsinteressierte gewonnen. Diesen Ansatz werden wir weiter verfolgen.

Mobilitätshilfedienste

Um Mobilität und Teilhabe auch im Alter und bei körperlichen Einschränkungen zu erhalten, haben wir im aktuellen Haushalt die Mobilitätshilfedienste mit über zwei Millionen Euro deutlich gestärkt. Wir setzen uns weiter für ihren bedarfsgerechten Ausbau ein. Zudem ist eine verstärkte Einführung von barrierefreien Taxis in Berlin zu prüfen, wobei die Taxi-, Behinderten- und Sozialverbände einbezogen werden müssen.

Sozialdienste

Wir wollen den Übergang vom Krankenhausaufenthalt eines Patienten zurück in den eigenen Wohnbereich in Verantwortung der Krankenhäuser im Rahmen der Sozialdienste weiter verbessern.

Pflegeeinrichtungen

Die wohnortnahe Rehabilitation wollen wir in Berlin ebenso weiter ausbauen wie ambulante Pflegeeinrichtungen. Gerade Pflegewohngemeinschaften brauchen eigene Standards, die gut kontrolliert werden können, damit die häufig alleinlebenden Menschen nicht allein gelassen werden. Unser Ziel ist es, die für stationäre Einrichtungen geltenden Qualitätsstandards auch bei Pflege-Wohngemeinschaften zu etablieren.

Darüber hinaus wollen wir die (fach)ärztliche Eingreifqualität bei Patienten mit Akuterkrankungen in Pflegeeinrichtungen verbessern, um die Zahl der Krankenhauseinweisungen zu senken.

Auch die letzte Lebensphase gilt es menschlicher zu gestalten. Dafür müssen palliative Angebote in die eigene Häuslichkeit gebracht werden und das Know-How des Hausarztes gestärkt werden.

Hospiz- und Palliativversorgung

Oft müssen sich Senioren bei einem Umzug in ein Seniorenheim von ihren Haustieren trennen. Dabei belegen wissenschaftliche Studien immer wieder die positive Wirkung von Haustieren auf ihre Besitzer. Der Einsatz von Therapie- und Besuchshunden ist in Senioreneinrichtungen deshalb besonders sinn- und wertvoll. Wir wollen daher Initiativen fördern, um Hunde als Besuchs- und Therapiehunde in Seniorenheimen verstärkt einzusetzen.

Mehr Hunde für Seniorenheime

8 Miteinander für ein starkes Berlin

Die CDU Berlin steht für ein vielfältiges und buntes Berlin, in dem Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das Fundament unserer Stadt ist der Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir schätzen die Vielfalt der Lebensentwürfe in unserer Stadt, denn es ist genau diese Vielfalt, die Berlin so lebenswert und einzigartig macht. Wir treten aktiv für die Gleichberechtigung aller ein.

Unser Ziel ist es, allen Menschen die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen – unabhängig von Herkunft, Einkommen und Alter. Dafür setzen wir unter anderem auf den BerlinPass. Die Zahl der Älteren in unserer Stadt steigt: Prognosen gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2030 fast jeder vierte Berliner 65 Jahre oder älter sein und sich die Zahl der über 80-Jährigen mittelfristig verdoppeln wird. Deshalb ist es wichtig, unsere Stadt heute schon barrierefrei umzugestalten – unter anderem mit einem Aufzugförderungsprogramm, Mehrgenerationenhäusern und generationenübergreifenden Bewegungsangeboten. Auch die Stadtteilzentren mit ihrer generationsübergreifenden Arbeit und entsprechenden Angeboten für Jung und Alt wollen wir stärken. Niemanden zurückzulassen – das ist der Gradmesser für ein soziales Zusammenleben. Miteinander für ein starkes Berlin bedeutet deshalb auch, dass wir den Obdachlosen helfen und für sie Modularbauten errichten.

Unsere Gesellschaft gewinnt, wenn sich die Bürger füreinander engagieren. Ein zentraler Baustein dafür ist das Ehrenamt. Ehrenamtliches Engagement ist unendlich wertvoll für die Menschen in unserer Stadt, sei es im Sportverein, in der Kirche oder bei der Arbeit mit Senioren. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement verbessern.

Wir glauben an den mündigen Bürger. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten demokratischer Partizipation verbessern. Wir wollen Bürgerbeteiligung von Anfang an. Bei Großprojekten genauso wie beim Bebauungsplan ums Eck. Wir wollen die Menschen zum frühestmöglichen Zeitpunkt einbeziehen, denn nur transparente Entscheidungen sind auch tragfähig. Eine starke Stadt lebt von starken Bürgern. Das ist gelebte Demokratie.

8.1 Soziales Berlin

Allen Berlinerinnen und Berlinern muss der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen sozialen Infrastruktur offen stehen. Sozial Schwache benötigen dabei besondere Unterstützung. Darum wollen wir die vorhandenen Strukturen stärken

Gesellschaftliche Teilhabe aller ermöglichen

und auch am bewährten „BerlinPass“ weiter festhalten. Für die Ausweitung der damit verbundenen Angebote wollen wir werben.

Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose

Wir wollen die bestehenden Angebote für Obdachlose auch in den Sommermonaten verbessern und neue Unterbringungsmöglichkeiten schaffen, gerade auch für Frauen (mit Kindern) in enger Absprache mit den Bezirken. Wir fordern temporäre Bauten als Soforthilfe für Obdachlose. Ebenfalls sollen in die Wohnungen, die als Modulbauten im Zuge der Flüchtlingskrise errichtet werden, auch Obdachlose einziehen können.

Obdachlose besser unterstützen

Unser Anspruch ist, dass kein Bürger auf der Straße leben muss. Wir akzeptieren aber auch, wenn Menschen Unterbringungsangebote nicht annehmen wollen. Auch diese Menschen wollen wir in ihrem Alltag unterstützen. Die Angebote der Tee- und Wärmestuben müssen erweitert werden. Die Kooperation mit der Kältehilfe soll ausgebaut werden. Die ehrenamtlichen Helfer sind öffentlich zu würdigen.

Stadtteilzentren

Stadtteilzentren sprechen mit ihren Angeboten und Programmen Menschen aller Generationen an und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir haben das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren im laufenden Haushalt um 0,8 Mio. Euro für 2016 und 0,96 Mio. Euro für 2017 aufgestockt. Für die Stärkung des nachbarschaftlichen Engagements wurden weitere 600.000 Euro vorgesehen. Wir werden uns auch in Zukunft für die Stärkung von Stadtteilzentren einsetzen und damit das dort vorhandene Potenzial für freiwilliges Engagement und Freizeitbeschäftigung unterstützen.

Soziale Stadt, Quartiersmanagement

Das Programm „Soziale Stadt“ ist ein Baustein, um städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadtteile zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang hat sich das Quartiersmanagement zur Unterstützung und Betreuung lokalen bürgerschaftlichen Engagements bewährt. Wir begrüßen es, wenn Quartiere erfolgreich aufgewertet werden, so dass sie ein Quartiersmanagement nicht mehr benötigen. Wo aber Förderbedarf besteht, wollen wir das Quartiersmanagement sichern und ausweiten.

Stiftungen

Stiftungen sind ein unverzichtbarer Teil unserer freiheitlichen und demokratischen Bürgergesellschaft. Wir wollen die Stiftungen als Partner bei gesellschaftlichen Aufgaben in der Stadt verstärkt einbinden.

8.2 Stadt der Vielfalt

Stadt der Vielfalt

Berlin ist vielfältig. Die größte schwul-lesbische Community Deutschlands ist hier zu Hause und eine Bereicherung für unsere Stadt. Auch in eingetragenen Lebenspartnerschaften und in Regenbogenfamilien werden konservative Werte gelebt. Diese Vielfalt an Lebensentwürfen betrachten wir als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft.

Kampf gegen Diskriminierung

Wir finden uns nicht damit ab, dass in einer offenen und toleranten Stadt wie Berlin Schwule, Lesben und Transmenschen beleidigt oder angegriffen werden. In unserer Stadt ist kein Platz für Homophobie, Intoleranz und Hass. Die Maßnahmen des Landes im Kampf gegen Diskriminierung sowie gegen Homo- und Transphobie werden wir daher fortführen und weiterentwickeln. Wir wollen

Aufklärung, Beratung und die Opferhilfe ausbauen sowie Einrichtungen und Projekte stärken, die Hassgewalt aktiv entgegnetreten.

Es ist unser Ziel, das maßgeblich von uns auf den Weg gebrachte „Elberskirchen-Hirschfeld-Haus“ in der nächsten Legislaturperiode weiter voranzutreiben.

In Berlin leben Menschen aus praktisch allen Ländern unserer Erde. Die kulturelle Vielfalt ist Teil der Berliner Identität. Sie macht unsere Stadt bunter, lebendiger und abwechslungsreicher. Zugleich ist es eine der großen Herausforderungen moderner Gesellschaften, ein friedliches Miteinander der Menschen mit unterschiedlichen Prägungen und kulturellen Hintergründen zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, Menschen verschiedener Herkunft zusammenzubringen. Wir wollen eine Einheit in der Vielfalt sicherstellen und auf Basis gemeinsamer Werte Integration leben.

Religion ist ein wesentlicher Faktor für das Denken und Handeln der Menschen. Der Glaube gibt vielen Menschen Orientierung und Sinn. Wir übersehen aber nicht, dass unterschiedliche Religionen, wenn sie aufeinanderstoßen, auch Konfliktpotenzial besitzen. Wir wollen die persönliche Begegnung mit anderen Religionen fördern, denn das trägt zum besseren gegenseitigen Verstehen bei.

Wir unterstützen die Errichtung eines Sakralbaus am Petriplatz, in dem öffentlich und für jeden frei zugänglich Juden, Christen und Muslime gemäß ihrer religiösen Praxis beten können. Das „House of One“ soll Referenzort für ein friedliches Miteinander der Religionen werden.

Berlin ist die „Bundeshauptstadt der Alleinerziehenden“. Gemessen an der Bevölkerungszahl leben hier die meisten Alleinerziehenden bundesweit. Wir empfinden großen Respekt vor denjenigen, die die große Verantwortung, Kinder gut aufwachsen zu lassen, alleine schultern. Alleinerziehende zu entlasten, ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen Alleinerziehende besser unterstützen. Auch vom qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten, den wir sicherstellen wollen, werden die Alleinerziehenden in besonderem Maße profitieren.

8.3 Starkes Berlin in jedem Lebensalter

Wir wollen, dass die Menschen möglichst lange unabhängig und eigenverantwortlich in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Dafür benötigen wir mehr generationengerechten Wohnraum, der den Alltagsbedürfnissen von Familien mit Kindern bis hin zu denen von Senioren entspricht. Wir wollen stärkere Anreize für barrierearmen Wohnungsbau setzen. Auch der barrierefreie Umbau von vorhandenem Wohnraum muss durch geeignete Maßnahmen stimuliert werden. Wir wollen prüfen, ob die Rückbaupflicht bei barrierefreier beziehungsweise barrierearmer Umgestaltung einer Wohnung durch den Mieter bei Beendigung des Mietverhältnisses abgeschafft werden kann.

Wohnungen sind in den Obergeschossen der mehrgeschossigen Wohngebäude ohne Aufzug nicht barrierefrei. Wir wollen ein Aufzugförderungsprogramm für

Elberskirchen-Hirschfeld-Haus voranbringen

Kulturelle Vielfalt stärken, Integration sicherstellen

Religiöse Vielfalt stärken

„House of One“

Alleinerziehende besser unterstützen

Barrierefreier Ausbau von Wohnungen

Aufzugförderungsprogramm für Berlin

Berlin auflegen. Unser Ziel ist es, über dieses Programm 1.000 Aufzüge für Berliner Wohnhäuser bis zum Jahr 2021 zu fördern.

Mehrgenerationenhäuser und Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften fördern

Wir wollen für ältere Menschen zeitgemäße Wohn- und Betreuungsformen weiterentwickeln. Dazu gehören beispielsweise das betreute Wohnen oder ambulant betreute Wohngemeinschaften. Insbesondere generationenübergreifende Wohnformen, in denen Menschen verschiedenen Alters nicht nur unter einem gemeinsamen Dach leben, sondern auch Verantwortung füreinander übernehmen, sollen in Berlin weiter gefördert und ausgebaut werden. Im Zuge des Wohnungsneubaus in Berlin wollen wir ein familiengerechtes bzw. generationenübergreifendes Wohnen besser ermöglichen.

Generationenübergreifende Bewegungsangebote ausbauen

Bewegung dient dem Erhalt der individuellen Gesundheit und Leistungsfähigkeit und verbessert die Lebensqualität und das Wohlbefinden. Gerade in einer alternden Gesellschaft muss möglichst vielen Menschen eine Teilhabe an sportlichen Aktivitäten bis ins hohe Alter ermöglicht werden. In den Berliner Stadtbezirken bestehen Aktivplätze für Senioren, auf denen auch ohne Vorkenntnisse sportliche Übungen und Bewegung ermöglicht werden. Diese wollen wir erhalten und die Bezirke dabei unterstützen, sie weiter auszubauen und allen Generationen zugänglich zu machen. Diese Orte sollen als Begegnungsorte dienen, an denen Jung und Alt über Spaß, Spiel und körperliche Bewegung zueinander geführt werden sollen.

Senioren gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Die Einbeziehung älterer Menschen in die bezirklichen Diskussions- und Entscheidungsprozesse ist uns ein wichtiges Anliegen. Die bezirkliche Seniorenvertretung leistet hier einen wertvollen Beitrag. Wir wollen das Seniorenmitwirkungsgesetz bedarfsgerecht weiterentwickeln und die Beratungs- und Mitwirkungstätigkeit älterer Menschen weiter stärken.

Lebenslanges Lernen fördern

Wir bekennen uns zum Prinzip des „Lebenslangen Lernens“ als einer wesentlichen Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im Alter. An den Berliner Universitäten und Volkshochschulen sollen Angebote entwickelt werden, die generationenübergreifende Bildungsmöglichkeiten bieten und inhaltlich sowie didaktisch und von ihren finanziellen Voraussetzungen her auch Senioren ansprechen.

Mehr-Generationen-Tandems

Wir wollen in Berlin ein Projekt ins Leben rufen, bei dem jüngere und ältere Mitarbeiter wechselseitig voneinander lernen. In einem „GenerationenTandem“ finden sich (freiwillig) zwei Mitarbeiter verschiedener Generationen zusammen. Sie tauschen ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag aus, geben sich Hilfestellungen und berücksichtigen bewusst die andere Lebensperspektive.

Barrierefreie Onlineangebote der öffentlichen Seiten

Durch das neue Berliner E-Government-Gesetz werden alle Berliner Behörden sehr weitreichend verpflichtet, ihre Online-Angebote barrierefrei auszugestalten. Diese Initiative der Großen Koalition begrüßen wir sehr und werden auf eine konsequente Umsetzung durch die Verwaltung hinwirken.

Angepasste Ampelschaltungen für Wohngebiete mit älterer Bewohnerstruktur

Zu einer generationengerechten Stadt gehört zwingend, bestehende Ampelphasen insbesondere in Wohngebieten mit älterer Bevölkerungsstruktur zu überprüfen und gegebenenfalls zu verlängern mit Blick auf ausreichende und sichere Querungszeiten für Fußgänger.

Als Ausdruck ernstgenommener Inklusion wollen wir die Barrierefreiheit im Bereich des ÖPNV deutlich vorantreiben. Alle U- und S-Bahnhöfe müssen sukzessive mit Aufzügen ausgestattet werden. Ein funktionierendes Entstörungsteam muss zur schnelleren Reparatur defekter Aufzüge und Rolltreppen zur Verfügung stehen. Auch im Bus- und Straßenbahnverkehr wollen wir mehr Barrierefreiheit sicherstellen.

Barrierefreier ÖPNV

8.4 Ehrenamt und Bürgerbeteiligung stärken

Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement

Wir wollen die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement in Berlin verbessern. Unser Ziel ist ein generationen- und herkunftsübergreifendes Zusammenleben in Berlin, das sich im Sinne seiner Bürgerinnen und Bürger entwickelt.

Ehrenamt

Bürgerschaftliches Engagement erfordert oft viel Zeit und Mühe, nicht selten investieren Menschen auch ihr privates Geld in Projekte, die sie als sinnvoll erachten. Wir setzen uns schon seit langem für eine bessere Anerkennungskultur und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements der Berlinerinnen und Berliner ein. Wir wollen die Anerkennungskultur auf allen Ebenen weiter ausbauen.

Anerkennungskultur ausbauen

Wir wollen die Berliner Ehrenamtskarte weiterentwickeln. Sie soll mit ihren Angeboten noch vielfältiger werden und dabei interessante Vergünstigungen für alle Generationen von Ehrenamtlichen vermehrt aufweisen. Die Ehrenamtskarte soll durch eine Urkunde und eine Anstecknadel ergänzt werden.

Aufwertung der Ehrenamtskarte

Mit dem im Jahr 2013 neu gegründeten Ausschuss für bürgerschaftliches Engagement haben wir ein zusätzliches Forum für die Menschen geschaffen, die sich Tag für Tag um unsere Stadt verdient machen. Ziel ist es dabei vor allem, bürgerschaftliches Engagement der Berlinerinnen und Berliner zu würdigen, Problemstellungen zu erfassen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Diesen Ansatz werden wir weiter verfolgen.

Ausschuss für bürgerschaftliches Engagement

Ehrenamtliches Engagement darf nicht durch Bürokratie unnötig behindert werden. Die Verwaltung muss das Ehrenamt in allen Bereichen stärken. Dazu gehört auch die Unterstützung und Förderung von Patenschaften für einzelne Projekte, wie zum Beispiel die Grünpflegepatenschaften.

Ehrenamt ohne bürokratische Hürden

Ohne die enorme Arbeit der 60.000 Ehrenamtlichen in den über 2.000 Sportverbänden und -vereinen wäre der Berliner Sport nicht denkbar. Wir werden einen Maßnahmenkatalog entwickeln, durch den das Ehrenamt insbesondere im Sportbereich stärker anerkannt und unterstützt wird.

Sportliches Ehrenamt

Mit Blick auf eine Gesellschaft, die geprägt ist von immer weniger Kindern und immer mehr Älteren, werden ehrenamtlich engagierte Menschen mehr denn je gebraucht. Wir begrüßen das ehrenamtliche Engagement dieser Altersgruppe zudem als Ausdruck selbstbestimmten Lebens. Das wertvolle Engagement zum Beispiel in den Stadtteilzentren wollen wir besser anerkennen und weiter stärken. Dazu gehört auch, die Altersgrenze bei allen Ehrenämtern zu überprüfen. Gerade bei Älteren mit großer Lebenserfahrung brauchen wir im Verhältnis von haupt- und ehrenamtlich Tätigen einen Umgang auf Augenhöhe.

Ehrenamtliches Engagement der Älteren stärken

Ehrenamtliches Engagement bei Schülern fördern

Wir wollen den Tag des Ehrenamtes dafür nutzen, dass sich Vereine an den Schulen präsentieren können, um den Schülern die Vorzüge und Chancen ehrenamtlichen Engagements aus erster Hand nahezubringen.

Barrierefreies Ehrenamt

Wir begrüßen es, wie viele ehrenamtlich Tätige sich in den Sozial- und Behindertenverbänden engagieren, die oft selbst schwerbehindert sind. Wir werden uns auch weiterhin für ein inklusives Ehrenamt im Sport einsetzen.

Digitale Partizipation

Bürgerbeteiligung

Wir wollen eine umfassende Bürgerbeteiligung schon im Vorfeld städtebaulicher Planung für Berlin. Über das Onlineportal mein.berlin.de sollen alle Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden. Bauplanungsverfahren sollen auch über das Internet zugänglich gemacht und visuell in 3D dargestellt werden, damit die Vorhaben anschaulich und vorstellbar für alle Bürgerinnen und Bürger sind.

3D-Stadt-Modell für alle

Als Planungsinstrument besteht bereits ein durch BerlinPartner bereitgestelltes 3D-Stadt-Modell, mit dem man sich jederzeit durch die virtuelle Stadt bewegen kann. Derzeit können das Modell nur Akteure aus Wirtschaft und Unternehmen nutzen. Nach dem Vorbild Hamburgs wollen wir das 3D-Stadt-Modell jedermann auf Open-Data-Basis zur Verfügung stellen.

Bürgerbeteiligung von Anfang an

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung kann nur durch frühzeitige Einbindung der Bürger gelingen. Wir wollen in großen Fragen der Stadtentwicklung schon in der Planungsphase 0, also bevor in der Verwaltung konkrete Pläne erdacht werden, die Öffentlichkeit miteinbeziehen.

Berlin-Forum

Wir wollen die bürgerschaftliche Mitsprache im Rahmen eines „Berlin-Forums“ bündeln, das wesentliche politische Entscheidungen von Senat und Abgeordnetenhaus vorbereitet und damit der später politisch zu treffenden Entscheidung eine möglichst breite Anerkennung verschafft. Mitwirkende dieses „Berlin-Forums“ sollen eine repräsentative Auswahl der Stadtgesellschaft, Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin sein.

Altersgrenze für Bürgerdeputierte senken

Das kommunale Wahlrecht hat in Berlin jeder, der das 16. Lebensjahr vollendet hat. Wir wollen das politische Interesse junger Menschen fördern und begrüßen es, wenn sich junge Menschen in unserer Stadt politisch engagieren. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, die Altersgrenze für Bürgerdeputierte von 18 Jahren auf 16 Jahre abzusenken.

9 Nachhaltiges Berlin

Wir machen unsere Stadt zur Metropole der Nachhaltigkeit, die sich konsequent an der Weltklimavereinbarung von Paris (2015) ausrichtet. Das gilt für alle Lebensbereiche und insbesondere für Aufgabenschwerpunkte wie Klimaschutz, Natur- und Umweltschutz, städtisches Grün und Energie- und Ressourceneffizienz. Wir wollen durch Nachhaltigkeit sicherstellen, dass auch die nächsten Generationen in einem lebenswerten Berlin leben – mit guter Luft, einer gesunden Natur und einer Kreislaufwirtschaft, die ohne Gifte und mit immer weniger Abfall auskommt. Die CDU Berlin steht für einen Dreiklang der Nachhaltigkeit: ökologisch, sozial und ökonomisch. Dieser Dreiklang ist nur im Rahmen einer

ökologisch-sozialen Marktwirtschaft realisierbar, die auf der „sozialen Marktwirtschaft“ von Ludwig Erhard (CDU) aufbauen kann und muss.

Wir wollen mehr städtisches Grün und setzen dafür auf neue Stadtbäume und eine lebendige Dachlandschaft. Auch die vielfältigen Formen des Gärtnerns bringen die Natur zurück in die Stadt und sind zugleich Eckpfeiler der Lebensqualität. Denn Gärtnern erdet den Menschen, und zwar im wahrsten Sinn des Wortes, es entschleunigt und schafft Abstand von den Herausforderungen des Alltags. Deshalb wollen wir den Kleingärtnern Planungssicherheit geben, das Urban Gardening vorantreiben und mehr Schulgärten anlegen.

Berlin soll Spitzenreiter beim Klimaschutz, bei Ressourceneffizienz und erneuerbaren Energien werden, unter anderem durch eine stärkere Förderung der Elektromobilität und bessere Möglichkeiten der energetischen Gebäudesanierung. Unser Ziel ist die klimaneutrale Stadt. Wenn wir Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt berücksichtigen, hat das für uns auch eine ethische Dimension. Wir handeln auch und gerade aus Verantwortung für kommende Generationen, denn wir wollen unseren Kindern und Enkeln eine Welt hinterlassen, in der auch sie gut leben können.

Zum guten Leben gehören für uns auch Themen wie Verbraucherschutz, gesunde Ernährung und Tierwohl. Wir wollen die Zahl der Tierversuche auf das absolut notwendige Minimum verringern. Da Tiere für viele Menschen treue Begleiter sind, wollen wir mehr Hundenauslaufgebiete ausweisen. Wir bekennen uns zu den beiden Tiergärten Berlins, wollen diese modernisieren und dabei dem Tierschutz als Bildungsziel noch größeren Stellenwert einräumen.

9.1 Lebensqualität durch Umweltschutz und städtisches Grün

Sauberes Wasser ist ein kostbares Gut. Wir wollen die Wassergüte weiter verbessern, damit in den Berliner Flüssen und Gewässern der Artenreichtum weiter zunimmt. Die Wasserqualität und die Verweilmöglichkeiten an der Spree wollen wir langfristig verbessern, damit die Berlinerinnen und Berliner wieder in der Spree baden können. Darüber hinaus soll ein grundlegendes Konzept erarbeitet werden, wie berlinweit die Einleitung von Abwasser bei Starkregen in die Spree vermieden werden kann.

Saubere Flüsse, Badegewässerqualität in Berlin

Wir wollen über ein berlinweites Grundwassermanagement siedlungsverträgliche Grundwasserstände in den vorhandenen Berliner Bebauungsgebieten gewährleisten. Zu prüfen ist auch, ob über eine entsprechende Preisgestaltung der Wasserverbrauch gesteigert werden kann.

Grundwassermanagement

Die Erhöhung der jährlichen Zuwendungen durch das Land Berlin seit dem Jahr 2016 ist ein richtiger Schritt. Die Stiftung muss weiter gestärkt werden, damit sie u.a. den „Langen Tag der Stadtnatur“, den Umweltkalender oder auch die Förderung von Projekten im Umweltbereich ausbauen kann.

Starke Stiftung Naturschutz

Wir wollen Berlins graue Dächer in eine lebendige Dachlandschaft verwandeln. Für grün genutzte Dächer sprechen die positiven Effekte beim Regenwassermanagement, eine spürbare Verbesserung von Stadtklima und Luftqualität, der

Lebendige Dachlandschaft: Initiative für grüne Dächer und Fassaden

nachhaltige Beitrag zum Naturschutz, das Dämmungs- und Isolationspotenzial und die Bereitstellung von Dachflächen als Aufenthaltsflächen zu Erholungszwecken für Bewohner. Wir wollen bei Gebäude- und Bauwerksbegrünung mehr Aktivitäten des Senats sowie neue Anreize auch für private Bauvorhaben und Bestandsgebäude. Wir werden baurechtliche und bürokratische Hürden beseitigen, die Öffentlichkeitsarbeit verstärken, einen Gründachwettbewerb ausloben und bei landeseigenen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen.

Verlässlichkeit für Berlins Kleingärtner

Wir stehen an der Seite der Berliner Kleingärtner. Wir wollen diese Vielfalt und Lebensqualität bewahren und setzen uns für den Erhalt von Kleingärten und Planungssicherheit für unsere „Laubenpieper“ ein. Damit die zuständige Senatsverwaltung Beschlüsse des Abgeordnetenhauses nicht weiter ignorieren kann, setzen wir uns für die Zukunft dafür ein, die Kündigung landeseigener Kleingartenanlagen unter den Vorbehalt der Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu stellen. Wichtig sind auch die Gemeinschaftsgärten, die für jedermann offen sind. Für beide Formen der gärtnerischen Nutzung streben wir die Erschließung neuer Flächen an.

Urban Gardening

Jenseits der traditionellen Kleingartenstrukturen begrüßen wir weitere Formen des städtischen Gärtnerns („urban gardening“) in Berlin. Mehr städtisches Grün hat einen ökologischen und ästhetischen Wert und überdies auch eine wichtige soziale Funktion.

Schulgärten

Wir wollen Partnerschaften zwischen Schulen und Kleingartenvereinen ausbauen. Außerdem soll die Initiative „Grün macht Schule“ weiter gestärkt werden. Sie informiert und betreut Schulen und schulische Initiativen bereits seit Jahrzehnten bei der Planung und Durchführung von Umweltprojekten, insbesondere bei der Schaffung und Gestaltung kindgerechter, naturnaher Freiflächen und ökologischer Lernorte auf Schulgeländen. Wir wollen diesen Ansatz stärken, damit noch mehr Schulhöfe und Schulgärten naturnah umgebaut werden können.

Wohnortnahe Grünflächen

Wohnortnahes Grün ist und bleibt für uns ein Bestandteil der lebenswerten Stadt. Bei allen Planungen zu neuen Bauvorhaben ist daher zu berücksichtigen, ausreichend Stadtgrün vorzuhalten. Im Sinne der Umweltgerechtigkeit muss auch eine ausreichend Anzahl an Naherholungsflächen in der Innenstadt sichergestellt sein.

Landwirtschaft

Bienenschutz

In Berlin gibt es immer mehr Imker. Das Nahrungsangebot für Bienen ist in der Stadt inzwischen besser als in vielen ländlichen Regionen. Um diesen Vorteil auszunutzen und zum Arterhalt beizutragen, ist es wichtig, Bienenschutz und die Interessengewinnung von neuen Imkern und Imkerstandorten zusammen zu führen. „Berlin summt“ sowie die Unterstützung der Mehrländeranstalt für Bienenschutz und die Neuimkerschulung sind zu bündeln und finanziell abzusichern. Außerdem wollen wir, dass sich landeseigene Betriebe dazu bereit erklären, nach dem Vorbild der Imkerei des Abgeordnetenhauses eigene Flächen für die Imkerei in Berlin zur Verfügung zu stellen.

Landwirtschaftliche Erlebnisflächen

Die Landwirtschaft muss auch für Städter erlebbar bleiben. Nur so entsteht ein Bewusstsein für den wahren Wert von Lebensmitteln. Daher ist es wichtig, landwirtschaftliche Flächen auch innerhalb der Stadt zu erhalten. Dazu gehören zum Beispiel Kinderbauernhöfe und Tierzuchtmöglichkeiten (Kaninchen, Hühner,

etc). Auch Hof- und Direktverkäufe der Berliner landwirtschaftlichen Betriebe müssen erhalten und unterstützt werden.

Um eine regionale Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, muss die Zusammenarbeit mit Brandenburg verfestigt werden. Erhalt landwirtschaftlicher Flächen in Brandenburg, sinnvolle und langangelegte Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen ist auch im Interesse Berlins, sowohl unter Versorgungs- als auch unter Umweltaspekten. Ein gutes Beispiel ist hier der Brandenburger Braunkohletagebau, der nicht nur wegen der Trinkwasserproblematik sondern auch wegen der Flächenvernichtung Auswirkungen auf Berlin hat.

9.2 Berlin wird Spitzenreiter bei Klima, Energie und Ressourceneffizienz

Berlin hat sich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Dieses ambitionierte Ziel können wir nur gemeinsam mit der gesamten Stadtgesellschaft erreichen. Wir wollen daher Partnerschaftskonzepte für einen Mitgestaltungsprozess aller Beteiligten – der Berlinerinnen und Berliner, der Verwaltung und der Industrie – entwickeln.

Die Stromversorgung Berlins soll zunehmend aus erneuerbaren beziehungsweise klimaschonenden Energiequellen kommen. Berlin muss dafür ein intelligentes Stromnetz mit einem innovativen stadtweiten Speichersystem bereitstellen, das sich sowohl auf dem Berliner Fernwärmenetz als Großspeicher als auch auf einem dezentralen Netzwerk aus Premiumspeichern für Wärme- und Stromversorgung sowie Thermospeichern für Heizung, Warmwasser- und -Kälteversorgung abstützen muss. Das Stromkonzessionsverfahren ist –transparent und diskriminierungsfrei zu Ende zu führen. Wir streben eine Industriepartnerschaft auf Augenhöhe an, um das intelligente Stromnetz Wirklichkeit werden zu lassen. Das Berliner Energiespeichersystem soll so ausgebaut werden, dass Schwankungen bei der Stromeinspeisung nicht die Versorgungsstabilität Berlins gefährden und dass die Potenziale erneuerbarer Energieerzeugung voll ausgeschöpft werden.

Im Strom- und Wärmebereich setzen wir dabei vor allem auf Effizienz und Einbindung von erneuerbaren Energien. Mit der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude übernimmt das Land Berlin dabei eine wichtige Vorbildfunktion. Im Verkehrsbereich wollen wir das Netz ausbauen mit dem Ziel, den Anteil von Bussen, Bahnen, aber auch Fahrrädern am gesamten Verkehrsaufkommen zu erhöhen. Neue Technologien wie intelligente Netze und das Verknüpfen von Bestandteilen der Infrastruktur können außerdem dabei helfen, weitere Energie einzusparen.

Der Elektromobilität kommt eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung und Etablierung nachhaltiger Mobilitätskonzepte zu. Der Ausbau der Elektromobilität in Berlin muss in eine Strategie für ein effizientes intelligentes Stromnetz integriert werden, denn der Erfolg der Berliner Elektromobilität hängt auch wesentlich von der Bereitstellung einer optimalen Infrastruktur ab.

Berlin benötigt ein dynamisches, IT-gestütztes Umweltkataster, um für öffentliche Gebäude, Gewerbegebäude, Infrastrukturen, Wohngebäude und Privathäu-

Zusammenarbeit mit Brandenburg

Klimaneutrale Stadt

Stromversorgung

CO2-Reduktion

Elektromobilität

Berlin braucht ein IT-gestütztes Umweltkataster

ser die aktuellen Verbrauchswerte kontinuierlich und datengeschützt zu erfassen und diese mit internationalen Benchmarks fortlaufend vergleichen zu können.

Energetische Gebäudesanierung

Die energetische Gebäudesanierung als wesentliche Säule der Energiekosteneinsparung und CO₂-Reduzierung soll in Berlin nach Möglichkeit ausgeweitet werden. Auch auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Investitionen in die energetische Gebäudesanierung befördert werden, ohne dass Mieterinnen und Mieter über Modernisierungsumlagen über Gebühr belastet werden.

Energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude in Berlin

Mit der energetischen Sanierung ihrer Gebäude soll die öffentliche Hand eine wichtige Vorbildfunktion übernehmen und zeigen, dass es ihr mit dem Klimaschutz ernst ist. Auch ein Energiemanagement für alle öffentlichen Gebäude sollte eingeführt werden.

Energiespar-Offensive in der Berliner Wirtschaft

In der Berliner Wirtschaft müssen durch eine Energiespar-Offensive die Einsparmöglichkeiten in den Unternehmen identifiziert und genutzt werden. Dabei könnten neue Finanzierungsinstrumente (zum Beispiel Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Steueranreize, Klimaschutzrente) erprobt werden.

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Zentral für den Klimaschutz ist die Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Quellen. In einer Übergangszeit wird Berlin noch auf fossile Energieträger wie z. B. Gas, das den umweltschonendsten fossilen Verbrennungsvorgang ermöglicht, angewiesen sein. Dabei können wir aber schon heute auf mehr Effizienz setzen, zum Beispiel durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Auch Mini-Blockheizkraftwerke können dabei helfen, die vorhandenen Rohstoffe besser zu nutzen und so das Klima zu schonen.

Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen für Energiespeicher und deren Ausbau

Noch sind Erneuerbare Energien nicht immer dann verfügbar, wenn sie gebraucht werden. Die verschiedenen Ansätze für Speichertechnologien wollen wir weiter verfolgen und dabei immer offen für Innovationen sein. Auf Bundesebene wollen wir vor allem die Regelung, Speicher als Letztverbraucher zu belasten, ändern.

Regulierung des Fern- und Nahwärmemarktes auf Landesebene

Sobald die Frage der Endschaftsklausel bei der Fernwärmekonzession für Berlin geklärt wurde, kann durch ein Landes-Wärmegesetz der Netzzugang lokaler Wärmeproduzenten für die Einspeisung sowie der Endkundenpreis durch eine Kopplung an den Gaspreis reguliert werden. So sorgen wir für mehr Planungssicherheit bei Neubaugebieten und verhindern, dass Verbraucher sich nicht gegen Preiserhöhungen wehren können, weil sie die Technologie nicht wechseln können.

Abfall

Elektroaltgeräte, Holz und Kleidungsstücke müssen auch in die Gelbe Tonne geworfen werden dürfen

Elektroaltgeräte, Holz und Kleidungsstücke müssen auch in die Gelbe Tonne geworfen werden dürfen. Was technisch geht, muss auch in der Praxis umgesetzt werden. In die Gelbe Tonne gehören auch diese Stoffarten. Die Nutzerfreundlichkeit spielt beim Recycling eine wichtige Rolle.

Pappbecher

Wir begrüßen Modellprojekte zur Wiederverwendung von Mehrwegbechern oder Tassen. Dadurch werden Abfälle vermieden und Ressourcen geschont.

Plastiktüten

Die meisten Plastiktüten in Berlin und Deutschland werden über funktionierende Recyclingsysteme umweltverträglich entsorgt. Sinnvoller als ein generelles Ver-

bot betrachten wir die freiwillige Selbstverpflichtung des Einzelhandels, wonach Tüten nur noch gegen ein Entgelt abgegeben werden sollen. Wir begrüßen es, dass zunehmend Einzelhändler auf Plastiktüten verzichten und die Menschen zunehmend auf Mehrwegtüten zurückgreifen und somit der Verbrauch von Plastiktüten in Deutschland weiter reduziert wird.

9.3 Gesunde Ernährung

Wir wollen in Berlin ein Modellprojekt „Essbare Stadt“ initiieren. Statt Zierpflanzen wollen wir in ausgewählten Grünanlagen verstärkt Nutzpflanzen anpflanzen, die von den Berlinerinnen und Berlinern selbst geerntet werden können.

Immer mehr Menschen achten bei ihrem Einkauf zunehmend auf die regionale Herkunft und Nachhaltigkeit ihrer Lebensmittel. Regionale Lebensmittel stärken nicht nur die Wirtschaftskraft in der Region, sondern entlasten auch nachhaltig die Umwelt und fördern die Gesundheit. Wir wollen das Image der Ernährungswirtschaft der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sowie der Lebensmittel aus der Hauptstadtregion stärken und so den Absatz regionaler Produkte steigern.

Berlin hat sich mit der Unterzeichnung des „Milan Urban Food Policy Pact“ zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Ernährungspolitik verpflichtet. Der „Ernährungsrat Berlin für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik in der Region“ wurde im April 2016 mit dem Ziel gegründet, den zukunftsfähigen Wandel des Ernährungssystems in der Region aktiv voranzutreiben. Der Ernährungsrat Berlin bildet eine Plattform aller lokal und regional tätigen Akteure dieses Wandels und entwickelt gemeinsame Ziele und Strategien und setzt diese in politische Aktivitäten und Aktionen um.

Wir wollen Transparenz bei Lebensmitteln durch eine klare Kennzeichnung. Das bedeutet auch, dass Hygieneverstöße und Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Dazu gehört Null-Toleranz bei Betrug im Lebensmittelbereich. Um ihre wichtige Kontrollfunktion wahrzunehmen, müssen die Behörden gut ausgestattet sein. Zur Stärkung der bezirklichen Lebensmittelkontrolle setzen wir uns für die Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe ein.

9.4 Mündige Verbraucher schützen

Der beste Verbraucherschutz ist ein offener, vielfältiger Markt. Verbrauchern muss eine Auswahl sichergestellt werden und gleichzeitig müssen sie Informationen zu den Produkten und zu den Herstellungsprozessen erhalten, die für sie auswertbar und übersichtlich sowie verlässlich sind. Verbraucher brauchen keine Vorschriften zu ihrem Konsumverhalten, sondern vor allem Maßstäbe, um die eigene Wahl zielgerichtet treffen zu können. Daher liegt ein Schwerpunkt im Verbraucherschutz für uns auf Aufklärung, Bildung und Vorgaben zu verbindlichen Produkt- und Herstellerangaben.

Verbraucherschutz ist auch immer vom persönlichen Hintergrund abhängig. Daher bedarf es differenzierter Zielgruppenförderung. Jugendliche haben andere Voraussetzungen in Wissen und Erfahrung als Ältere, Migranten fragen anderes, vor allem bei Dienstleistungen, nach, insbesondere, wenn sie aus

Die „Essbare Stadt“

Regionale Lebensmittelversorgung

Ernährungsstrategie für Berlin

Lebensmittelkontrolle

Intensivierung der Aufklärungsarbeit

Zielgruppenarbeit ausbauen

außereuropäischen Ländern stammen. Daher muss der zielgruppenorientierte Ansatz verstärkt werden.

Themenschwerpunkte intensivieren

Verbraucherschutz muss flexibel auf neue Themen reagieren. Derzeit bedarf es einer Intensivierung der Themen Food Fraud (Betrug mit Lebensmitteln) und der Organisation der außergerichtlichen Streitbeilegung.

Datenschutz

Ein besonderer Schwerpunkt muss der digitale Verbraucherschutz sein. Dazu müssen Datenschutz und Verbraucherschutz zusammengeführt werden. Datenschutz ist nicht nur gegenüber der Verwaltung sondern vor allem gegenüber Unternehmen von enormer Bedeutung. Daten sind im Netz die eigentliche Währung. Dafür muss bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Bewusstsein geschaffen werden.

Verbraucherschutz in der Schule

Verbraucherbildung wurde neu im Curriculum der Schulen verankert. Jetzt muss eine solide und praxisorientierte Fortbildung der Lehrkräfte erfolgen. Nur so bleibt Verbraucherschutz in der Schule nicht nur Theorie.

Schulessen

Wir wollen Verbraucherkompetenz schon bei jungen Menschen entwickeln. Dafür setzen wir darauf, das Schulessen besser mit dem Thema Ernährungsschulung zu verknüpfen.

9.5 Tierschutz

Tierpark und Zoo

Zoo und Tierpark sind für Berlin von großer Bedeutung. Sie erfüllen wichtige Aufgaben, insbesondere für die Bildung von Kindern und Jugendlichen, und sind für die Berlinerinnen und Berliner wertvolle Orte der Naherholung. Wir bekennen uns zu Tierpark und Zoo, wollen diese modernisieren und dabei dem Tierschutz als Bildungsziel noch größeren Stellenwert einräumen.

Stärkung des Tierheims Berlin

In dem vom Tierschutzverein für Berlin betriebenen Tierheim Berlin im Ortsteil Falkenberg engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich für die dort abgegebenen Fundtiere. Wir schätzen dieses Engagement sehr. In der anstehenden Ausschreibung des Betriebes der Tiersammelstelle ab Januar 2017 müssen eine auskömmliche Finanzierung der Einrichtung und die Belange des Tierschutzes gemeinsam berücksichtigt werden. Wir unterstützen dabei eine Bewerbung des Tierschutzvereins für Berlin und Umgebung Corporation e.V. als bewährten und kompetenten Partner für den Weiterbetrieb der Tiersammelstelle ausdrücklich.

Mehr Hundenauslaufgebiete

Hunde brauchen auch in einer Metropole wie Berlin Orte, an denen sie mit Artgenossen spielen und sich bewegen können. Wir wollen bestehende Auslaufgebiete sichern und die Bezirke dabei unterstützen, weitere Hundenauslaufgebiete zu schaffen.

Tierschutz

Wir begrüßen die Einrichtung des „Giftköderalarms“. Mit dieser ehrenamtlichen Initiative haben Hundehalter eine seriöse Plattform, um sich gegenseitig vor heimtückischen Angriffen auf die Gesundheit ihrer Hunde zu warnen. Zudem wollen wir, dass das Land einen offiziellen Giftködter-Atlas unter Leitung des Tierschutzbeauftragten betreibt.

Tierversuche sollen auf das absolut notwendige Maß verringert und möglichst durch alternative Methoden ersetzt werden. Bei unvermeidbaren Versuchen sollen die Belastungen für die Tiere so weit wie möglich vermindert werden. Tierversuche zur Entwicklung von Kosmetika lehnen wir ab. Die Einrichtung der Professur zur Erforschung von Alternativen für Tierversuche an der FU Berlin ist ein wichtiger Schritt, für den wir uns lange eingesetzt haben. Wir wollen Berlin zur Hauptstadt der alternativen Forschungsmethoden machen.

Tierversuche

Die art- und verhaltensgerechte Haltung von Wildtieren in Zirkusunternehmen muss sichergestellt sein. Wo dies unter den besonderen Bedingungen eines reisenden Zirkusunternehmens nicht umsetzbar ist, soll die Haltung von Wildtieren verboten werden.

Verbot von Wildtieren im Zirkus

Wir wollen ein Konzept erstellen, das Kutschenverkehre insbesondere in der Innenstadt reguliert. Im Mittelpunkt sollen dabei sowohl das Tierwohl als auch die Gefahren, die im Straßenverkehr durch Kutschfahrzeuge ausgehen, stehen. Dabei sollen z.B. Ruhetage für die Pferde und geeignete Stand- und Ruheplätze mit entsprechendem Untergrund sichergestellt werden.

Kutschenroute für Berlin

10 Sportmetropole Berlin

Berlin ist eine Sportmetropole, und darauf sind wir stolz. Der Sport verbindet die Menschen über alle Generationen, Kulturen und Einkommensklassen hinweg. Er ist identitäts- und gemeinschaftsstiftend. Zudem fördert Sport die Gesundheit und ist ein Eckpfeiler der Lebensqualität. Dem Sport galt bereits in der vergangenen Legislaturperiode unser besonderes Augenmerk. Dank der CDU wurde das Sportanlagensanierungsprogramm verdoppelt. Mit dem Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark wird die erste komplett barrierefreie Sportanlage Deutschlands geschaffen. Unser Dank gilt den vielen Ehrenamtlichen, die in den Berliner Sportvereinen großartige Dienste für die Gemeinschaft leisten. Für sie wollen wir mehr Anerkennung erreichen.

Als Hauptstadt des Spitzensports ist Berlin immer wieder ein hervorragender Gastgeber für internationale Sportveranstaltungen der Spitzenklasse. Wir wollen mehr Sommermärchen für Berlin erreichen. Wir wollen aber nicht nur den Spitzen-, sondern auch den Breitensport in Berlin zielgerichtet fördern. Bis 2020 wollen wir 20 neue Sporthallen für die Berlinerinnen und Berliner schaffen. Auch Berlins Bäder sind Orte des Sports, aber zugleich auch Stätten der Freizeit und des Vergnügens. Sie gehören allen Berlinerinnen und Berlinern. Wir wollen die Bäder erhalten und einen verlässlichen Betrieb sicherstellen.

10.1 Spitzensport und Breitensport fördern

Der Sport hat eine große Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er steht für Werte, die für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung sind: Leistungsbereitschaft, Fairness, Solidarität, Integration und Inklusion. Daher wollen wir den Freizeit- und Breitensport besonders fördern.

Besondere Förderung von Freizeit- und Breitensport

Berlin ist als Austragungsort vielfältiger Sportgroßereignisse weltweit bekannt und beliebt – nicht erst seit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Im Jahr 2013 hat der DFB beschlossen, dass Deutschland sich um die Ausrichtung der

„Mehr Sommermärchen für Berlin“

Fußball-EM 2024 bewerben wird. Wir unterstützen diese Bewerbung ausdrücklich und werben nicht nur für Deutschland, sondern auch für Berlin als Austragungsort der EM 2024.

Zweckentfremdung von Turnhallen beenden

Wir freuen uns, dass die als Notunterkünfte belegten Turnhallen schneller als erwartet bis zum Ende des Sommers freigezogen werden. Es gilt nun, die Turnhallen unbürokratisch und mit Hochdruck zu sanieren, damit der reguläre Sportbetrieb möglichst zeitnah wieder aufgenommen werden kann.

Sportanlagenanierungsprogramm verdoppelt

Auf CDU-Initiative wurde das Sportanlagenanierungsprogramm auf jährlich 18 Mio. Euro verdoppelt. Wir werden sehr genau beobachten, wie sich der Sanierungsbedarf in den nächsten Jahren entwickelt. Ziel muss es sein, den Sanierungs- und Reparaturstau weiter abzubauen.

Neubauoffensive für Sporthallen

Intakte Sportstätten und eine vielfältige Sportinfrastruktur sind unabdingbare Voraussetzungen für ein reges Sporttreiben in Breite und Spitze. Im Zuge der wachsenden Stadt steigt auch der Bedarf an Sportstätten. Deshalb wollen wir 20 neue Sporthallen bis zum Jahr 2020 bauen.

Vergünstigter Verkauf von Grundstücken

Die Übertragung landeseigener Flächen zur sportlichen Nutzung an Sportvereine halten wir für ein geeignetes Mittel, an den entsprechenden Standorten langfristig den Sportbetrieb zu sichern. Wir wollen entsprechende Veräußerungen aktiv im Rahmen der Liegenschaftspolitik des Landes fördern.

Berliner Bäder

Wir fordern Verlässlichkeit für die Berliner Bäder in Bezug auf Betrieb, Angebot und Öffnungszeiten. Die Bäder müssen erhalten sowie um Neu- und Ausbauten ergänzt werden. Auch das Tegeler Bad muss erhalten bleiben. Um die Kundentreue zu erhöhen, fordern wir kostenfreie Parkplätze für die Badnutzer.

10.2 Starke Sportvereine

Sportvereine

Sportvereine bieten eine große Bandbreite von Sportarten im Breiten- und Leistungssport an. Sie erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, indem soziale Kontakte gefördert, Gesundheitsvorsorge betrieben und ehrenamtliche Arbeit vorgelebt wird.

Vereinsbauförderprogramm

Das Vereinsbauförderprogramm setzt wichtige Investitionsanreize. Damit ist es ein wichtiger Pfeiler der Absicherung des Berliner Sports. Wir werden das Vereinsbauförderprogramm bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Behindertensport

In dieser Legislaturperiode wurde auf Initiative der CDU erstmals ein Teilhabeprogramm im Sport geschaffen, um neben anderen Zielfeldern auch die Inklusion im Sport voranzutreiben. Als Leuchtturmprojekt der Inklusion wird die Friedrich-Ludwig-Jahn Sportanlage als erste Sportanlage Deutschlands vollständig barrierefrei. Dafür werden 170 Millionen Euro an Mitteln investiert werden. Wir werden den Behindertensport weiterhin fördern und wollen, dass ihm mehr Aufmerksamkeit verliehen wird.

Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen weiter ausbauen

Durch den Ganztagsbetrieb verschiebt sich die Freizeit der Kinder in die Abendstunden und bietet weniger Raum für sportliche Aktivitäten. Andererseits bietet sich aber auch durch den Ganztagsbetrieb für Vereine die Chance, mit einem Angebot an sportlichen Aktivitäten für sich und den Vereinssport zu

werben. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen weiter ausbauen.

Nach dem Vorbild der College Teams in den USA oder dem Schulsportangebot in Großbritannien sollen Sportvereine, deren Mitgliederzahlen bei den 7- bis 18-Jährigen zurück gehen, mit Schulen kooperieren und Schulmannschaften aufbauen, die in Schulmeisterschaften regelmäßig gegeneinander antreten können. Dies fördert die Identifikation der Schülerinnen und Schüler mit ihrer Schule und stärkt den Zusammenhalt.

Schulmeisterschaften

11 Kulturhauptstadt Berlin

Wie in keiner anderen deutschen oder europäischen Stadt definiert sich das Leben in Berlin über seine kulturelle Vielfalt und Lebendigkeit. Berlin bietet eine unvergleichliche Palette kulturellen Reichtums. Kunst, Kultur und Kreativszene verleihen unserer Stadt internationale Strahlkraft. Berlins einzigartige Kulturlandschaft ist eine Visitenkarte Deutschlands für Besucher aus aller Welt.

Die Kulturhauptstadt Berlin ist ohne Künstler und die freie Szene undenkbar. Einnahmen aus der City Tax wollen wir daher zum Teil für die freie Szene verwenden. Da Künstler Räume benötigen, in denen sie ihre Kreativität ausleben können, wollen wir ein Atelierprogramm auflegen. Das muss auch bei der künftigen Stadtentwicklung berücksichtigt werden.

Berlin blickt gerade angesichts der beiden deutschen Diktaturen im letzten Jahrhundert auf eine folgenschwere Geschichte zurück. Vor diesem Hintergrund ist eine besondere Gedenkkultur entstanden. Die Orte des Gedenkens haben sich zu einem besonderen Anziehungspunkt entwickelt. Für die Berliner Christdemokraten ist es von großer Bedeutung, diese Gedenkkultur zu pflegen. Denn: Wer die Geschichte vergisst, riskiert die Zukunft.

Kultur erhebt uns über den Horizont des Alltags, sie leistet wertvolle Beiträge zur Identitätsfindung, zur Bildung, zur Zerstreuung und zur Entfaltung kreativer Potenziale. Wir wollen allen Menschen in Berlin Kultur zugänglich machen.

11.1 Berlins kulturelle Leuchttürme schaffen und stärken

So wie die Schlossdebatte auf breiter Basis geführt wurde, muss auch die öffentliche Debatte zu den Inhalten weitergeführt werden. Das Humboldt-Forum soll ein modernes Kunst- und Kulturzentrum werden, eine kulturelle Bildungsstätte zwischen den Kulturen der Welt und der Wissenschaft, orientiert an den wegweisenden Ideen der Gebrüder Humboldt.

Innengestaltung des Humboldt-Forums

Wir halten an einer historischen Umfeldgestaltung und der Rückführung historischer Spolien wie dem Neptunbrunnen, den Rossbändigern sowie weiteren Artefakten an ihre ursprünglichen Standorte fest. Die CDU plädiert für eine attraktive Gestaltung des Umfeldes, die die Aufenthaltsqualität dieses Standortes deutlich steigert.

Die Gestaltung der Umgebung des Humboldt-Forums/Schlusses

Museen Berlins Museumslandschaft sticht in ihrer Einzigartigkeit hervor durch das ins Weltkulturerbe aufgenommene Ensemble der Stiftung Preußischer Kulturbesitz auf der Museumsinsel. Das Kulturforum mit der neuen Nationalgalerie, der Gemäldegalerie und dem Kupferstichkabinett bildet einen weiteren Schwerpunkt international renommierter Galerien und Museen.

Museum der Moderne und Kulturschaustelle im Kulturforum Mit dem Museum der Moderne an der Potsdamer Straße entsteht in den kommenden Jahren bis 2021 das neben dem Humboldt-Forum bedeutsamste öffentliche Bauvorhaben Berlins. Angesichts der Dimension und kulturpolitischen Bedeutung des Bauvorhabens, aber auch aufgrund der anhaltenden öffentlichen Debatte über die Weiterentwicklung des Kulturforums insgesamt, setzen wir uns für eine „Kulturschaustelle“ ein, die als geeignete Plattform für die Präsentation des Vorhabens, politische Diskussionen und künstlerische Inszenierungen dienen soll.

Entwicklung des Stadtmuseums Das Stadtmuseum Berlin, eines der größten kulturhistorischen Museen Deutschlands, präsentiert Berliner Kultur und Geschichte von der Ur- und Frühgeschichte bis in die Gegenwart. Für eine angemessene öffentliche Finanzierung wird sich die CDU auch in Zukunft einsetzen.

Naturkundemuseum Das Museum für Naturkunde ist ein Besuchermagnet und zugleich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für das Land Berlin. Das Museum beherbergt mit mehr als 30 Millionen Objekten eine der bedeutendsten naturkundlichen Sammlungen, die Wissenschaftlern aus aller Welt als Forschungsinfrastruktur dient. Trotz erheblicher Bemühungen zur baulichen Sanierung in den vergangenen Jahren sind große Teile der Sammlungen des Museums für Naturkunde Berlin nach wie vor schlecht untergebracht. Ein wichtiges Ziel für das Land Berlin muss daher sein, in den nächsten fünf Jahren für eine adäquate Unterbringung der Sammlungen im Museum für Naturkunde zu sorgen, um diese zu erhalten und für die Forschung zugänglich zu machen.

Archäologischer Pfad Die CDU hat sich wie in der Vergangenheit für den reichhaltigen Bestand der Museumslandschaft eingesetzt und möchte einen archäologischen Pfad vom Urkern der Stadt Berlin, dem Petriplatz über das Rote Rathaus zum Humboldt-Forum rund um das Stadtschloss als weitere Bereicherung sicherstellen. Wir werden durchsetzen, das Archäologische Zentrum am Petriplatz in der kommenden Legislaturperiode endlich zu realisieren.

Boulevard- und Volkstheater/Unterhaltungstheater Die Unterstützung der CDU gehört nicht nur den öffentlichen Theatern, sondern auch privaten Bühnen. Die CDU Berlin hat den Bestand der Berliner Boulevard- und Volkstheater inzwischen durch eine dauerhafte finanzielle Förderung sichergestellt: Renaissance Theater, Schlossparktheater, Primetime Theater. Das gilt auch für das Jugendmusiktheater Atze, das Puppentheater „Hans Wurst Nachfahren“, das Theater Strahl sowie das integrativ-inklusive Theater Ramba Zamba.

Zukunft für das Schillertheater, Tanzhaus für Berlin Die CDU strebt weiterhin die Realisierung eines Hauses des zeitgenössischen Tanzes im Schillertheater nach dem Auszug der Staatsoper an, um dem Kulturstandort eine dauerhafte Perspektive und der überaus erfolgreichen Tanzkunst in Berlin endlich eine feste Bleibe zu geben.

Ku-Damm-Bühnen Wir setzen uns für den Erhalt der traditionsreichen Bühnen am Kurfürstendamm ein. Ein Verlust des Theaterstandorts würde nicht nur einen Kulturverlust, sondern

auch einen Urbanitätsverlust bedeuten. Wir fordern den Erhalt der renommierten Boulevardbühnen als ein Herzstück des Kurfürstendamms und der City West.

Die CDU Berlin setzt sich für ein gemeinsam mit zentralen Akteuren der Filmregion Berlin (und Babelsberg) entwickeltes Finanzierungs- und Umsetzungskonzept für die Einrichtung eines landeseigenen Filmhauses für Berlin ein. Durch das Haus soll Berlin sich weiter als Filmstandort Nr. 1 in Deutschland und Europa profilieren und seine zukünftige internationale Konkurrenzfähigkeit entscheidend stärken.

Der Zuschussvertrag zwischen dem Land Berlin und der Stiftung Oper in Berlin hat eine Laufzeit Ende 2020 und sichert den drei großen Opernhäusern der Stadt sowie dem Staatsballett Berlin finanzielle Planungssicherheit. Auch darüber hinaus werden wir den Bestand und eine für den Erhalt ihrer künstlerischen Exzellenz hinreichende Ausstattung dieser kulturellen Leuchttürme politisch einfordern und sicherstellen.

Die CDU Berlin setzt sich weiterhin für den Wiederaufbau von Karl Friedrich Schinkels Bauakademie nach historischen Plänen ein. Wir sind offen dafür, neben kulturellen auch andere Nutzungen zuzulassen, wenn dadurch geeignete Partner gefunden werden können. Eine Nutzungsbindung darf nicht dem Ziel im Wege stehen, den historischen Bau an seinem ursprünglichen Platz zu realisieren.

Die im Oktober 2012 wegen Bauschäden geschlossene Friedrichwerdersche Kirche muss wieder eröffnet werden. Wir fordern eine umgehende Sanierung dieses bedeutenden Baudenkmals und die Rückführung der Skulpturen in diesen attraktiven Ausstellungsraum.

Die Freie Szene Berlins umfasst vielfältige künstlerische Aktivitäten in allen Bereichen der Kultur: Tanz, Musik, bildende Kunst, darstellende Kunst wie Theater, Performance, spartenübergreifende künstlerische Programme und Projekte. Sie hat nationale und internationale Strahlkraft und trägt mit den vielen hier ansässigen mehr als 10.000 Künstlerinnen und Künstlern wesentlich zum offenen und kreativen Klima sowie zur Attraktivität der Stadt bei. Wir haben in dieser Legislaturperiode die finanzielle Unterstützung der Freien Szene erheblich ausgebaut. Die jetzige Förderung ist im bundesweiten Vergleich einmalig. Wir werden uns in Zukunft gegen die Deckelung und für die flexible Gestaltung der Mehreinnahmen der City Tax einsetzen.

Wir haben in dieser Legislaturperiode die Arbeitsbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten für die Freie Szene verbessert, u.a. durch Zuschusserhöhungen für das Atelieranmietprogramm und in der Arbeitsraumförderung, der Finanzierung von Honoraruntergrenzen und Ausstellungshonoraren. Wir werden uns wie in der Vergangenheit auch weiterhin für die Förderung und Sicherung von Arbeitsräumen von Künstlerinnen und Künstlern einsetzen.

Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, dass durch die neue Liegenschaftspolitik bei der Vergabe von Grundstücken und Räumen kulturelle Erfordernisse der Stadt berücksichtigt werden. Eine an kulturellen Belangen orientierte Stadtentwicklungspolitik ist für die Zukunft der Berliner Kulturlandschaft von außerordentlicher Bedeutung. Insbesondere folgende Kriterien müssen berücksichtigt werden: Sicherung des kulturellen Erbes, Entwicklung von besonderer Qualität

Filmhaus Berlin

Berliner Opernhäuser

Rekonstruktion von Karl Friedrich Schinkels Bauakademie

Rekonstruktion und Sicherung der Friedrichwerderschen Kirche

Freie Szene

Atelierprogramm und künstlerische Räume

Kultur als wichtiges Ziel der neuen Liegenschaftspolitik

im Spektrum des kulturellen Gesamtangebots der Stadt, kulturelle Versorgung von zentralen Stadtteilen und der Bezirke, Förderung von Ateliers und Musikprobenräumen in der ganzen Stadt.

11.2 Gedenkkultur und Gedenkstätten

Ort zur Aufklärung über Diktatur und Widerstand („Campus der Demokratie“)

Wir wollen die ehemalige Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu einem Ort zur Aufklärung über Diktatur und Widerstand weiterentwickeln. Zusammen mit dem ehemaligen Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen (Gedenkstätte Hohenschönhausen) leisten diese Orte einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung und Dokumentation sowie themenbezogenen Forschungsarbeit zur kommunistisch-stalinistischen Gewaltherrschaft und Unterdrückung durch die SED-Diktatur.

Ehemaliges Polizeigefängnis in der Keibelstraße

Die CDU will in dem seit Jahren ungenutzten, weitgehend original erhaltenen ehemaligen zentralen Polizeigefängnis in der Keibelstraße am Alexanderplatz eine Gedenk- und Bildungsstätte zur SED-Diktatur in Ergänzung und unter Leitung der völlig überlasteten Gedenkstätte Hohenschönhausen einrichten.

Gedenkstättenkonzept Berliner Mauer

Die Geschichte einer durch eine Mauer geteilte und wiedervereinte Stadt wird durch die im Gedenkstättenkonzept Berliner Mauer zusammengefassten Häuser an der Bernauer Straße, vom Tränenpalast bis zum Haus am Checkpoint Charlie, dokumentiert.

East Side Gallery

Wir setzen uns für den Erhalt der East Side Gallery ein und streben an, dieses längste erhaltene Teilstück an die Stiftung Berliner Mauer zu übertragen. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat sich auch an dieser Stelle als überfordert erwiesen. Darüber hinaus ist die Einbindung des Denkmals in das inhaltliche und pädagogische Konzept der Stiftung sinnvoll.

Alliiertenmuseum in Tempelhof

Die CDU begrüßt das kulturpolitische Vorhaben der Bundesregierung, das Alliiertenmuseum bei seinem Umzug von Dahlem in den Flughafen Tempelhof zu unterstützen. Der historische Standort in Tempelhof, der sich nur drei U-Bahn-Stationen vom Checkpoint Charlie entfernt befindet, bietet eine internationale Strahlkraft und touristische Anbindung für eine neue Konzeptualisierung des Alliiertenmuseums.

Zentrales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland an exponierter und zentraler Stelle in Berlin errichtet wird. Das Mahnmal soll als Ort des Gedenkens, der Mahnung und der Information dienen.

Erinnerungsstätte Berliner Notaufnahmelager

Die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde ist das zentrale Museum der Bundesrepublik Deutschland zum Thema Flucht und Ausreise aus der DDR. Die CDU Berlin unterstützt die Stiftung Berliner Mauer bei ihren Bemühungen, eine Übernahme der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde in das allgemeine Liegenschaftsmanagement der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu erreichen. Dazu ist - in Abstimmung mit der Staatsministerin für Kultur und Medien und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - ein langfristiger Mietvertrag abzuschließen.

11.3 Kultur für jedermann

Kulturelle Bildung ist ein zentrales Thema unserer Kulturpolitik. Institutionen und kulturelle Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, einen kulturellen Bildungsauftrag zu erfüllen, der eine aktive und gestalterische Teilhabe an der Kultur ermöglicht. Wir wollen mögliche Zielvereinbarungen mit den Kultureinrichtungen der Stadt prüfen, um Kinder, Jugendliche und bisherige Nicht-Besucher in ihr Programm miteinzubeziehen. Die kulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien wird durch das Bildungs- und Teilhabepaket gefördert.

Kulturelle Bildung

Die CDU Berlin setzt sich für den Erhalt und eine nachhaltige Förderung von Kinder- und Jugendtheatern in Berlin ein. Der Besuch in Theatern und das aktive Theaterspiel in der Kindheit und Schulzeit ist ein Teil der kulturellen Teilhabe und fördert frühzeitig die Persönlichkeitsentwicklung einschließlich individueller und sozialer Kompetenzen.

Kindertheater

Für eine familienfreundliche Kulturlandschaft in Berlin begrüßt die CDU den Berliner FamilienPass, mit dem Familien ein ganzes Jahr vielfältige Preisvorteile in verschiedenen Freizeiteinrichtungen genießen können. Dazu gehören Zoo, Tierpark, Schwimmbäder, Eisbahnen, Schiffstouren, Sehenswürdigkeiten, Konzerte, Kinos, Theater und Museen u.v.m.

Niedrigschwellige Kulturangebote schaffen und ausbauen

Die Berliner Museen ziehen jährlich zahlreiche Besucher aus aller Welt an. Viele Museen sind für Kinder, Jugendliche und sozial Schwache kostenlos oder bieten Ermäßigungen an. Ein generell freier Eintritt erscheint uns nach dem Prinzip „Was nichts kostet, ist nichts wert“ nicht zielführend. Wir können uns die Einrichtung besonderer Ermäßigungen zu den Randöffnungszeiten oder einen Tag im Jahr vorstellen, an dem der Eintritt in die Museen für die Berlinerinnen und Berliner frei sein sollte.

Ermäßigter Eintritt für städtische Museen

Das Deutsch-Amerikanische Volksfest steht seit über 50 Jahren als Zeichen für die deutsch-amerikanische Freundschaft und Dankbarkeit für die Verdienste der Alliierten um unsere Stadt. Es muss daher auch zukünftig einen Ort in unserer Stadt finden. Der Flughafen Tempelhof mit dem Tempelhofer Feld ist ein Symbol für die Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika und wäre damit ein idealer Standort für das Volksfest.

Deutsch-Amerikanisches Volksfest

Die CDU unterstützt kulturelle Einrichtungen in den Bezirken. Gleiches gilt für das Atelierprogramm des Landes. Wir haben schon im letzten Doppelhaushalt dafür gesorgt, dass die bezirklichen Ausstellungshäuser mit einem zusätzlichen Betrag von 20.000 Euro in ihrer Arbeit unterstützt werden und mit weiteren gut 100.000 Euro eine überbezirkliche Präsentation einmal im Jahr im Rahmen der Art Week ermöglichen können.

Stärkung der bezirklichen Kultur

Die Kommunalen Galerien der Berliner Bezirke spielen für den Erhalt und die Förderung einer vielfältigen Berliner Kulturlandschaft eine große Rolle. Die CDU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, den Beitrag der bezirklichen Ausstellungshäuser zur lokalen Kulturvermittlung und Künstlerförderung auch finanziell durch das Land zu unterstützen. Diese Förderung wollen wir auch in Zukunft sicherstellen.

Kommunale Galerien sollen in den Bezirken weiter gestärkt werden

Leuchtturmprojekte aus den Bezirken

Die CDU hält bezirkliche kulturelle Leuchttürme wie die Domäne Dahlem, das Haus am Waldsee, die Zitadelle Spandau, die Neuköllner Oper, das Gründerzeit Museum in Mahlsdorf, das Deutsch-Russische Museum in Karlshorst oder das Theater an der Parkaue für einen unverzichtbaren Teil des Berliner Kulturangebots. Die Angebote dieser Einrichtungen strahlen weit über die Grenzen der jeweiligen Bezirke hinaus. Ihr Erhalt und die finanzielle Absicherung liegen deshalb im gesamtstädtischen Interesse.

Verbesserung der Situation der Berliner Musikschulen

Die Einbindung der Musikschule in bezirkliche Strukturen hat sich bewährt und muss für ein individuelles und wohnortnahes Angebot erhalten bleiben. Wir wollen die Musikschulen strukturell stärken, damit sie ihre wichtige bildungspolitische Funktion auch in Zukunft in hoher Qualität erfüllen können. Dazu ist eine adäquate Ausstattung der Musikschulen mit Lehrkräften und Verwaltungspersonal erforderlich. Den Anteil der festangestellten Musiklehrer wollen wir massiv steigern. Unser Ziel ist es weiterhin, auch die Honorarkräfte für ihre gute Arbeit angemessen zu entlohnen und damit auch bessere Altersbezüge zu ermöglichen. Die Kurse an den Musikschulen müssen bezahlbar bleiben.

Bibliotheken

Die Bibliotheken sind ein Angebot, dessen bezirkliche Strukturen sich bewährt haben und zu erhalten sind. Waren sie ehemals „nur“ Büchereien, haben sie sich zu attraktiven Aufenthaltsorten weiterentwickelt, die wichtige Aufgaben der Bildungsarbeit und der Medienkompetenzschulung übernommen haben. Dem deutlich erweiterten Spektrum muss Rechnung getragen werden durch eine bessere personelle Ausstattung, die den Erhalt der bestehenden Standorte und erweiterte Öffnungszeiten ermöglicht.

12 Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung bilden die Grundlage für Berlins Zukunftsfähigkeit. Wir wollen Berlins Position als führender Wissenschaftsstandort stärken und weiter ausbauen. Gute Universitäten und Fachhochschulen sind für einen gesunden Wirtschaftsstandort unerlässlich, denn die Studenten von heute sind die Entwickler, Forscher, Gründer und Unternehmer von morgen. Deshalb werden wir die Unabhängigkeit der Wissenschaft sichern, Rahmenbedingungen verbessern und Exzellenz fördern.

Außerdem setzen wir darauf, den internationalen Austausch von Ideen und Talenten auszubauen. Auch benötigen wir eine gemeinsame Strukturplanung, um frühzeitig darauf zu reagieren, für welche Absolventen Berlin einen besonderen Bedarf hat.

In einem rohstoffarmen Land ist Forschung die beste Investition in die Zukunft. Wir wollen, dass Berlin das Entwicklungslabor für Produkte und Dienstleistungen von morgen wird.

12.1 Hochschulstandort Berlin

Wissenschaft und Forschung sind bedeutende Wirtschaftsfaktoren, die wir stärken und mehr in unsere Zukunft investieren wollen. Sie fördern Innovationsprozesse und üben eine große Anziehungskraft auf hochqualifizierte Wissenschaftler, Gründer sowie technologieorientierte Unternehmen aus. Wir werden die Hochschulen in der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Berliner Wirtschaft unterstützen und sehen in ihnen das größte Wachstumspotenzial unserer Stadt.

Wissenschaft und Forschung sind Investitionen in die Zukunft

Berlin verfügt über eine einzigartige und international anerkannte Landschaft an herausragenden Universitäten, Fachhochschulen, Kunsthochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die CDU Berlin sieht das Zusammenwirken von staatlichen, konfessionellen und privaten Hochschulen als gelungene Entwicklung des Hochschulstandortes Berlin an.

Qualifizierte Wissenschaft und Forschung setzen den internationalen Austausch von Ideen und Talenten voraus. Wir machen uns dafür stark, verstärkt Kooperationen mit ausländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu fördern.

Berliner Universitäten und Fachhochschulen sowie die Charité belegen regelmäßig Spitzenplätze in Hochschulrankings. Wir wollen diese Spitzenposition in Forschung und Lehre sichern und konsequent ausbauen. Die CDU Berlin ist davon überzeugt, dass die Berliner Universitäten zusammen mit der Charité erstklassig aufgestellt sind, um auch in der nächsten Phase der Exzellenzinitiative hervorragende Ergebnisse zu erzielen.

Der Wettbewerb um die Talente setzt schon beim Anwerben des qualifizierten nationalen und internationalen Nachwuchses ein. Nach Jahren der Erhöhung der Studentenzahlen gilt es nun, sie zu stabilisieren und die Studienbedingungen zu verbessern. Eine gute Betreuung durch Professorinnen und Professoren, verlässliche Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs und bezahlbarer studentischer Wohnraum in der Nähe des Campus sind dafür erforderlich.

Zu einem studentenfreundlichen Umfeld an den Universitäten gehören auch Bibliotheken, die ausreichend lange geöffnet sind. Derzeit hat keine der Berliner Hochschulbibliotheken länger als bis 24 Uhr geöffnet, anders als in vielen kleineren Universitätsstädten. Wir fordern daher, künftig mindestens eine Universitätsbibliothek, die die wesentlichen Fachbereiche abdeckt, rund um die Uhr geöffnet zu halten.

12.2 Finanzierung der Hochschulen

Basis des Erfolgs sind die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaftler sowie die Selbständigkeit der Wissenschaftseinrichtungen. Wir fordern daher einen konsequenten Ausbau der Grundfinanzierung unserer Hochschulen aus dem Landeshaushalt, die auch unerlässlich ist, um den großen Umfang eingeworbener Drittmittel zu erhalten. Durch die Übernahme des BAföG durch den Bundeshaushalt werden zusätzliche Mittel frei, die den Berliner Hochschulen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu Gute kommen können. Ferner gilt es, die Autonomie der Hochschulen durch die Weiterentwicklung der Hochschulverträge zu sichern. Wir wollen einen Innovationsfonds ins Leben rufen, der den Hochschulen bei der Einwerbung von Drittmitteln helfen soll, um die Exzellenz zu verstetigen und die eingeworbenen Mittel auf die Forschung konzentrieren zu können.

12.3 Hochschulquartiere als Zukunftsorte

Den hohen Instandhaltungsschub an den Gebäuden wollen wir beseitigen. Hochschulquartiere sind auch als Elemente der Stadtentwicklung zu verstehen und zu attraktiven Standorten, Arbeits- und Lernorten zu entwickeln. Wir wollen den begonnenen baulichen Modernisierungsprozess der Charité konsequent fortsetzen und dabei die Ausgewogenheit der drei Hauptstandorte sicherstellen.

Hochschulstandort Berlin

Internationaler Austausch von Ideen und Talenten

Exzellente Forschung und Lehre

Nachwuchs qualitativ fördern

24/7 Bibliothek

Unabhängigkeit der Wissenschaft sichern, finanzielle Rahmenbedingungen verbessern

Hochschulquartiere zu attraktiven Standorten entwickeln

Technologie- und Gründerzentren fördern

Berlin übt eine hohe Anziehungskraft auf qualifizierte Studenten und Wissenschaftler aus, an den Berliner Hochschulen zu studieren, zu forschen und zu lehren. Die im Umfeld der Hochschulen angesiedelten Technologie- und Gründungszentren wirken als Inkubatoren, die wir weiter fördern wollen. Außerdem wollen wir das geplante Technologie- und Gründungszentrum in Dahlem zügig errichten.

Technologierorientierte Fächer und Medizin stärken

Die für innovative Unternehmen häufig wichtigen MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und die Medizin wollen wir konsequent stärken.

Geistes- und Sozialwissenschaften erhalten

Die profilbildenden Fächer der Geistes- und Sozialwissenschaften sind zu erhalten, da sie sich durch besondere Forschungsstärke auszeichnen und einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Kulturen der Welt leisten.

12.4 Praxisorientierte, bedarfsgerechte und durchlässige Hochschulen

Gemeinsame Strukturplanung

In großem Respekt vor der Hochschulautonomie sollte in der nächsten Legislaturperiode ein gemeinsamer Prozess der Strukturplanung erfolgen, der die gewachsenen, erfolgreichen Strukturen mit den berechtigten Bedürfnissen des Landes Berlin nach ausreichend Absolventen in bestimmten Fächergruppen berücksichtigt. Dazu zählen insbesondere die Lehramtsabsolventen.

Praxisorientierung und Durchlässigkeit stärken

Unsere Wirtschaft profitiert vom einzigartigen System der dualen Berufsausbildung. Angesichts steigender technisch-wissenschaftlicher Anforderungen werden aber in vielen Berufsfeldern mehr Hochschulabsolventen benötigt. Um den Theorielernort Hochschule enger mit dem Praxislernort Betrieb zu verzahnen, wollen wir das Duale Studium ausbauen. Diese Studienform hat sich für die durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägte Berliner Wirtschaft als besonders geeignet erwiesen. Insbesondere auch für beruflich Qualifizierte sollen berufsbegleitende Studienformate ausgeweitet werden. Das stärkt die Berliner Wirtschaft und wertet die berufliche Ausbildung auf.

Wissenschaft und Fachkräftegewinnung verknüpfen

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist Deutschland auf qualifizierte Einwanderung angewiesen. Um die Gewinnung und Integration qualifizierter Zuwanderer deutlich zu erleichtern, wollen wir in international ausgerichtete englischsprachige Masterstudiengänge verpflichtende Deutschkurse integrieren, um bereits während des Studiums eine kulturelle und sprachliche Bindung an Deutschland zu erzeugen.

Institut für Islamische Theologie und Theologische Studiengänge an den Universitäten

Wir wollen in Berlin ein Institut für Islamische Theologie an einer Berliner Hochschule einrichten, um den Bedarf an Religionslehrern zu decken und dafür zu sorgen, dass Imame Möglichkeiten zur Weiterbildung und Professionalisierung erhalten.

Berlin ist der richtige Ort, um eine universitäre Ausbildung in islamischer Theologie für künftige Imame und Religionslehrkräfte einzurichten. Um das Miteinander der Religionen in Berlin angemessen akademisch zu begleiten, ist die Katholische Theologie an der Freien Universität in analogem Umfang auszustatten.

12.5 Digitalisierung der Hochschullandschaft

Eine leistungsstarke IT-Infrastruktur an den Berliner Hochschulen ist Voraussetzung, um etablierte Wissenschaftler und wissenschaftliche Nachwuchskräfte in dem besonders wachstumskräftigen Wirtschaftszweig Berlins - der Digitalisierung - unterstützen zu können. Wir wollen den Ausbau vorantreiben, um die Vernetzung und einen zügigen Technologie- und Know-how-Transfer zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten und der digitalen Wirtschaft zu ermöglichen. Richtig eingesetzte Digitalisierung schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern erhöht auch die Lebensqualität.

Hochschulen bei Förderung der Digitalisierung unterstützen

Als wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort braucht Berlin hochqualifizierte Beschäftigte, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können.

Berlin Exzellenz 4.0

Wir wollen daher langfristig 100 zusätzliche „IT-Professuren“ für Fachgebiete wie IT, Datensicherheit, E-Commerce und Entrepreneurship schaffen. Bereits im Doppelhaushalt 2016/2017 haben wir uns dafür eingesetzt, in einem ersten Schritt aus ehemaligen BAföG-Mitteln 12 Millionen Euro für 40 Professorenstellen für die Universitäten und Hochschulen zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen die Spitzenforschung in Berlin weiter stärken. Die 2009 vom Land Berlin gegründete Einstein-Stiftung ist dabei wesentlicher Baustein, Wissenschaft und Forschung auf international hohem Niveau zu fördern, zu vernetzen und neue Forschungsfelder zu generieren. Aufbauend auf diese Erfolgsgeschichte setzen wir uns für den weiteren Ausbau der Einstein-Stiftung ein, um Berlin als Wissenschaftsstandort nachhaltig zu verfestigen.

Ausbau der Einstein-Stiftung

13 Integration durch Fördern und Fordern

Berlin ist nicht ohne Grund ein Sehnsuchtsort für freiheitsliebende Menschen auf der ganzen Welt. Weltoffenheit und Toleranz sind fester Bestandteil des Lebensgefühls unserer Stadt. Darauf sind wir stolz. In Berlin sind im vergangenen Jahr rund 80.000 Flüchtlinge angekommen. Es gehört zum Kern unseres Selbstverständnisses, dass wir Verfolgte aufnehmen und uns um sie kümmern. Aber ein anhaltend hoher Flüchtlingsstrom wie im Jahr 2015 würden auch ein Land wie Deutschland und eine starke Stadt wie Berlin überfordern. Wer keinen Anspruch auf Schutz hat, muss unsere Stadt und unser Land auch wieder verlassen. Abschiebungen sind Voraussetzung dafür, dass den tatsächlich Schutzbedürftigen geholfen werden kann. Klar ist auch: Diejenigen, denen wir die Hand reichen, müssen auch eigene Anstrengungen erbringen. Die Multi-Kulti-Gleichgültigkeit der letzten Jahrzehnte hat sich bitter gerächt und die Entwicklung von Parallelgesellschaften begünstigt. Diesen Fehler dürfen wir bei Integration von Flüchtlingen nicht wiederholen. Integration gelingt eben oftmals nicht von alleine. Deshalb setzen wir auf das Prinzip von Fördern und Fordern.

Sprache und Arbeit sind die wichtigsten Bausteine für die Integration. Deshalb wollen wir Sprachkurse ausbauen und Unternehmen unterstützen, die geflüchtete Menschen beschäftigen. Auch das Tandemprogramm, bei dem sich ein Langzeitarbeitsloser und ein Flüchtling einen geförderten Arbeitsplatz teilen, wollen wir ausbauen. Dasselbe gilt für Mentorenprogramme sowie die Praktikumsvermittlung. Das Arrivo-Programm ist ein gutes Konzept. Leider hat es die Integrations-

senatorin nicht hinbekommen, dass Programm in der Breite zu implementieren. Wir werden dafür sorgen, dass künftig nicht nur eine handverlesene Gruppe von Flüchtlingen von den Chancen der Initiative profitiert. Zudem wollen wir die Willkommensklassen stärken und setzen auf Patenschaften, um Flüchtlingen die Integration zu erleichtern.

Die Basis für das friedliche Zusammenleben von alteingesessenen Berlinern und neu hinzugekommenen Flüchtlingen ist die Werteordnung des Grundgesetzes. Beim Gewaltmonopol, bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau, bei der Religionsfreiheit und den Rechten auf sexuelle Selbstbestimmung und freie Partnerwahl machen wir keine Kompromisse. Wir setzen auf das Wertedialog-Programm „Deutschland für Einsteiger“, damit alle geflüchteten Menschen erfahren, wie das Zusammenleben in Berlin und Deutschland funktioniert. Wir erwarten von den Flüchtlingen eine Demokratieerklärung.

Für Menschen ohne Bleibeperspektive wollen wir die Rückkehrberatung personell ausbauen und lokal ausdehnen. Klar muss aber sein: Wir werden diejenigen, die nicht schutzbedürftig sind, konsequent und zügig abschieben, damit wir weiterhin denen Schutz gewähren können, die ihn am nötigsten haben.

Migrantenökonomie

Die Förderung von Existenzgründungen von Zuwanderern und die Schaffung neuer Ausbildungsplätze in mittelständischen Unternehmen, denen Zuwanderer vorstehen, ist für den Standort Berlin ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Unternehmen von Zuwanderern entfalten neben ihrem wirtschaftlichen Nutzen eine wichtige integrationsfördernde Leistung. Sie haben eine Vorbildfunktion für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie für Einheimische. Wir schätzen daher die Migrantenökonomie außerordentlich wert. Wir begrüßen und unterstützen es, wenn Menschen bereit sind, sich mit eigenem Risiko eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Wir wollen selbstständige Migranten bei Unternehmensgründungen unterstützen und dabei mit den entsprechenden Verbänden und Vereinigungen zusammenarbeiten.

Neutralitätsgesetz

Wir bekennen uns dazu, dass wir religiöses Leben in Berlin fördern wollen. Dennoch ist es richtig, dass der Staat auch nach außen hin sichtbar und erkennbar weltanschaulich und religiös neutral auftritt. Dieses äußert sich eben nicht nur durch Schrift und Bild, sondern auch durch Kleidungs- und Schmuckgegenstände der Bediensteten. Es kommt darauf an, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern, die den Vertretern des Staates gegenüber treten, nicht einmal der Anschein entsteht, die Vertreter des Staates handeln nach anderen Kriterien als nach geltendem Recht. Deshalb halten wir am Berliner Neutralitätsgesetz fest, dass der Senat im Oktober 2015 bestätigt hat.

Bekämpfung von Parallelgesellschaften

Wir wollen ein friedliches Zusammenleben innerhalb unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nach dem Prinzip des Förderns und Forderns müssen Integrationsverweigerer mit Folgen für ihren Aufenthaltsstatus und ihre Leistungsansprüche rechnen. Wenn religiös oder kulturell übermittelte Traditionen zu einer Missachtung unserer Rechtsordnung führen, werden wir dies nicht akzeptieren. Der Abschottung in Parallelgesellschaften und islamischen Sondergerichten außerhalb unserer Rechtsordnung treten wir entschieden entgegen. Wir erwarten dabei auch von den muslimischen Verbänden ein erkennbares Gegensteuern und rufen die muslimischen Verbände zu einer engen Zusammenarbeit auf.

Die in Berlin bereits beeindruckende Vielfalt und Zahl von Integrationsprojekten und privaten Initiativen wollen wir ermuntern und unterstützen. Das Engagement der Stadtteilmütter, des institutionellen Sports, in Vereinen, Betrieben und Nachbarschaften ist unverzichtbar und für den Staat nicht zu leisten. Finanzielle Unterstützung sollte es nicht wahllos, sondern gezielt geben, wenn ein klarer Kriterienkatalog erfüllt wird.

Flüchtlinge

Wir wollen, dass bereits in den Willkommensklassen der Schulen und in den Sprach- und Orientierungskursen den Flüchtlingen mit Bleibeperspektive die Grundzüge unseres Rechtssystems und unserer Grundrechte, wie bspw. die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Meinungs- und Religionsfreiheit vermittelt werden. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz soll ihr bereits mit großem Erfolg als Pilot getestetes Projekt „Deutschland für Einsteiger“ so modifizieren, dass es künftig für alle in Berlin untergebrachten Flüchtlinge flächendeckend verbindlich angeboten werden kann.

Für uns ist klar: Wir wollen Menschen in Not helfen. Aber ein anhaltend hoher Flüchtlingsstrom wie im Jahr 2015 würden auch ein Land wie Deutschland und eine starke Stadt wie Berlin überfordern. Abschiebungen sind Voraussetzung dafür, dass den tatsächlich schutzbedürftigen geholfen werden kann. Einen von anderen Parteien regelmäßig geforderten „Winterabschiebestopp“ lehnen wir daher konsequent ab.

Der Königsteiner Schlüssel, der die Aufteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer regelt, muss verändert werden. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer soll nicht mehr zu zwei Dritteln nach den Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl, sondern zu gleichen Teilen nach Bevölkerungszahl, den Steuereinnahmen und der Fläche der Bundesländer aufgeteilt werden.

Religiös motivierte Übergriffe auf Flüchtlinge anderer Religionen müssen verhindert werden. Da eine religiös getrennte Unterbringung von Flüchtlingen in einer offenen Gesellschaft wie Deutschland nur der letzte Schritt sein kann, setzen wir uns zur Stärkung von Akzeptanz und Toleranz für verbindliche Hausordnungen zwischen Betreibern und Bewohnern von Flüchtlingsunterkünften ein. Zudem sollen Schutzräume für akute Notfälle geschaffen und eine Beschwerdestelle eingerichtet werden, die auch niedrighschwellige Diskriminierungen aufnehmen kann. Gleichzeitig sollen sowohl die im sozialen Bereich als auch die im Wachschutz tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterkünfte geschult und qualifiziert werden.

Angesichts der steigenden Zahlen der Flüchtlinge, die freiwillig in ihre Heimatländer zurückkehren möchten, wollen wir weitere Stellen in der Rückkehrberatung im LAGeSo schaffen. Wir wollen, dass die Rückkehrberatung zusätzlich lokal in allen Flüchtlingseinrichtungen und in den Job-Centern angeboten wird.

Für eine gelungene Integration ist das Erlernen unserer deutschen Sprache unerlässlich. Wir fordern, dass der Sprachkurs ab dem ersten Tag des Aufenthaltes in Deutschland erfolgen muss und nicht erst nach der formellen Anerkennung als Flüchtling. Wir wollen deutsche Sprachkurse und Sprachtests für unterschiedliche Vorkenntnisse anbieten. Das Kompetenzniveau, das Erwachsene für den

Integrationsprojekte fördern

Wertevermittlung

Konsequente und zügige Abschiebungen von Personen ohne Bleiberecht

Flüchtlinge gerecht verteilen

Diskriminierung christlicher Flüchtlinge entgegenwirken

Rückkehrberatung

Sprache als Voraussetzung für Arbeit und Integration

Start in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben mitbringen sollten, sollte mindestens die Stufe B1 (selbständige Sprachverwendung) betragen. Die Finanzierung dafür muss gesichert sein.

Berufliche Integration von Flüchtlingen über das Projekt Arrivo Berlin

Die Integration von Flüchtlingen wird nur gelingen, wenn sie erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert sind. Dazu sind sie in geeigneter Weise in Zusammenarbeit mit interessierten Unternehmen zu qualifizieren und orientieren. Initiativen wie beispielsweise die Ausbildungs- und Berufsinitiative „Arrivo Berlin“ müssen verbessert werden und viel mehr Unternehmen erreichen und Flüchtlinge fördern.

Weitere gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge

Die Schaffung gemeinnütziger zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten (gZA) ist ein wesentlicher Baustein zu einer ersten erfolgreichen Integration geflüchteter Menschen in Berlin. Unser Ziel ist es, den Asylbewerbern weitere Möglichkeiten zu schaffen, ihre Lebenssituation selbst aktiv zu gestalten sowie die eigene finanzielle Situation aufzubessern.

Mentorenprogramme und Praktikumsvermittlung für Flüchtlinge

Mentoren, die die Flüchtlinge über einen längeren Zeitraum begleiten und bei Hindernissen helfen, sie zu überwinden, sind für einen Start in das Berufsleben eine wertvolle Unterstützung. Wir wollen vor allem kleine und mittlere Unternehmen subventionieren, wenn sie Flüchtlingen Praktikanten- und Ausbildungsstellen anbieten.

Bundesfreiwilligendienst für Flüchtlinge

Wir wollen geflüchtete Menschen wieder in Arbeit bringen und sehen den Bundesfreiwilligendienst (BFD) als ein geeignetes Mittel für eine erfolgreiche Integration an.

Sprachförderung über die Volkshochschulen

Die bezirkliche Verantwortung für die Volkshochschulen hat sich bewährt und muss beibehalten werden. Die Bedürfnisse der Menschen in den Berliner Bezirken, die zwölf Großstädten entsprechen, werden von den Volkshochschulen in der derzeitigen Struktur mit passgenauen Angeboten beantwortet. Die Situation der Volkshochschuldozenten ist hinsichtlich der Beschäftigungsverhältnisse, der Bezahlung und der Altersvorsorge zu verbessern.

Flüchtlingsunterbringung

Nach der Erstversorgung der zu uns geflüchteten Menschen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist bei der nun anstehenden Unterbringung darauf zu achten, dass Massenunterkünfte weitestgehend vermieden werden. Dabei ist auf die gleichmäßige Verteilung auf die Bezirke und Ortsteile zu achten. Das schafft auch die notwendige Akzeptanz vor Ort. Integration kann besser gelingen, wenn wenige Menschen vor Ort in unsere Gesellschaft aufgenommen werden. Doch wo die dezentrale Unterbringung nicht möglich ist, sollten bei der Planung von Gemeinschaftsunterkünften und Modularbauten gleichzeitig auch die Möglichkeiten der Nachnutzung einbezogen werden.

14 Leistungsfähige Verwaltung und starker Öffentlicher Dienst

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung und im Öffentlichen Dienst dienen mit ihrem Engagement den Bürgern unserer Stadt. Eine leistungsfähige Verwaltung ist unverzichtbar für das Funktionieren der Gesellschaft. Die

Menschen in unserer Stadt haben ein Anrecht darauf, dass ihre Stadt funktioniert. Dazu gehört auch, dass Behördengänge realisierbar bleiben.

Wir haben die Rotstiftpolitik der Vergangenheit beendet und den von Rot-Rot betriebenen Personalabbau im Öffentlichen Dienst gestoppt. Berlin wächst. Dies spüren als erstes die Bezirke und die Bürgerämter. Deshalb haben wir begonnen, umzusteuern und die Bezirke mit neuem Personal gestärkt. Insgesamt mit 117 neuen Personalstellen haben wir seit 2014 systematisch die Bürgerämter verstärkt. Trotz ambitionierter Sparziele haben wir uns mit unserer Forderung durchgesetzt, dass die Berliner Beamtinnen und Beamten eine bessere Bezahlung und eine Perspektive für die Angleichung ihres Lohns an den Durchschnitt der Bundesländer erhalten. Wir haben uns auch dafür stark gemacht, dass es mit der Wiedereinführung von Jubiläumsgeldern für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter endlich wieder eine Anerkennung ihrer langjährigen Tätigkeit gibt.

Wegen der falschen Politik der Vorgängersenate steht die Verwaltung aber noch immer vor mancher Herausforderung. Wir wollen den Öffentlichen Dienst weiter stärken und setzen dafür auf eine Personalentwicklung, die mit dem Wachstum der Stadt Schritt hält. Wir wollen auch eine bessere Bezahlung – als Zeichen der Wertschätzung für die Beschäftigten, und um wettbewerbsfähiger zu werden beim Werben um Nachwuchskräfte. Die Bürgerämter wollen wir von der Servicewüste zu Serviceoasen machen. Hierzu kann auch die Digitalisierung einen entscheidenden Beitrag leisten. Unser Ziel ist ein digitales Bürgeramt. So werden wir die Gründe halbieren, warum man noch persönlich im Amt erscheinen muss.

Bürgerämter

Wir wollen ein zentrales, 13. Bürgeramt auf Landesebene als digitales Bürgeramt mit digital vom Endgerät abrufbaren Dienstleistungen einrichten. Dieses digitale Pilotprojekt beeinträchtigt die Arbeitsfähigkeit der bezirklichen Bürgerämter nicht und ermöglicht es, die notwendigen Erfahrungen bei dem Aufbau digitaler Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen und den notwendigen Verwaltungsstrukturen zu sammeln. Das digitale Bürgeramt sollte zunächst auf einige Kernangebote begrenzt werden.

Berlin hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich begonnen, den Bürgern Verwaltungsangebote im Internet anzubieten. Schon heute werden über das Portal service.berlin.de 70 verschiedene Dienstleistungen online angeboten. Wir setzen uns dafür ein, die digitalen Verwaltungsangebote weiter auszubauen. Unser Ziel ist es, dass die Bürger ihre Behördengänge auch vom heimischen Schreibtisch erledigen können, z.B. die An- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen, die Beantragung von Anwohnerparkausweisen, Beihilfeanträge etc.

Wir wollen die Einrichtung von digitalen Bürgerämtern prüfen, an denen die Bürger rund um die Uhr ihre Anliegen selbstständig erledigen können, für die sie normalerweise einen Termin beim Bürgeramt vereinbaren müssten. Dafür nötig sind lediglich ein biometrischer Personalausweis, eine eigenhändige Unterschrift sowie die entsprechenden Formulare oder der Einsatz eines Servicekontos.

Wir wollen, dass es nur noch halb so viele Gründe gibt, um zum Bürgeramt gehen zu müssen. Gemeinsam mit dem Bundesgesetzgeber wollen wir die Möglichkeiten dafür erörtern.

Zentrales digitales Bürgeramt

Digitale Verwaltungsangebote ausbauen

24/7 Bürgeramt-Stationen

Weniger Gründe für den Gang zum Bürgeramt

Einführung von Dokumentenprüfgeräte

Die CDU Berlin spricht sich für die flächendeckende Einführung von Dokumentenprüfgeräten in den Bürgerämtern aus, um die Leistungserschleichung anhand gefälschter Personaldokumente zu verhindern. Bürgerämter müssen im Stande sein, gefälschte Dokumente Krimineller oder gar terroristisch aktiver Personen und Gruppen zu erkennen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Senat die Finanzierung der Anschaffung und der laufenden Softwarekosten der Dokumentenprüfgeräte durch die Bezirke unterstützt.

Personal an den Bedarf anpassen

Nach der notwendigen Abkehr vom „Dogma der 100.000“ haben wir uns dafür stark gemacht, dass wieder mehr Stellen in den Berliner Behörden geschaffen werden. Nach Jahren des Sparens und Kürzens beim Personal unter Rot-Rot haben wir daher die Bürgerämter personell verstärkt: So wurden zuletzt 117 zusätzliche Stellen in den Bürgerämtern geschaffen.

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Personalplanung ein, die mit dem Wachstum der Stadt Schritt hält. Zusätzliche Stellen in der Berliner Verwaltung müssen insbesondere dort geschaffen werden, wo die Berlinerinnen und Berliner in unmittelbarem Kontakt mit der Verwaltung kommen.

Prozesse der Stellenbesetzung beschleunigen

Neben der bedarfsgerechten Schaffung neuer Stellen im Öffentlichen Dienst wollen wir erreichen, dass offene Stellen im Öffentlichen Dienst schneller besetzt werden. Wir streben an, die zum Teil sehr langwierigen Prozesse zur Stellenbesetzung zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Willkommenskultur für Nachwuchskräfte und Quereinsteiger

Der Öffentliche Dienst in Berlin braucht eine Willkommenskultur für Nachwuchskräfte. Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt und der demografischen Entwicklung ist dies eine zentrale Herausforderung für den Berliner Landesdienst. Mit der Wiedereinführung von Jubiläumszulagen und der Schaffung von Anwärtersonderzuschlägen bzw. Zulagen bei Berufen mit Bewerbermangel haben wir die Personalgewinnung bereits verbessert. Zusätzlich wollen wir über attraktive Bewerberportale, eine Dachmarke Öffentlicher Dienst in Berlin, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege, attraktive Arbeitsbedingungen und eine erleichterte Laufbahndurchlässigkeit weiteres Personal gewinnen. Auch wollen wir, dass sich noch mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine Laufbahn im Öffentlichen Dienst entscheiden.

Besoldung

Unser Ziel bleibt es, den bestehenden Rückstand bei der Besoldung der Beamten in Berlin weiter abzubauen. Seit unserem Amtsantritt wurde das Besoldungsniveau der Berliner Beamtinnen und Beamten um 13 Prozent erhöht und das von uns geforderte und dringend notwendige Besoldungsperspektivgesetz verabschiedet, sodass ab August 2016 die zukünftigen Besoldungsanpassungen mindestens um 0,5 Prozent über dem entsprechenden Durchschnittswert der Anpassungen aller anderen Bundesländer liegen werden. Für die Zukunft streben wir an, eine schnellere Gleichstellung in der Besoldung mit den anderen Bundesländern zu erreichen und die Besoldung entsprechend anzupassen. Dies erhöht nicht nur die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes in Berlin, sondern ist vor allem als Zeichen der Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten zu verstehen.

Digitalisierung der Verwaltung

Berlin hat das modernste und innovativste E-Government-Gesetz

Mit dem neuen E-Government-Gesetz haben wir die Voraussetzungen für eine Verwaltungsmodernisierung geschaffen. Das nach Expertenmeinung stringenteste und innovativste E-Government-Gesetz Deutschlands wird zum Maßstab für alle anderen Bundesländer werden. Nachdem wir den gesetzlichen Rahmen für die

Digitalisierung der Verwaltung geschaffen haben, gilt es nun, alle nötigen Anstrengungen zu unternehmen, um dieses Gesetz umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass Berlin einen IT-Staatssekretär bekommt. Dieser soll die Digitalisierung der Verwaltung zentral steuern und verantworten und die derzeit bestehende Fragmentierung der IT-Infrastruktur aller Berliner Behörden beenden.

Neben motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern braucht die wachsende Metropole Berlin auch eine moderne Verwaltung. Wenn Berlin zukünftig moderne Verwaltungsdienstleistungen anbieten will, muss es seine Verwaltung konsequent digitalisieren. Die Standardisierung der IT-Arbeitsplätze der Berliner Verwaltung zur Vermeidung von Sicherheitsrisiken, zur Verbesserung der Arbeitssituation der Mitarbeiter und aus Gründen der Kosteneffizienz bei der Beschaffung hat hohe Priorität.

Wir setzen uns für den konsequenten Ausbau der Open-Data-Initiative ein. Auf dem Portal daten.berlin.de sollen nach und nach alle nicht sicherheitsrelevanten öffentlichen Daten, etwa Geoinformationsdaten, zur Verfügung gestellt werden. Diese Daten stehen dann der Entwicklung neuer Anwendungen und Geschäftsideen durch die vielen Kreativen in unserer Stadt offen.

Wir wollen die unzähligen Aktenwagen in der Berliner Verwaltung entsorgen und mit der elektronischen Akte (kurz: E-Akte) den Mitarbeitern einen papierlosen Zugang zu allen erforderlichen Informationen verschaffen, um den Vorgang elektronisch bearbeiten zu können. Nur mit der E-Akte gelingt der Berliner Verwaltung ein digitaler, einheitlicher und ganzheitlicher Blick auf die Verwaltungsvorgänge.

15 Starke Außenbezirke

Berlin – das sind nicht nur die stark verdichteten urbanen Quartiere im S-Bahn-Ring. Erst durch seine Außenbezirke erhält Berlin seine charakteristische Gestalt – als eine Stadt mit vielfältigen Quartieren, weiten Flächen und wohnortnahe Grün. Metropole und Kiez sind für uns kein Widerspruch, sondern sie bedingen einander. Wir legen bewusst einen Schwerpunkt auf die Gebiete außerhalb des Zentrums, weil diese in der öffentlichen Diskussion oftmals zu kurz kommen. Wir wollen lebendige und zukunftsfähige Kieze im gesamten Stadtgebiet fördern. Auch in den Außenbezirken brauchen wir eine verkehrliche, kulturelle, digitale und soziale Infrastruktur von Hauptstadtniveau. Wir erkennen an, dass das Auto für die Mobilität der Menschen in den Außenbezirken eine hohe Bedeutung hat und wollen dies insbesondere bei Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigen.

Die Sicherheit muss in allen Teilen unserer Stadt gewährleistet sein. Wir wollen mehr Polizisten und Polizeistreifen in den Außenbezirken einsetzen, gerade auch, um die Einbruchskriminalität zurückzudrängen.

Mit Sorge sehen wir, dass zunehmend Menschen mit geringem Einkommen in die Außenbezirke verdrängt werden. Wir werden mit allen Kräften verhindern, dass am Stadtrand die Ghettos der Zukunft entstehen. Sozial gemischte Quartiere sind zu sichern, die Fehler der Vergangenheit müssen wir vermeiden. Zu

Standardisierung der IT Ausstattung aller Bezirke

Open Data

Einführung der E-Akte

Mehr Polizisten und Polizeistreifen auch in den Außenbezirken

Berliner Mischung

lebenswerten Wohnquartieren gehören auch vernünftige Verkehrskonzepte bei der Erschließung von Großsiedlungen.

Ausweitung der VBB A/B-Tarifzone

In vielen Außenbezirken sind einige Ortsteile von wichtigen und schnelleren Verkehrsmitteln abgeschnitten. Gleichzeitig findet eine immer stärkere Verzahnung mit dem Brandenburger Umland statt. Deswegen wollen wir prüfen, ob die Ausweitung der VBB A/B-Tarifzone bis in die Randregionen Berlin-Brandenburgs den Parkdruck rund um die Bahnhöfe in den Randbezirken verhindern kann.

Mobile Bibliotheken

In der Fläche können mobile Bibliotheken eine Möglichkeit sein, um auch Bürgern mit eingeschränkter Mobilität Zugang zu Büchern, Medien und Kultur zu verschaffen.

Haushaltsnahe Altglasentsorgung

In Berlin war es lange gute Tradition, dass die Berliner ihren Glasmüll haushaltsnah, also meist in einem hauseigenen Müllraum, entsorgen konnten. Den Versuch, in einem Modellprojekt diese Entsorgung zu zentralisieren und die Container aus den Häusern zu nehmen, sehen wir kritisch. Wir möchten auch in Zukunft eine Entsorgung im Haushalt, um die Sortenreinheit zu gewährleisten und damit die Umwelt besser zu schützen.

Ausbau des Stadtmarketings für Randbezirke

Die Berliner Randbezirke stehen für viele Touristen wortwörtlich nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Mit mehr Werbung für die Leuchtturmprojekte und Kultureinrichtungen dieser Stadtteile wollen wir gezielt die Vielfalt in der Stadt besser präsentieren. Hierzu hilft nicht nur ein stärkeres Werben der BerlinPartner sondern auch die Werbung für Kulturstätten der Randbezirke im Zentrum der Stadt und an deren werbewirksamen Orten.

Flüchtlingsunterkünfte

Insbesondere außerhalb des S-Bahn-Rings ist eine lokale Konzentration von Flüchtlingsunterkünften zu beobachten. Diese lehnen wir ab, sie widerspricht auch den von uns getroffenen Vereinbarungen im Senat. Integration kann nur gelingen, wenn die Flüchtlinge gleichmäßig über die Fläche verteilt werden.

Wohnortnahe Ärzteversorgung

Die Versorgungssteuerung ermöglicht es, die ambulante medizinische Versorgung in Berlin gerechter zu verteilen. Wir streben weiterhin an, zusätzliche Praxisplätze in schlechter versorgten Stadtteilen anzusiedeln.

Versorgung mit Einzelhandel

Eine wohnortnahe Versorgung mit Einzelhandelsangeboten muss im gesamten Stadtgebiet gewährleistet sein, denn dies ist ein wichtiger Faktor für Lebensqualität und Wohnzufriedenheit. Gerade angesichts der alternden Gesellschaft muss die fußläufige Erreichbarkeit des Einzelhandels gesichert und gestärkt werden.

Späti auf Rädern

Wir wollen die lokale Versorgung stärken und „Tante Emmas Enkel“ bei Neugründungen in unterversorgten Stadtteilen unterstützen. Wenn die Menschen nicht zum Supermarkt kommen können, muss der Supermarkt zu den Menschen kommen. Vor allem für ältere oder behinderte Menschen kann ein Späti auf Rädern eine große Erleichterung im Alltag sein. Wir wollen prüfen, wie solche Geschäftsmodelle über Förderprogramme oder Existenzgründungszuschüsse noch besser unterstützt werden können.

Funknetzversorgung weiter ausbauen

Gemeinsam mit den Mobilfunkanbietern werden wir uns dafür einsetzen, dass auch in den Außenbezirken ein hoher Funknetz-Standard gewährleistet ist.

Die Pendler in den Hauptverkehrszeiten zu entlasten und das Verkehrsaufkommen zu regulieren, sind Gründe, die Verkehrsknotenpunkte an den Stadtgrenzen anzupassen. Daher unterstützt die CDU Berlin die Ortsumfahrung Ahrensfelde, welche im Bundesverkehrswegeplan 2030 als neues Vorhaben mit vordringlichem Bedarf festgehalten wurde. Zur Verbesserung der Lebensqualität setzen wir uns auch für die Realisierung der sogenannten gedeckelten Troglage ein, um dem Lärmschutz und der Vermeidung von Zerschneidungswirkungen Rechnung zu tragen.

Ortsumfahrung Ahrensfelde

Durch langjährigen Einsatz ist die B2 „Ortsumfahrung Malchow“ im Bundesverkehrswegeplan 2030 als neues Vorhaben mit vordringlichem Bedarf und damit als priorisierte Maßnahme festgeschrieben. Auf der einen Seite soll damit die B2 als Zubringerstraße für einen schnelleren Verkehrsfluss sorgen, andererseits erhöhen wir dadurch auch die Lebensqualität der Bewohner in Malchow. Das Land Berlin muss hier nun dafür Sorge tragen, dass die Planungen zügig beginnen und Planungsrecht geschaffen wird.

Ortsumfahrung Malchow

Für den dringend erforderlichen Lückenschluss der Tangentialverbindung Ost (TVO) zwischen Berliner Ring und A113 ist das Planfeststellungsverfahren angelaufen. Diesen Prozess wollen wir weiter befördern und setzen uns für eine bürgerfreundliche und leistungsfähige Variante mit zwei Fahrspuren in jede Richtung ein. Die Planung und der zügige Bau der TVO sind entscheidend für die Verkehrsinfrastruktur in Berlin, um Wohngebiete vom Verkehr zu entlasten, die Wirtschaftsentwicklung von mindestens drei Berliner Bezirken zu fördern und durch die Kanalisierung des Verkehrs für weniger Emissionen zu sorgen.

Umsetzung der TVO

Die Internationale Gartenausstellung (IGA) 2017 ist für uns ein Schaufester für moderne Gartenkultur und Stadtgestaltung. Rund zwei Millionen Besucher werden auf dem Gelände erwartet. Die CDU Berlin hat sich konsequent für die Errichtung von touristischen Einrichtungen aus Fördermitteln zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) eingesetzt. Über 90 Prozent der Infrastruktur, die auf dem erweiterten Gelände der Gärten der Welt entwickelt wird, bleibt auch nach dem Jahr 2017 als neues Parkgelände erhalten. Insbesondere für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf und den nordöstlichen Teil Berlins wird die IGA somit eine große stadtentwicklungspolitische und wirtschaftliche Bedeutung haben.

Internationale Gartenausstellung

Buch ist ein Zukunftsort, der mit seiner biomedizinischen Spitzenforschung Maßstäbe setzt. Durch die rasante Entwicklung des Medizin- und Wissenschaftscampus hat das Verkehrsaufkommen in der Region stark zugenommen. Für sein weiteres Wachstum benötigt der Standort dringend eine bessere Anbindung an das übergeordnete Straßennetz. Ein eigener Autobahnanschluss würde viele Wohngebiete vom Durchgangsverkehr entlasten und damit die Lebensqualität für die Bewohner in den Quartieren steigern.

Autobahnabfahrt „Buch“ zur Stärkung des Campus Buch

Wir setzen uns für Regionalbahnhöfe in den Außenbezirken, etwa in Köpenick, Mahlsdorf und Karlshorst, ein.

Regionalbahnhöfe in den Außenbezirken

CDU GESCHÄFTSSTELLEN IN DEN BEZIRKEN

Reinickendorf

Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin,
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53,
Email: info@cdu-reinickendorf.de
www.cdu-reinickendorf.de

Mitte

Levetzowstr. 10, 10555 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Pankow

Berliner Straße 38, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 5130 51200, Fax: 5130 51209
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 566 974 54, Fax: 566 974 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Rathaus Charlottenburg, Raum 229,
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Treptow-Köpenick

Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 801 094 10, Fax: 801 094 119
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Tempelhof-Schöneberg

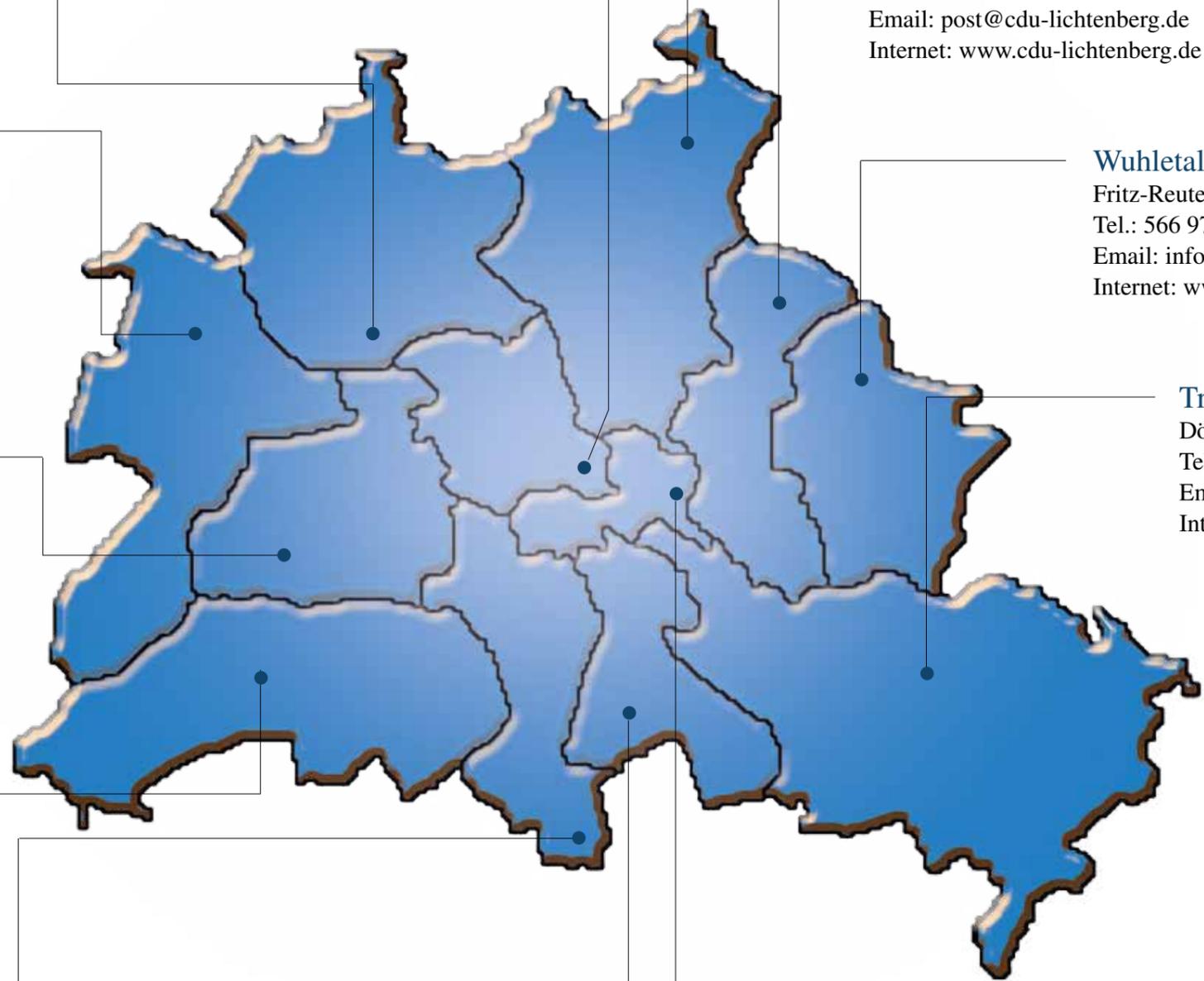
Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: info@cdu-ts.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 688 09 747
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de



Notizen

Notizen

BRIEFWAHL

Sie haben die Wahl! Am Sonntag, dem 18. September, oder aber schon jetzt.

Briefwahl wird seit Jahren immer beliebter und jetzt über das Internet noch einfacher. Gehen Sie auf die Seite www.briefwahlservice.berlin. Dort füllen Sie das Formular aus und bekommen prompt eine komplette und rechtssichere Mail zurück, die Sie nur noch selbst mit einem Klick an Ihr Bezirkswahlamt absenden müssen. Dann erhalten Sie wie immer vom Bezirksamt die Stimmzettel und die anderen Unterlagen nach Hause (oder an eine Urlaubsadresse) geschickt. Briefwahl beantragen funktioniert natürlich auch, indem Sie die

Rückseite der Wahlbenachrichtigung ausfüllen, welche Sie ab Mitte August bekommen. Dann diese an das Wahlamt im Bezirk schicken oder faxen. Und noch eines: Die Briefwahl geht auch „zu Fuß“. Einfach mit dem Personalausweis zum Bezirkswahlamt gehen und direkt dort in der Wahlkabine wählen, genau wie am Wahltag. Wie auch immer. Überlassen Sie die Zukunft unserer Stadt nicht den anderen.

Gehen Sie wählen!

Hier können Sie jetzt schon wählen

Bezirksamt Mitte von Berlin - Bezirkswahlamt -

Müllerstr. 146
13353 Berlin
Telefon: 9018 - 44510 / -44515
Telefax: 9018 - 44503 / -44505
wahlamt@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin - Bezirkswahlamt -

Frankfurter Allee 35/37
10247 Berlin
Telefon: 90298 - 2026 / -2012 / -3020
Telefax: 90298 - 3263 / -2363
bezirkswahlamt@ba-fk.berlin.de

Bezirksamt Pankow von Berlin - Bezirkswahlamt -

Breite Straße 24 A - 26
13187 Berlin
Telefon: 90295 - 2400
Telefax: 90295 - 2701 / -2699
bezirkswahlamt@ba-pankow.berlin.de

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin - Bezirkswahlamt -

Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin
Telefon: 9029 - 12512
Telefax: 9029 - 12715
wahlamt@charlottenburg-wilmersdorf.de

Bezirksamt Spandau von Berlin - Bezirkswahlamt -

Carl-Schurz-Straße 2/6
13597 Berlin
Telefon: 90279 - 2316 / - 2901
Telefax: 90279 - 2009
bezirkswahlamt@ba-spandau.berlin.de

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin - Bezirkswahlamt -

Kirchstr. 1/3
14163 Berlin
Telefon: 90299 - 2190
Telefax: 90299 - 5004
wahlamt@ba-sz.berlin.de

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Bezirkswahlamt -

John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin
Telefon: 90277 - 3040 / -3050
Telefax: 90277 - 7800
bezirkswahlamt@ba-ts.berlin.de

Bezirksamt Neukölln von Berlin - Bezirkswahlamt -

Karl-Marx-Str. 83
12040 Berlin
Telefon: 90239 - 2448
Telefax: 90239 - 3149
bezirkswahlamt@bezirksamt-neukoelln.de

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin - Bezirkswahlamt -

Alt-Köpenick 21
12555 Berlin
Telefon: 90297 - 2390
Telefax: 90297 - 2030
bezirkswahlamt@ba-tk.berlin.de

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin - Bezirkswahlamt -

Rieser Str. 94
12627 Berlin
Telefon: 90293 - 4071
Telefax: 90293 - 4075
bezirkswahlamt@ba-mh.berlin.de

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin - Bezirkswahlamt -

Egon-Erwin-Kisch-Str. 106
13059 Berlin
Telefon: 90296 - 4617
Telefax: 90296 - 4609
post.bezirkswahlamt@lichtenberg.berlin.de

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin - Bezirkswahlamt -

Teichstr. 65, Haus 1, 1. OG
13407 Berlin
Telefon: 90294 - 2148
Telefax: 90294 - 2223
bezirkswahlamt@reinickendorf.berlin.de